STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19140623

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 143. Dienstag, den 23. Juni 1914. 28. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags). in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit, Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh Röhrendamm 218 a, Hchpt. Wilhelmsburg bei Adolf Bendt, Schulstr. 22 a. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Hierzu zwei Beilagen.

Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterorganisation.

Die Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, dem wir bereits am Sonntag einen Artikel widmeten, sind in vollem Gange. Daß die Gegner der selbständigen Arbeiterbewegung, die Feinde der freien gewerkschaftlichen Organisation und Koalition dieser imposanten Veranstaltung keine Sympathie bekunden, sie vielmehr zum Gegenstande gehässiger Angriffe machen, ist selbstverständlich. Demonstriert der Kongreß doch sehr eindringlich die Macht der geeinten Kampfverbände, das hohe Maß der Selbständigkeit und Energie ihres Geistes, die vorwärts treibende Kraft der Solidarität, die ja längst aus der Idee zur Tatsache geworden ist.

Aber was liegt an dem wütenden, boshaften Geschimpf und Geläster der Gegner! Vor allem darauf kommt es an, daß die Arbeiterschaft die Bedeutung der freien gewerkschaftlichen Organisationen als Kulturfaktor gebührend würdigt und danach handelt, das heißt unausgesetzt sich bemüht, die Entwicklung und die innere Stärkung der Organisationen zu fördern, damit sie ein unbezwingliches Bollwerk gegen Kapitalismus, die Verschwörungen des Unternehmertums und der Scharfmacherkliquen, die Mächte der Reaktion bilden.

Mögen alle diese Elemente noch so fanatisch bestreiten, daß die gewerkschaftlich organisierte proletarische Solidarität große epochale Kulturaufgaben zu erfüllen hat, mögen sie noch so dumm, frivol und gewissenlos die freie Kampfgenossenschaft der Arbeiter als eine „unheilvolle“, „kulturwidrige“ verschreien — sie stellen sich damit nur selbst das Zeugnis kultureller Rückständigkeit aus. Deshalb bleibt diese Genossenschaft doch, was sie tatsächlich ist, ein Kulturfaktor allerersten Ranges, ohne den die Anbahnung und Schaffung besserer und gerechterer wirtschaftlicher und sozialer Zustände und Einrichtungen schon gar nicht mehr denkbar ist.

Der kühne Denker Carlyle (gest. 1851) hat den Ausspruch getan: „Was die Leute Organisation der Arbeit nennen, das ist das allgemeine Lebensproblem der Welt.“ Wer nicht einsieht, oder einsehen will, daß aus der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und aus dessen Tendenz der sozialen Zerrüttung mit Notwendigkeit eine Interessen-Solidarität der Arbeiter und die Organisation für die Betätigung dieser Solidarität sich ergeben mußte, dem ist allerdings nicht zu helfen.

Als in Deutschland mangels eines Koalitionsrechts die Arbeiterbewegung noch nicht begonnen hatte bezw. noch in ihren schwachen Anfängen lag, gab es auch hier Männer der wahren Wissenschaft, die vernünftig und richtig über diese Bewegung und die unbedingte Notwendigkeit der Arbeiterkoalition und -Organisation urteilten. So Huber, der im Jahre 1863 schrieb:

„Die Berechtigung der Arbeiterbewegung erkennen wir sowohl in den allgemeinen Ursachen, als in dem allgemeinen Ziele und in den Mitteln und Wegen, welche zur Ausführung dienen sollen. Wir haben jedenfalls kein Recht, dem Programm der Arbeiter weniger Vertrauen hinsichtlich, und zwar besserer und bester Ansichten, Wünsche, Gesinnungen und Bestrebungen der Bewegung zu schenken, als irgend einem andern von irgend einer Seite her zur Oeffentlichkeit gelangten Programm. Die wesentlichen Punkte des Arbeiterprogramms ergeben sich eigentlich ganz von selbst aus der Lage und Natur der Dinge, so daß sie den Beweis ihrer Aufrichtigkeit in sich selbst tragen.

„Wer nicht blind gegen alle Lehren der Geschichte und alle Zeichen der Zeit ist, der muß zugeben, daß diese Arbeiterfrage, die Zustände, worauf sie sich bezieht, keine wesentlich geringere welthistorische Bedeutung und Berechtigung haben, als irgendeine der großen Veränderungen, welche die Geschichte in den Zuständen und Verhältnissen ganzer sozialer Klassen aufweist, wie zum Beispiel die mittelalterlichen Hörigkeitsverhältnisse. Die Arbeiter wollen ihre ganze Lage verbessern, heben und befestigen. Sie wollen nicht etwa bloß Abhilfe dringender Notstände, Rettung vor gänzlichem Verderben; sie wollen vielmehr eine Vermehrung und Steigerung nicht nur der Befriedigung der notwendigen täglichen Lebensbedürfnisse, sondern der Lebensgenüsse und Lebenshoffnungen für sich und die Ihrigen, nach Verhältnis des in der ganzen Landesart und Zeit gegebenen Zuschnitts und ohne willkürliche Beschränkung nach dem Maßstabe, den etwa andere, dritte, sehr willkürlich an ihre Lebenshaltung anlegen möchten. Sie dehnen dieses Streben auch auf das sittliche und intellektuelle Leben aus, und können das füglich bezeichnen als ein Streben nach Beteiligung an allen Vorteilen der modernen Bildung, nicht ausnahmsweise für einzelne, sondern als Regel für die ganze Klasse. — Jedenfalls hat dieser Standpunkt unendlich viel mehr sittliche Berechtigung als jener, wo man aus der Fülle des Ueberflusses den Arbeiter, den Armen, mit dem Teil abfinden zu können glaubt, womit sich das arbeitende Tier begnügen muß — des Leibes Notdurft.“

Friedrich Albert Lange, der berühmte Sozialwissenschaftler, widmete 1865 der Arbeiterfrage ein besonderes Buch, in dem er die kulturelle Bedeutung der Arbeiterorganisation gründlich erfaßte. Als „wichtigste und unerläßlichste Bedingung einer geistigen und sozialpolitischen Reorganisation Europas“ nennt er die Freiheit. „Die Arbeiter bedürfen dieser Freiheit als der unentbehrlichen Lebensluft für ihre sozialen Bestrebungen.“ Und die erste und nächste Bedeutung der Arbeiterbewegung sieht er darin, „daß sie einen beständigen Druck auf die konservativen Einrichtungen ausübt, wie eine angesammelte Hochflut auf die einengenden Dämme. Diese Flut will ihren Ausweg haben, sei es nun mit Durchbrechung der Dämme, sei es in geregelten Kanälen.“ Aber hinter dieser ersten und nächsten Bedeutung der Arbeiterbewegung liegt ihre weitere und bleibende Bedeutung: jener Kampf gegen den Kampf ums Dasein, der mit der höheren geistigen Bestimmung des Menschen identisch ist. Dieser Kampf mag ja in Wahrheit ein unendlicher Prozeß sein, aber er hat seine endlichen Ziele, seine Friedensschlüsse und Siegesfeste. Die gegenwärtig dominierende Form des Kampfes findet ihren bestimmten Abschluß in der freien genossenschaftlichen Arbeit mit all ihren Vorbedingungen und Konsequenzen. Da sind denn die Ausbildung der Fähigkeit genossenschaftlicher Verwaltung, die Gewöhnung an Disziplin, an Eintracht und Zusammenwirken, die Einübung in eine freie Organisation, wie die Arbeiterverbindungen dazu Gelegenheit bieten, höchst wichtige Zielpunkte einer vorbereitenden Tätigkeit.

Klar erkennt Lange, „daß Kern und Wesen der ganzen Arbeiterbewegung auf einen großen geistigen Kampf hinauslaufen, dessen Ziel und Ende nur in der Besiegung der falschen Willensrichtung zu suchen ist, die sich allen großen und durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegengestellt hat“, — ein Kampf, der nicht nur rein äußerlich zu führen, sondern zugleich in dem Gemüt jedes einzelnen auszufechten ist, das heißt jeder einzelne muß Selbsterziehung üben in geistiger Arbeit, welche mit freiem Sinn die Verhältnisse des Lebens durchdenkt und sich mit Offenheit der Erreichung eines bestimmten Zieles widmet.

Lange richtet an die Herrschenden die Mahnung: „Man muß die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ernsten Blickes ihre Lage prüfen, wenn sie, statt sich finsterm Groll und dumpfem Zagen hinzugeben, ihr Auge dem Sonnenlicht eines neuen Zeitalters zuwenden und die Mittel und Wege erwägen, wie es herbeizuführen sei; man möge sich freuen, daß sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie errungen hat. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Anfang der Rettung aus einer großen Gefahr in der Arbeiterbewegung erblicken.“

Viele andere hervorragende Sozialökonomen und Sozialpolitiker aus bürgerlichem Lager könnten wir noch nennen, die sich im Interesse der Arbeiterklasse und des Kulturfortschritts grundsätzlich zum gewerkschaftlichen Organisationsprinzip bekannt, es verteidigt und wissenschaftlich begründet und ausgestaltet haben. So Brentano, Schmoller usw., beide insbesondere gegenüber dem verruchten Bemühen, den Arbeitern die solidarische Selbsthilfe unmöglich zu machen, ihre Organisationen zu vergewaltigen, ihr Koalitionsrecht zu vernichten, sie der Willkür eines Arbeitsherrentums und der Polizei und Justiz zu unterwerfen.

Uebrigens ist sehr beachtenswert, daß auch der Gesetzgeber, als 1867 der Reichstag des Norddeutschen Bundes die Koalitionsverbote aufhob, von der Erwägung ausging, daß die Koalitionsfreiheit den Arbeitern aus Gründen der Gerechtigkeit und der politischen Vernunft gewährt werden müsse. Auch die Regierung bekannte sich in der Begründung ihres Gesetzentwurfs zu dieser Erwägung. Als „vollkommen spruchreif“ bezeichnete sie die „Aufhebung von Beschränkungen der freien Verwertung der Arbeitskraft und Herstellung völliger Rechtsgleichheit zwischen den Arbeitgebern, sowie zwischen ihnen und den übrigen Staatsbürgern in bezug auf das Arbeitsverhältnis“.

Was die Reaktionsherrschaft der Folgezeit unter dieser „Freiheit“ und „Rechtsgleichheit“ verstanden, wie schwer sie sich an der Arbeiterbewegung versündigt hat, permanent nun schon länger als vierzig Jahre hindurch, brauchen wir hier wohl nicht näher darzulegen. Vergewaltigung der Arbeiterorganisation, Unterdrückung des Koalitionsrechts der Arbeiter ist ein Frevel an der Kultur!

Daß die Gewerkschaften eine die Sozialreform fördernde Macht sind, hat ja selbst Herr v. Bethmann-Hollweg, als er noch Staatssekretär des Innern war, 1909 bei Beratung der Arbeitskammergesetz-Vorlage im Reichstag unumwunden zugegeben. Er sagte da:

„Was an Organisierung von Arbeitern geschehen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften. Auf alles was von reiner Arbeitervertretung in ihren Wirkungskreis gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit erstreckt. Kein Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent und auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum mit der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.“

Nun, es hat wohl niemals ein berechtigteres und notwendigeres rücksichtsloses Draufgehen gegeben, als das der freien Gewerkschaften, die sich in klarer Erkenntnis der Dinge nicht bekennen können zu dem Dogma der „Harmonie von Kapital und Arbeit“. Man lege sich einmal die Frage vor: wie es heute um die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter in Deutschland bestellt sein würde, wenn keine gewerkschaftliche Organisation, keine selbständige Arbeiterbewegung entstanden wäre und länger als vierzig Jahre gewirkt hätte.

Weshalb sehen die Reaktionäre in den freien Gewerkschaften nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine große „politische Gefahr“, eine Umsturzmacht? Weil diese Organisationen die Massen erziehen zum Demokratismus, der natürlich nicht Halt machen kann vor der Beherrschung des Staats durch autokratische und monarchische Interessen. In den Gewerkschaften waltet das Ideal und die Praxis wahrhaft demokratischer Verwaltung, die auf einer Linie steht mit dem Begriff der Volkssouveränität, des Selbstbestimmungsrechts des Volkes. In ihnen findet das demokratische Gesellschaftsideal einen konkreten Ausdruck. Sie können nur demokratischen Charakters sein; ihre Grundsätze, ihre Aufgaben, ihre Ziele weisen sie mit zwingender Macht darauf hin.

Der Umstand, daß sie sich nicht „im nationalen Rahmen“ halten, sondern sich zur internationalen Solidarität der Arbeiterschaft bekennen, charakterisiert sie als Kulturfaktor noch besonders. Aber darin sehen die „Staatserhaltenden“ einen weiteren Beweis für ihre „Gefährlichkeit“.

Noch nie ist in einem Klassenkampfe die Macht des Fortschritts erlegen. Und sie sollte unterliegen können da, wo die Millionen der Arbeiterklasse sich zu einer festen Kampfgemeinschaft gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Elend zusammenschließen, erfüllt von einem gewaltigen kulturellen Geist? Wer das glaubt und erhofft, der macht seine Rechnung ohne die Logik der Weltgeschichte!

Politische Uebersicht.

Hamburg, 22. Juni.

Braten oder sieden?

Von unsern Berliner Genossen ist kürzlich beschlossen worden, einen Kampffonds zu schaffen, der gegebenenfalls bei dem Ringen um das gleiche Wahlrecht in Preußen zu dienen hätte. Das hat den Reaktionären aller Schattierungen den Anlaß geliefert, mit verstärkter Lungenkraft die Regierung um „Maßregeln“ anzuschreien. Insofern sind sie vollständig einig. Nur darüber herrscht Meinungsverschiedenheit, ob die Sozialdemokraten ausnahmegesetzlich zu braten oder gemeinrechtlich zu sieden seien. Einige sind für den gemischten Betrieb, für's Sieden und Braten. Die Wochenschrift für „konservativen Fortschritt“, wie der Untertitel des freikonservativen Organs „Das neue Deutschland“ sehr nett und wahr lautet, meint aber, das Sieden würde völlig genügen und das Holz zu dem Feuerlein sei ja schon vorhanden. Das wird in dieser Weise dargelegt:

Es ist dazu (nämlich zu dem Vorgehen gegen den Kampffonds) aber gar nicht einmal eine Gesetzesänderung notwendig. Die in § 152 der Gewerbeordnung festgesetzte Koalitionsfreiheit erstreckt sich nicht auf den politischen Streik. Es wird in § 152 lediglich gesagt, daß alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgehoben werden. Nur der ökonomische Streik wird hier also erlaubt, darüber kann ein Zweifel gar nicht bestehen. Es sind denn auch mehrfach Entscheidungen höchster Instanzen ergangen, die sich in diesem Sinne aussprechen. So hat sowohl das Reichsgericht wie das Kammergericht entschieden, daß sobald irgendwelche gewerbliche Koalitionen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen das Gebiet gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie in das staatliche Gebiet hinübergreifen, daß sie dann aufhören, gewerbliche Koalitionen zu sein.

Nach dem lieblichen Grundsatz, daß alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, verboten sei, wäre also der politische Streik ohne weiteres gesetzwidrig und verboten, was zum Ueberfluß noch des weiteren dargelegt wird. Somit hätte die Regierung den „Grund zum Einschreiten“ und brauchte sich gar nicht erst anzustrengen, ein Ausnahmegesetz zu fabrizieren.

Nur das Wie des „Einschreitens“ ist nicht dargelegt; wahrscheinlich hat gerade bei diesem Punkt der freikonservative Verstand gestreikt (was allerdings kein Massenstreik wäre!) und so bleibt es Herrn v. Bethmann-Hollweg überlassen, in welcher Weise er sich staatsrettterisch betätigen will. Den Kampffonds konfiszieren? Zwar das Nächstliegende; aber erstens müßte der Kampffonds da sein, und zweitens müßte man an ihn herankommen können. Die Sammler einlochen? Auch möglich; aber was macht man dann mit ihnen? Das Hergeben von Geld bestrafen? Diese oder jene juristische Handhabe ließe sich drechseln, denn dazu sind die Juristen da, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß hiermit auch nicht viel erreicht wird.

So hat es mit dem Sieden seine Schwierigkeiten, was sogar das Kanzlerorgan einzusehen scheint, da es dem freikonservativen Vorschlag bei Erörterung des Massenstreik-Themas kein Wort widmet.

Wie machte sich nun das ausnahmegesetzliche Braten? Diese Methode, die Sozialdemokratie gar zu machen, hat Bismarck probiert; mit welchem Erfolg ist bekannt — — —

So wird die Erörterung über Sieden oder Braten wohl noch eine Weile anhalten und den Köchen heiße Köpfe machen. Derweil wird aber das Objekt des Disputs sich nicht sehr beunruhigen. Denn weder hängt der Ausgang einer mit Elementarkraft einsetzenden Bewegung von einem Häuflein Tausendmarkscheine ab, noch können die Zwirnsfäden der Liliputaner einen Gulliver an der Erde halten.

Was kommen muß, das kommt! Und die Zeit wie die Form wählen wir!

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Einzige autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Kiy.

[48]

XXVII.

Dank dem hohen Abhang im Norden war es warm in der kleinen Wäscherei, um so mehr, da Dortea Hansen mit dem Brennholz nicht sparte. Aber man empfand die Kälte jetzt doch heftiger da draußen, wo man für sich wohnte und manchmal ganz von der Umwelt abgesperrt war.

Und mit dem Schnee war es ganz schlimm. Der kam dort oben auf den flachen Feldern herangetanzt, und der Nordwind ließ ihn keine Ruhe finden. Aber hier im Schutze des Abhanges lagerte er sich in stets anwachsenden Hügeln, die zuletzt den ganzen Raum zwischen dem Hause und dem oberen Rande des Gemüsegartens ausfüllten. Von außen her war der Zugang zu Waschhaus und Küche ganz versperrt.

Oben in Karls Wohnstube, die jetzt Krankenzimmer war, waren die kleinen Dachfenster meist ganz mit schmutzigem Schnee bedeckt, so daß das Zimmer in Dämmerung dalag. Wenn es im Ofen so recht prasselte, taute der Schnee von innen her und stürzte zuletzt mit leichtem Krachen hinab, und eine neue Masse baute sich vor den Augen des Kranken langsam auf.

An andern Tagen aber war es ganz still, und die Luft hing da draußen so klar und spröde und voll Frost, daß sie bei dem geringsten Laut zerbarst, und der Sang der Schlittschuhe auf dem Eise war bis in das Krankenzimmer hinein zu hören. Dann zeichnete der Frost eine ganze tropische Pflanzenwelt auf die kleinen Scheiben, und Karl freute sich über dieses Gewimmel exotischer Blumen und phantastischer Pflanzenformen, bis der Ofen darauf hauchte und alles wegwischte. Auch das machte ihm Spaß, und er wartete gespannt darauf, daß der Frost wieder die Oberhand bekam. Darauf bewegte das Tauhäutchen des Fensters sich plötzlich wie ein feiner Sternennebel; der Frost hatte darauf geatmet und im Laufe eines Augenblicks ein neues Bild angedeutet, noch reicher und prächtiger als das vorige, aber gerade wahrnehmbar. Und die Wärme wischte auch dieses aus.

„Gaukelspiel,“ dachte er dann plötzlich und wandte den Kopf fort. „Die Kälte mordet das Leben und schafft es wieder neu — in Eis. Die, die vor Kälte sterben, träumen sich in die Tropen hinüber, und die, die den Hungertod erleiden, schwelgen in ihrer letzten Stunde an einer üppigen Tafel. Wenn ich sterbe, wird es wohl sein, als erstürmte ein Gigant den Himmel. Gaukelspiel!“ Trotzdem freute er sich, wenn die Blumen wiederkamen.

Karl war sich klar über jede Aeußerungsform des Todes, er hatte sich das während seines langen Krankenlagers ausgedacht. Und beständig stieß er auf diese frivole Phantasie, die nach seiner Ansicht ein Verbrechen gegen die Wirklichkeit war, weil sie verschleierte und maskierte, während die strenge Forderung des Lebens dahin zielen mußte, daß man auch nicht dem größten Leiden den Stachel nahm.

Diese Forderung hatte er sich Tag für Tag wiederholt, und es gelang ihm, sie in vielen Punkten zu befolgen, nur in seinem Verhältnis zu Else nicht. Seit dem Augenblick, als er sie bat, von ihm abzulassen und sich dem Leben zuzuwenden, hatte er nur jämmerliche Unmännlichkeiten an den Tag gelegt. Und war das damals — ehrlich gemeint gewesen? Skeptisch, wie er auch gegen sich selber war, fühlte er sich dessen nicht ganz sicher; aber er hätte es sich jedenfalls ersparen können. Je nachdrücklicher er mit seinen unbeugsamen Gründen geltend machte, daß sie ihn verlassen müsse, desto mehr schmiegte sie sich an ihn. Was machte sie sich aus Gründen, sie, die einen Körper hatte, von dem sie sich auf den rechten Weg leiten lassen konnte!

Als es aber ernstlich darauf ankam, und alle seine Gründe vor dem einen Verlangen verschwanden, sich an ihre Liebe anzuklammern, da entglitt sie von selbst; und keine Gründe, nichts vermochte sie festzuhalten.

Hätte er sie nie an ihre eiligen Versprechungen erinnert, sie nie merken lassen, daß er selbst alles aufgab und sie mit sich ziehen wollte — vielleicht hätte sie auch dann noch an ihm gehangen, wenn auch nur mit einem dünnen Faden. Er hatte sie erschreckt. Aber was konnte er dafür, daß dieser satanische Egoismus ihm im entscheidenden Augenblick die Macht aus den Händen nahm und sie zugleich aufweckte? Er hatte um den Tod gekämpft und sie ums Leben, und — bisher hatte sie gesiegt.

Wie hatte er sie gehaßt und geliebt, wie hatte er geweint vor Erbitterung darüber, daß dies alles, das für ihn bestimmt war, aber das er nicht entgegenzunehmen vermochte, einem andern in die Hände fallen würde. Bei allen seinen körperlichen Leiden, in den Fiebervisionen und unter der Wucht des Bewußtseins von seinem nahe bevorstehenden Tode, hatte er nur dies eine Verlangen gehabt: einen Ausweg zu finden, damit keiner sie anrührte, keine Hand das zerbräche, was ihm geweiht war. Er hatte versucht, sie an sich zu fesseln — wahnsinnig, indem er das Verhältnis mit ihr vollkommen machte; dann konnte sie leben, um der Aufgabe willen, sein Leben an den Tag zu bringen; und die ganze Welt konnte sehen, daß sie sein gewesen war — oder wenn das fehlschlug, würde sie jedenfalls ihr ganzes Leben lang an ihrem Körper ein Kennzeichen von ihm tragen. Aber er hatte nur erreicht, sie von sich zu stoßen — sie war zu gesund.

Dann hatte er sich jämmerlich klein gemacht, hilfloser noch, als er bereits infolge der Krankheit war — um ihr Mitleid anzurufen. Und er hatte die wärmsten Worte von dem andern Leben gesprochen, das trotzdem existierte, und in dem sie zusammen sein und einander für ewige Zeit lieben könnten. Auch das war abgeprallt, obwohl sie sich früher wahnwitzig gerade an diese idiotische Hoffnung geklammert. Vielleicht hatte er nicht glaubwürdig genug gesprochen — aber Frauen haben ja auch keinen Sinn für Religion! Sie hatte sich über seine Worte gefreut, aber bloß um seiner selbst willen, weil er nun etwas vor sich sah, was ihn erwartete. Er mußte lachen bei diesem Gedanken, doch ein Schmerz in der Lunge ließ ihn die Lippen zusammenbeißen.

Nachdenklich starrte er vor sich hin: eine lange Reihe von Niederlagen war es, und nun war der Kampf des Instinkts für die ihm nicht nahe; mit dem sicheren Gefühl des Instinkts für die Gefahr hielt sie sich von ihm fern und schnitt jeden Anlaß zu einem Gespräch ab.

Und jetzt war es ihm gleichgültig, besonders heute. Zum ersten Male seit langer Zeit hatte er eine mittlere Temperatur, und er fühlte sich zu etwas Freigebigkeit aufgelegt. Wenn sie nun mit einem neuen Geliebten kam, so wollte er den beiden seinen väterlichen Segen geben — unter der Bedingung, daß sie mit einem starken Burschen aufwarte.

Er hob seine weiße, durchsichtige Hand gegen das Licht, drehte sie langsam und ließ sie wieder fallen. Dann setzte er die Ellbogen auf die Unterlage und richtete sich auf, um die Lage zu wechseln; sein Gesicht verzerrte sich vor Schmerz, aber er fuhr fort, sich zu drehen; er wollte diesen Schmerz, der ihm doch immerhin etwas darbot, zu einer Veränderung herausfordern. Sein ganzer Rücken war eine einzige Wunde von allen den spanischen Fliegen, die der ziemlich altmodische Arzt ihm aufgeklebt hatte. Lange hatte man ihn auch mit Jod gepinselt; er hatte sich dagegen gesträubt, aber nun wollte er es wieder haben; er meinte, diese Wunde hielte ihn lebendig und seine wenigen Lebensreste würden dahinsterben, wenn nicht diese beständige Reizung vorhanden wäre.

In der Wohnstube unter seinem Zimmer konnte er gehen und reden hören, auch hin und wieder ein einzelnes Wort unterscheiden. Es lag etwas Gedämpftes über dem Treiben da unten; er wußte, daß man Rücksicht auf ihn nahm, aber auch, daß das nicht ganz natürlich war. Er war nicht mehr die Seele des Hauses, sondern nur ein Kranker, mit dem man Mitleid hatte; wenn die da unten glaubten, er höre es nicht, ließen sie sich ruhig gehen.

Und er hörte viel mehr, als sie ahnen konnten. Mit jedem Laut im Hause hatte er sich vertraut gemacht bei dem vieltägigen Liegen und Lauschen; er kannte Elses Gang und ihre Art, die Türen zu handhaben, und wußte immer, ob sie zu Hause war und was sie tat. Er glaubte auch, aus der Art ihres Treibens schließen zu können, ob sie an ihn dachte oder nicht.

Er hatte sie mehrere Tage nicht gesehen, ihre Mutter pflegte ihn und saß bei ihm, wenn sie Zeit hatte und er es wünschte; aber so oft er nach Else fragte, machte sie Ausflüchte. Er verstand, daß die beiden zusammenhielten; und trotzdem, wenn er dem Blick der Mutter begegnete, sah er, daß er ihr leid tat, und daran klammerte er sich.

Kritisch, wie er war, wußte er auch, was Else abstieß und von ihm fernhielt: jetzt, wo sie sich nichts mehr aus ihm machte, mußte es ihr peinlich sein, sich bei jeder Bewegung von seinen bettelnden, vorwurfsvollen Augen beobachtet zu wissen. Sein klebriger Blick widerte ihn selbst an, doch ohne daß es darum anders wurde.

Jetzt ging sie aus der Stube! Von der Diele aus antwortete sie der Mutter und kam die Treppe herauf. Er runzelte die Stirn, er wollte sich einen gleichgültigen Gesichtsausdruck abzwingen.

Es klopfte leicht, und die Tür zu seinem Zimmer ging auf, doch ohne daß sie zum Vorschein kam. „Mutter bat mich, Dich zu erinnern, daß Du Deine Medizin nähmst,“ sagte sie vom Speicher aus.

„Dann muß ich frisches Wasser haben,“ erwiderte er angestrengt; es war nicht Luft genug in seinen Lungen, die Worte richtig herauszubringen.

„Ich werde es Dir bringen,“ erwiderte sie und flog hinunter.

Er wollte sich dies Arsenik nicht einfüllen und sich künstlich mästen lassen, wie eine alte Mähre! Aber er wollte sie sehen, sie zwingen, hervorzukommen, wenn sie mit ihm sprach, und sich nicht so anzustellen.

Sie brachte ihm ein Glas Wasser und einen reinen Löffel. „Bitte schön,“ sagte sie und setzte die Sachen auf den Krankentisch, ohne ihn anzusehen, und dann drehte sie sich hastig nach der Tür.

„Else,“ flüsterte er.

„Ja.“ Sie blieb stehen, mit der Seite nach dem Bett hin und die Hand auf der Klinke.

„Warum hast Du solche Eile?“ Er streckte die Hand nach ihr aus; der Ausdruck seines Gesichts war bittend, fast beschwörend.

„Wir bereiten ja heute die Wäsche vor.“

„Mach nur schnell, daß Du fortkommst,“ sagte er bitter, „ich könnte Dich sonst anstecken.“

Sie zögerte, etwas beschämt. „Wünschtest Du etwas?“ fragte sie und biß sich auf den Finger. Sie vermied es immer noch, ihn anzusehen.

„Ich liege so schlecht. Wenn Du unter mir ein wenig glatt machen möchtest?“

„Ja, dann will ich Mutter bitten, mir zu helfen,“ sagte sie schnell und öffnete die Tür.

Sein Gesicht verzerrte sich: „Nein, ich danke, es ist schon gut.“

„Soll ich doch nicht?“ fragte sie zurück.

„Bemüh Dich nicht.“

„Na, ja, ja!“ Sie schloß rasch die Tür und lief die Treppe hinunter, erleichtert, wie es ihm schien.

(Fortsetzung folgt.)

Presse und Weltpolitik.

Zurzeit tagt in Leipzig die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse. Von ihren Beschlüssen ist einer von allgemeinem Interesse: „Der Reichsverband der deutschen Presse erachtet den Ausbau des ausländischen Nachrichtendienstes durch eine selbständige rein deutsche Organisation für eine dringende Notwendigkeit. Bei der Verwirklichung dieser Forderung ist die Zuziehung des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Vereins deutscher Zeitungsverleger sowie der Leiter des Wolffschen Telegraphenbureaus unbedingtes Erfordernis, wenn die in Frage kommenden Interessen sorgsam und sachgemäß wahrgenommen werden sollen." Es wurde eine Kommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit eingesetzt.

Richtig ist, daß heutzutage der wichtigste Teil der Auslandsnachrichten durch das englische Reuter-Bureau und die französische Agence Havas übermittelt und natürlich im Sinne und Interesse der englischen und französischen Politik und der jeweiligen Finanzgruppen gehalten werden. Eine deutsche Organisation würde natürlich den deutschen Geldleuten dienen, nebenbei auch der sogenannten Politik, soweit das bei deren Planlosigkeit und nur in der Inkonsequenz konsequenten Art möglich ist. Eine objektive Auslandsberichterstattung würde also auch auf diesem Wege nicht erreicht werden.

Der Patriotismus der Agrarier.

Wenn die Agrarier es für nötig halten, die Wucherzölle zu „begründen", so geschieht es regelmäßig mit der Phrase, die Landwirtschaft müsse durch Erhaltung guter Preise für ihre Produkte angespornt werden, alle Möglichkeiten auszunützen, um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern bis mindestens zu dem Punkt, die Lebensmittelversorgung Deutschlands allein und vollständig leisten zu können. Das ist die für das Publikum berechnete Theorie; für die Praxis, die allein dem Geldbeutel dienen kann, gelten ganz andere Gesichtspunkte. Die Handelskammer Schweidnitz sagt in ihrem Jahresbericht:

Ein großer Teil des schönsten Getreides der Ernte aus 1912 wurde zu Beginn des Jahres 1913 nach dem Auslande verkauft, und zwar der Weizen nach Frankreich und Italien und der Roggen nach Rußland . . . ."

Und an anderer Stelle heißt es:

Hierzu trat der leidige Umstand, daß die halbwegs brauchbaren besseren Qualitäten zur Ausfuhr verkauft wurden, so daß tatsächlich im Herbst 1913 fast nur minderwertiges Getreide für den Verbrauch im Handeskammerbezirk zurückblieb. Daß aus solchem Getreide kein schönes Mehl hergestellt werden konnte, und kann, ist selbstverständlich, und deshalb hörten und hören die Klagen der Bäcker über das Gebäck natürlich nicht auf . . . .

Die Schlußbemerkung lautet:

Die Ausfuhr des guten Getreides wird seitens des Auslandes, im besonderen anscheinend durch Frankreich, zur Kriegsverproviantierung verwandt; denn es ist doch überraschend, daß gerade zu einer Zeit, in der die allgemeine Marktlage kriegerische Ereignisse in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine Ausfuhr deutschen Getreides nach Frankreich stattfand, wie sie früher nie bestanden hat. Man vergleiche die Zahl von 1909, in welchem Jahre keinerlei politische Spanung bestand, gegen 1913, in dem die Balkanwirren beunruhigend wirkten. Im Jahre 1909 wurde nach Frankreich ausgeführt: Hafer 50 Doppelzentner, Roggen 120 Doppelzentner, Weizen 9320 Doppelzentner; im ersten Halbjahr 1913 dagegen 715 120 Doppelzentner Hafer, 275 560 Doppelzentner Roggen, 1 186 270 Doppelzentner Weizen. Das gibt zur eingehendsten Beachtung wohl Veranlassung.

Mit diesen Feststellungen wird den Agrariern im offiziellen Bericht der Handelskammer Schweidnitz ein Verdammungsurteil gesprochen, wie es nicht schärfer sein kann. So sehen die „patriotischen" Agrarier aus. Den „Erbfeinden" verkaufen sie das gute Getreide und ihren Landsleuten lassen sie allergnädigst den übrigbleibenden Schund ab. Man wird sich diese Feststellungen für die Zolltarifverhandlungen und für die Wahlkämpfe merken müssen.

Ostelbische Wahlfreiheit.

Anläßlich der Ersatzwahl in Labiau-Wehlau verdient ein geradezu unglaubliches Vorkommnis aus dem letzten Wahlkampf besondere Beachtung, das in dem Bericht der Wahlprüfungskommission in Nr. 1551 der Reichstagsdrucksachen wie folgt geschildert ist. Unter Punkt 30 der Protestbehauptungen des liberalen Wahlprotestes heißt es: „In Schenkendorf, Kreis Labiau (Bez. 36. Stimmenzahl: Hauptwahl: 95 v. Massow, 39 Wagner; Stichwahl: 87 v. Massow, 47 Wagner), hat der Ortsvorsteher Garotzki eine amtliche Bekanntmachung erlassen, dahingehend, daß ein jeder konservativ wählen müsse; er setzte eine Ordnungsstrafe von M 5 fest für diejenigen, die die Bekanntmachung nicht weitergeben."

Noch unbegreiflicher ist aber der Beschluß der Kommission zu diesem Protestpunkt. Er lautet: „Der Antrag des Berichterstatters, durch eidliche Vernehmung des Gemeindevorstehers Beweis zu erheben, wurde mit 6 gegen 6 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt; die Berechtigung der Ortsvorsteher, ihre Anordnungen durch Verhängung einer solchen Ordnungsstrafe durchzusetzen, wurde in der Kommission von sachverständiger Seite festgestellt."

Wenn das nicht schwarz auf weiß in der amtlichen Drucksache stände, so möchte man vielleicht an ein Märchen glauben. Welchen herrlichen Zeiten gingen wir entgegen, wenn alle Gemeindevorsteher unter Strafandrohung solche Verfügungen zu Wahlzeiten erlassen würden!

Zu den Zechenstillegungen.

Der sehr ausführliche Petitionsbericht der Handels- und Gewerbekommission des preußischen Landtags über sechs Eingaben wegen Zechenstillegungsschäden liegt jetzt vor. In der letzten, am 15. Mai abgehaltenen Sitzung der Kommission hat ein Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe namens der Staatsregierung eine beruhigende, die Beschwerden als ungerechtfertigt zurückweisende Erklärung abgegeben. Der Vertreter der Staatsregierung legt seinen Ausführungen in der Hauptsache die vom Oberbergamt zu Dortmund angestellten sorgfältigen Ermittlungen zugrunde. Danach hat die Bergbehörde aus allen ihren früheren und jetzt erneuerten eingehenden Untersuchungen die gewissenhafte Ueberzeugung gewonnen, daß eine Stillegung von Zechen, gegen die vom bergtechnisch-fachmännischen und bergwirtschaftlichen Standpunkt berechtigte Einwendungen erhoben werden könnten, nicht stattgefunden hat. Die Besorgnis, daß infolge solcher Betriebseinstellungen ein großer Teil des unterirdischen Nationalvermögens als verloren zu betrachten sei, sei nicht gerechtfertigt; soweit noch wertvollere, zurzeit nicht abbauwürdige Kohlenflöze vorhanden seien, würden sie in — vielleicht allerdings noch ziemlich weiter — Zukunft, wenn die allgemeinen Marktverhältnisse es wieder angebracht erscheinen ließen, noch zur Hebung gelangen können. Daneben habe die Bergverwaltung anderseits zu beobachten gehabt, daß durch den mehrfach eingetretenen Anschluß kleinerer Zechen an große wirtschaftliche Gebilde das Wohl des ganzen Landstriches in der südlichen Ruhrgegend nicht etwa geschädigt, sondern gefördert worden sei.

Am 20. April dieses Jahres sind in einer Sitzung im Oberbergamt zu Dortmund unter Vorsitz des Oberberghauptmanns und unter Teilnahme des gesamten Kollegiums des Oberbergamts alle in Frage kommenden Verhältnisse eingehend erörtert worden. Dabei ist man zu der Ansicht gekommen, daß im Laufe der letztvergangenen 20 Jahre der südliche Teil des Ruhrreviers in bezug auf die bergbaulichen Produktionszahlen noch stets Fortschritte gezeigt hat, also von einer Beeinträchtigung der gesamten bergbaulichen Entwicklung durch die bisherigen Vorgänge nicht die Rede sein kann. Es ist ferner der Zuversicht Ausdruck gegeben worden, daß Anzeichen für einen erheblichen, zu einem Notstande sich auswachsenden wirtschaftlichen Niedergange des ganzen Gebiets in der nächsten Zukunft nicht vorhanden sind, vorausgesetzt, daß nicht ganz außergewöhnliche Ereignisse eintreten.

Der Regierungsvertreter empfahl den Gemeinden dringend, in ihren Haushaltungen von langer Hand Vorkehrungen gegen etwaige, aus Gründen der Unrentabilität unvermeidliche Stillegungen von Zechen durch eine sparsame und alle überflüssigen Ausgaben vermeidende Finanzgebarung zu treffen, wie es zum Beispiel die Gemeinde Höntrup durch Ansammlung eines Ausgleichsfonds getan haben, und gab die Erklärung ab, daß die königliche Bergverwaltung wie bisher auch in Zukunft ihren ganzen Einfluß aufbieten werde, damit den beteiligten Gemeinden über die Schwierigkeiten der ersten Jahre bei Zechenstillegungen tunlichst hinweggeholfen werde.

Das Ergebnis der Kommissionsberatung war, daß nur eine Petition teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung überwiesen, die übrigen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden.

Dies Resultat war zu erwarten. Es entspricht durchaus dem kapitalistischen System. Der Raubbau ist das Ideal, und Erwägungen, ob dadurch für künftige Geschlechter schwere Not geschaffen wird, ob schon in nächster Zeit die Bevölkerung ganzer Bezirke ruiniert wird, sind nebensächlich. Die augenblickliche Profitrate ist das Wichtige, und sonst sagt man mit der Marquise de Maintenon: „Nach uns die Sündflut!"

Ein kleines Bildchen aus der privatkapitalistischen Welt.

Daß die braunschweigische Polizei zu Fuß und zu Pferde, mit Heranziehung des Nachtwächterkorps und der Polizeihunde den braunschweigischen Wahlrechtskämpfern schon manche Schlacht geschlagen und von Säbel und Gummiknüppel ausgiebigen Gebrauch gemacht hat, ist eine bekannte Sache. Noch jetzt sucht die Staatsanwaltschaft nach dem Führer der Demonstration vom 1. Februar, bei der im Drange des Gefechts ein Nachtwächter den Helm verlor. Sogar das Kassenbuch des sozialdemokratischen Vereins ist kürzlich zur Ermittlung des Rädelsführers gerichtlich eingezogen worden. Die Polizei hat jetzt ein anderes Feld ihrer Tätigkeit gefunden.

Der braunschweigische Luftschiffahrtsverein will einen Luftschiffhafen bauen und hat dafür mit städtischen Geldmitteln, die ihm reichlich bewilligt wurden, eine über 50 Morgen große Feldfläche angekauft, auf der, wie überall in Braunschweigs nächster Umgebung, Spargel gezogen worden war. Diese Fläche wurde im vorigen Jahre umgerodet, um das Spargelfeld für die Zwecke des Luftschiffhafens in eine exerzierplatzähnliche Wüstenei zu verwandeln. Aber die Spargel sind nicht leicht wegzukriegen. So strecken sie denn trotz der Rodung im vorigen Jahre die Köpfchen wieder lustig aus der Wüstenei, die ihnen die Lebenslust verleiden sollte. Da nun in Braunschweig Spargel Geld ist, fanden sich frühmorgens zahlreiche Spargelstecher auf der Wüstenei ein, um den vom Luftschiffahrtsverein aufgegebenen, also herrenlosen Spargel zu ernten. Das erregte den Grimm der richtigen Spargelzüchter. Ein Spießbürger stellte in der „Braunschweigischen Landeszeitung" den wilden Spargelstich als einen Unfug hin, der leicht zu einem Sturz des Spargelpreises führen könnte. Daraufhin ließ nun nicht etwa der Besitzer der Wüstenei, der Luftschiffahrtsverein, den Spargel selbst stechen, er verpachtete auch nicht den Stich, sondern er ließ das Feld weiter wüst liegen. Er hatte es ja angekauft, um für die Luftschiffahrt eine künstliche Wüste zu schaffen. Der Besitzer des Feldes kümmerte sich also auch fernerhin nicht darum. Dafür aber erschien jetzt die Polizei auf dem Platze. Zuerst erhielt jeder erwischte Spargelstecher ein Strafmandat von M 1,50. Da sich aber der Spargel trotz dieser Steuer noch gut bezahlt machte, ließen sich die Spargelstecher nicht abschrecken, weshalb das Strafmandat auf M 15 erhöht wurde. Auch jetzt noch wurde lustig weiter gestochen. Da eröffnete die Polizei den Feldzug mit bewaffneter Hand. Frühmorgens täglich erscheinen Polizisten zu Fuß, berittene Polizisten, uniformierte und bewaffnete Nachtwächtertrupps mit den Polizeihunden und einige Kriminalpolizisten auf dem Gelände der Luftschiffahrtsgesellschaft und veranstalten eine regelrechte Hetzjagd auf die Spargelstecher. Die Spargel werden den Spargelstechern abgenommen und an Ort und Stelle unter den Hufen der Pferde vernichtet. Es ist ein ganz ansehnlicher Wert, der so von der Polizei zwecklos und nutzlos aus der Welt geschafft wird. Sehr oft hat sie freilich auch das Nachsehen, da die kundigsten Spargelstecher früher auf den Beinen sind als die Polizei.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal treffend unsere Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Luftschiffahrtsverein will die Spargel gar nicht, sie kommen gegen seinen Willen wild heraus. Da die hochschießenden Spargel zu förmlichen Sträuchern aufwachsen, der Verein aber doch eine glatte Fläche haben will, kann ihm der Stich der wilden Spargel nur angenehm sein. Die Spargelstecher schädigen also den Besitzer des Feldes durchaus nicht; sie ernten nur eine Gottesgabe, die einmal ausnahmsweise den Besitzlosen umsonst zuwächst. Und sofort stellt sich die Polizei bewaffnet ein, verfolgt die Ernter der wildwachsenden Gottesgabe wie die Wilddiebe, nimmt ihnen den Spargel ab, vernichtet ihn und verschafft den Leuten, die sich um ihre Ernte bemühten, noch gehörige Geldstrafen. Und das alles, damit ja nicht der wildgeerntete Spargel den Marktpreis für Spargel etwas herunterdrücken und den Profit der großen Spargelzüchter etwas schmälern könnte.

Rückwärts in der Sozialpolitik.

Die bayerischen Verwaltungsbehörden haben verständigerweise mehrfach ihren Einfluß dazu benutzt, daß einheitliche Ortskrankenkassen statt Landkrankenkassen errichtet wurden. Dagegen richtet sich eine Interpellation des Zentrums und ein konservativer Antrag, die am Sonabend in der bayerischen Abgeordnetenkammer verhandelt wurden. Die Regierung wird in dem Antrag aufgefordert, den Distriktsgemeinden den Weg zu zeigen, wie sie noch nachträglich neben den Ortskrankenkassen Landkrankenkassen einführen können. Das Zentrum nahm diesen sozialpolitisch reaktionären Antrag an gegen den Widerspruch der Linken, obwohl auch der Minister des Innern Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit äußerte. Von sozialdemokratischer Seite wurde festgestellt, daß kein Vertreter der christlichen Arbeiter sich gegen diese Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung zu wenden gewagt hat.

Vertrauliches aus dem Block-Musterländle.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, welche am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Genossin Rosa Luxemburg referierte, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizeibehörde und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der bekannte günstige Wind der „Freiburger Volkswacht" auf den Tisch geweht hat:

Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg.

An den Großherzogl. Minister des Innern:

Wir beabsichtigen, im Hinblick auf die Person der Rednerin die Versammlung überwachen zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufnehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nur ein ganz gewandter Stenograph verwendet werden sollte, ein solcher uns aber unter unsern Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir geziemend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die erwähnte Versammlung bestellen zu dürfen.

Schreiben des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 4. März.

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg:

Die beantragte Ermächtigung wird erteilt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzulegen.

gez.: Bodman.

Die engagierten Privat-Stenographen verlangten pro Stunde den Satz von M 20, der ihnen auch bezahlt wurde. Aber die Fürsorge der Polizei ging noch weiter, wie der Bericht des Leiters der Freiburger Polizei beweist:

Bericht des Bezirksamtmanns Frhr. v. Dusch:

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahnder in Zivil, von denen der eine im Saal nahe dem Ausgang zur Wirtschaft saß. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtschaftstelephon die Wache zu avertieren. Der zweite Fahnder saß hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Chargierten und Schutzmann (in Uniform), die vor der Haupthalle standen, avertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeirespitienten begeben.

Sodann sollte der Fahnder auf seinem Rad, das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu avertieren, für den Fall, daß die Benachrichtigung durch das Telephon nicht funktioniert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem ersten Polizeikommissar versammelt.

Es war also alles vorbereitet, damit das Block-Musterländle nicht von der Revolution überrascht wurde. Aber ganz umsonst war diese Fürsorge nicht; denn der Prozeß, der am 29. Juli in Berlin verhandelt wird, stützt sich auf die Rede, die Genossin Luxemburg in Freiburg gehalten hat.

Neugierig sind wir nur, wie in der nächsten Zeit die Befürworter der sanften Tonart all die ihnen unangenehmen Dinge, die während der Blockära in Baden vorgegangen sind, „erläutern" werden, um sie mit dem sagenhaften „freieren Geist" in Uebereinstimmung zu bringen.

Die unzufriedenen Kolonisten.

Die Pflanzer in Deutsch-Ostafrika sind höchst unzufrieden mit dem Mutterland, erstens, weil dieses nicht ganz so viele Millionen zuschießt, wie sie haben möchten, und zweitens, weil sie selbst zu Leistungen herangezogen werden sollen. Das offiziöse Bureau berichtet: Im Laufe der Etatsdebatte des Gouvernementsrats von Deutsch-Ostafrika bedauerten außeramtliche Mitglieder die Ablehnung des Entwurfs über den Landesrat durch das Kolonialamt. Die Angriffe des Abgeordneten Erzberger gegen die Pflanzer wurde zurückgewiesen, wobei die Vertreter der evangelischen und katholischen Mission zustimmten. Weitere Redner protestierten gegen die Behandlung des Etats für 1914 seitens der heimischen Instanzen, insbesondere gegen die Abstriche im Ausbau der Verwaltung, sowie an den wirtschaftlichen und sanitären Forderungen, gegen die Aufbürdung der Militärlasten, die Schwächung des Ausgleichsfonds und die Uebertragung der Bauzinsen der Kagerabahn auf den ordentlichen Etat. Die Kaiverordnungen wurden scharf angegriffen, insbesondere ihre Festsetzung ohne Anhörung des Gouvernementsrats, die Differenzierung der Gebühren für Daressalam und Tanga sowie die Schädigung der Interessenten durch die angebliche Monopolstellung der Landungsunternehmer. Der Gouverneur wies auf die gesetzliche Grundlage der Etatsfestsetzung hin. Er gab eine eingehende Darlegung über die Gründe der Ablehnung der Landesratsvorlage und diejenige der Etatsänderung. Weiter legte der Gouverneur die Untunlichkeit einer vorherigen Vorlage der Kaiverordnungen dar, deren Inhalt auf den Ergebnissen langjähriger in Berlin geführter Verhandlungen beruhe. Der Gouverneur begründete die auch für die Zukunft beibehaltene Differenzierung der Kaigebühren mit früheren eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Pächter der Usambarabahn und stellte die Milderung hervorgetretener Härten in Aussicht. Die in dem Etat für 1915 vorgesehene Erhöhung der Kopfsteuer wurde allseitig begrüßt — denn die Kopfsteuer trifft die Neger!

Moloch überall.

Die Belastung des Schweizer Volkes durch den Militarismus ist pro Kopf der Bevölkerung von 11,85 Fr. im Jahre 1909 auf 14,40 Frank im Jahre 1913 gestiegen und im Gesamtbudget der Eidgenossenschaft beanspruchte der Militarismus 47,2 pZt. aller Ausgaben. Diese unheilvolle Entwicklung datiert seit dem Jahre 1907, seit die Militaristen das Volk unter falschen Vorspiegelungen dazu verleiteten, der militaristisch-autokratischen Entartung der ursprünglich demokratischen Miliz zuzustimmen.

Nach dem Generalstreik in Italien.

Wie vorauszusehen, wollen nun die italienischen Gewalthaber Rache nehmen wegen des Generalstreiks, der sie einige Tage hindurch zittern ließ. Selbstverständlich sucht man zunächst die „Rädelsführer" zu fassen, obwohl es bei dieser spontanen Erhebung wirklich keine andern Urheber gab, als die uniformierten Mörder von Ancona und vorher schon in andern Orten. Gegen den Anarchisten Enrico Malatesta, den Herausgeber des Anarchistenblattes „Volonta", wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Artikel 118 des Strafgesetzes, der die Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes der Verfassung mit Gefängnis nicht unter zwölf Jahren bestraft. Malatesta ist ins Ausland entkommen. Weiter wurden Haftbefehle erlassen gegen zahlreiche Teilnehmer an der Bewegung, insbesondere in der Romagna. Mit besonderem Eifer werden die Sünder wider den heiligen Militarismus verfolgt, nämlich jene Arbeiter, vor denen der General Agliardi kapitulierte.

Die albanische Konfusion.

In Albanien wird gekämpft und unterhandelt. Waffenstillstand abgeschlossen und bombardiert — abwechselnd oder gleichzeitig, wie es sich gerade trifft. Am Sonntag wurde bei dem Dorfe Carbonaro, in der Umgebung von Suskin, bis zur Abenddämmerung gekämpft. Man glaubt, daß der Kampf Montags wieder beginnt. Elbassan ist von den Aufständischen eingeschlossen. Bei Replen, nahe an der griechischen Grenze, wechselten die Epiroten und Albaner Gewehrschüsse.

Einige Amateur-Kriegshelden aus Deutschland und Oesterreich geben sich dem Sport hin, auf gecharterten österreichischen Dampfern die Küste entlang zu fahren und Geschützmunition zu vergeuden. Ferner hat sich am Sonntag in Durazzo ein freiwilliges Artilleristenkorps organisiert. Es hat den preußischen Offizier v. d. Lippe zum Kommandanten berufen, der seinerseits den holländischen Offizieren unterstellt ist. Gleichzeitig brachte das freiwillige Korps sein vollstes Vertrauen zu den holländischen Offizieren zum Ausdruck. Diesen Beschluß unterbreitete v. d. Lippe dem Fürsten, der ihn genehmigend zur Kenntnis nahm.

Währenddem steht aber der Fürst auch mit „Aufständischen" — wi man die Herren des Landes, die Albaner, zu nennen beliebt — in Unterhandlungen. Aber auch hier zeigt sich, daß der Mann aus Neuwied jeden Augenblick seine Entschlüsse wechselt.

Von Sonnabend spät wurde aus Durazzo gemeldet: Bei den Verhandlungen mit den Unterhändlern, welche in vollem Einverständnis mit der Regierung namens der Stadt über den Frieden verhandeln sollten, verlangten die Aufständischen Befreiung von dem Militärdienst und den Steuern sowie die Annahme von andern, geringfügigeren Forderungen, die sie schon stellten. Außerdem verlangten sie einen dreitägigen Waffenstillstand. Da die Regierung auf einen dreitägigen Waffenstillstand nicht eingehen zu können erklärte, wurde schießlich vereinbart, daß, wenn bis Sonntag nachmittag 5,30 Uhr keine Antwort erteilt wird, sämtliche Verhandlungen abgebrochen sein sollten.

Am Montag meldet dann die Agenzia Stefani aus Durazzo, daß die Regierung, obgleich die Frist bereits abgelaufen ist, zwei Parlamentäre zu den Aufständischen geschickt hat, um den geforderten dreitägigen Waffenstillstand abzuschließen, damit eine Zusammenkunft von Vertretern beider Parteien vereinbart werden könne; die Zusammenkunft soll am 23. Juni auf der Brücke über die Lagune stattfinden.

Nach einem Funkenspruch des „Matin" aus Durazzo bewilligte der Fürst den Aufständischen den Waffenstillstand, ohne die holländische Mission zu befragen. Die holländischen Offiziere verlangten infolgedessen ihre Abberufung.

Damit scheint die Konfusion ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Wirklich — dieser Mbret ist ein „zeitgemäßer" Fürst!

Griechen und Türken.

Die Botschafter in Konstantinopel haben beschlossen, einzeln der Pforte eine identische Note zu überreichen. Die Note besagt: Da die europäische Presse aus Teilen von Kleinasien Berichte gebracht hatte, die dem Ansehen der ottomanischen Regierung schaden könnten, hatte die Pforte um Entsendung von Vertrauensmännern der Botschaften ersucht, die den Minister des Innern Talaat Bei begleiten und vorbehaltlos berichten sollen. Dieser Anregung entsprechend haben die Botschafter mit dieser Mission (hier folgt der Name des Dragomans) betraut, dem es auch freistehen wird, sich dorthin zu begeben, wenn er es für nötig erachtet. In der Note wird verlangt, daß die Behörden der Kommission die nötigen Begünstigungen zuteil werden lassen. Die Dragomans reisen sofort nach Smyrna ab. Die deutsche Botschaft entsendet den zweiten Dragoman Dr. Schönberg.

Ein von Sonnabend datiertes Telegramm des Ministers des Innern Talaat Bei besagt: Der Minister habe Tschesne besucht und festgestellt, daß die Bevölkerung der Stadt und Umgegend, ohne daß irgendwie ein Druck ausgeübt worden sei, vollständig ausgewandert sei; es seien nur wenige Bewohner zurückgeblieben, die erklärten, die Bevölkerung sei hauptsächlich unter dem Eindruck der unter den Frauen herrschenden Furcht geflohen, es seien aber keine Angriffe auf die Bevölkerung erfolgt. Seit einigen Tagen habe sich im Vilajet Smyrna keine Zwischenfälle ereignet.

Die griechischen Schiffe, die wegen der Befürchtung von Komplikationen ihre Fahrten eingestellt hatten, haben die Durchfahrt durch den Bosporus von und zum Schwarzen Meere sowie die Annahme von Frachten von den Häfen des Schwarzen Meeres wieder aufgenommen.

Die Franzosen in Marokko.

Auf dem Rückmarsch von Taza in das Lager bei Beni Megara wurde die Kolonne Baumgarten am linken Ufer des Inauen heftig angegriffen. Sie wies den Angriff zurück. Die Franzosen verloren einen Hauptmann und vier Mann. Zwei Offiziere und zwanzig Mann wurden verwundet.

Der Korruptionsskandal in Japan.

Die Vernehmung der Angeklagten in dem Bestechungsprozeß Mitsui-Vickers ist nunmehr abgeschlossen. Die angeklagten Direktoren der japanischen Firma Mitsui verwickelten sich in mannigfache Widersprüche. Sie gestanden, die englische Schiffbaufirma Vickers habe seit 1897 an die japanische Firma Mitsui Kommissionen für Marineaufträge gezahlt, für den Bau des jüngsten Panzerkreuzers Kongo ½ Million Jen (1 Million Mark). Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gelangt, die Firma Mitsui habe den japanischen Admiral a. D. Matsuo auf die Empfehlung von Marineoffizieren in den höchsten Stellungen eigens zu dem Zweck übernommen, der Firma Mitsui die Kommission für den „Kongo" zu verschaffen. Admiral Matsuo gestand, er habe ein Drittel der Vickersschen Kommission zur Bestechung des aktiven Admirals Matsumoto verwandt. Die Buchhalter und Kassierer Mitsuis gestanden, sie hätten auf Weisung der Direktoren Buchungen teils gefälscht, teils wieder ausradiert. Sie sagten weiter aus, bei der Firma Mitsui seien überhaupt wiederholt nachträgliche Aenderungen in den Geschäftsbüchern vorgenommen worden.

Arbeiter-„Mangel" in den Vereinigten Staaten.

m. New-York, 10. Juni 1914.

Während der Monate Juni und Juli werden alljährlich 80 000 bis 90 000 Erntearbeiter bei hohem Lohn auf vier bis sechs Monate nach dem Westen der Vereinigten Staaten, insbesondere nach Kansas gesucht. Früher wurde der Schwindel ausschließlich von den amerikanischen Eisenbahnen inszeniert. Heuer beteiligen sich nachgewiesenermaßen auch Dampfschiffahrts-Gesellschaften an dem gewissenlosen Betrug. So trafen letzte Woche in San Francisco gegen 300 portugiesische Bauern mit ihren Familien ein. Ihnen waren die Verhältnisse in Californien in glänzenden, der Ueberfluß an hochbezahlter Arbeit in verlockenden Farben geschildert worden.

Die Portugiesen veräußerten Hab und Gut, um das Reisegeld für sich und die Ihren zusammenzubringen. Und nun liegen sie mittellos in San Francisco oder durchstreifen Californien, um sich durch abwechselnde, regelmäßig kurzfristige, landwirtschaftliche Gelegenheitsarbeit wie Beerensuchen, Obstpflücken, Gemüseernten mehr schlecht als recht bis zum Winter durchzuhungern und vom November oder Dezember an, fremd im fremden Lande und des Englischen nicht mächtig, noch tiefer ins Elend zu geraten. In gleicher Weise wurden Plantagenarbeiter, die sich einen Spargroschen abgedarbt, aus Hawai, Kleinbauern aus dem Südosten Europas nach dem Westen der Vereinigten Staaten gelockt. Möglicherweise betreiben Dampfergesellschaften auch in andern Teilen der alten Welt eine ähnliche verlogene Reklame.

Seit Beginn der letzten Woche wird auch in der Stadt New-York und Umgebung im Nachrichtenteile aller bürgerlicher Zeitungen bekannt gemacht, daß in Kansas und einigen angrenzenden Ackerbaustaaten 82 000 Mann auf 15 bis 25 Wochen gebraucht werden. Wer nur wolle, könne zu einem Tagelohn von 2 bis 3 Dollar (M 8,50 bis M 12,75) bei freier Station gesunde Beschäftigung finden.

Schließlich sah sich das hiesige Bureau des staatlichen Departements für Arbeiterangelegenheiten veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen und in derselben die Arbeitslosen vor dem Schicksal zu warnen, das ihrer in Kansas harren würde, wenn sie ihren letzten Cent darangehängt hatten, nach Westen zu gelangen. Wörtlich heißt es in der amtlichen Kundgebung:

„Bis jetzt wurden wir nur von einer Seite benachrichtigt, daß es in Kansas an Erntearbeitern fehle. Wir erhielten von der Atchinson, Topeka and Santa Fe-Eisenbahn ein Zirkular des Inhalts, daß Kansas und die übrigen Staaten des Südwestens 25 000 Arbeiter zum Einbringen der Ernte brauchen und daß die Bahngesellschaft Arbeiter, die nach dem Westen reisen, zu ermäßigten Preisen befördere. Alljährlich hören wir um die gleiche Jahreszeit, daß die Farmer des Westens vergeblich Arbeiter suchen. Wer leichtgläubig ist, muß den Eindruck gewinnen, daß die Ernte größtenteils auf dem Halme verfault, weil es an Arbeitskräften zum Einheimsen fehlt. In Wirklichkeit sind die Farmer im Westen noch weniger um Arbeiter in Verlegenheit als ihre Kollegen im Osten der Vereinigten Staaten mit seinen Industriezentren.

Von den Farmern, von den Farmerorganisationen und von den behördlichen Arbeitsnachweisen in Kansas und den andern Weizen bauenden Staaten hörten wir bis jetzt noch nicht das geringste von dem angeblich herrschenden Arbeitermangel. In Chicago, Minneapolis, St. Paul, St. Louis, Omaha, Denver und andern westlichen Großstädten sind viele, viele Tausende Arbeitslose, obwohl ein Teil von ihnen schon seit Wochen scharenweise durch das Land zieht und seine Dienste den Farmern anbietet. In diesen westlichen Großstädten könnte die Landwirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften, auch wenn eine noch viel stärkere als die angebliche Nachfrage vorhanden wäre, ohne Schwierigkeit decken und hätte nicht nötig, sich nach der über tausend Meilen entfernten Stadt New-York zu wenden.

Der Farmer, welcher, namentlich bei der gegenwärtigen, trostlosen Lage des Arbeitsmarktes, keine Hilfskräfte finden kann, trägt selbst die Schuld. Er nutzt seine Leute unmenschlich aus und behandelt sie so rücksichtslos, daß niemand es bei ihm auszuhalten vermag."

So die amtliche Warnung.

Wie bei dem staatlichen Departement für Arbeiterangelegenheiten, so ist auch bei dem Stellennachweis des staatlichen Ackerbau-Departements und bei der von den Bundes-Einwanderungsbehörden betriebenen, von Landwirten mit Vorliebe in Anspruch genommenen Arbeitsvermittlungsstelle von einer Nachfrage nach Erntearbeitern im Westen nichts bekannt.

Wenn, wie im Südosten und Südwesten, so auch in den übrigen Teilen Europas von Dampfschiffahrts-Agenturen verbreitet wird, jetzt sei die rechte Zeit, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern, weil hierzulande für den Anfang, bis sich etwas „Besseres und Passenderes" finde, auf Monate hinaus lohnende Erntearbeit den Mann suche und nicht gesucht werden müsse, so ist das ein gemeingefährlicher, auf Hebung des Zwischendecksverkehrs berechneter Betrug, auf den hoffentlich kein deutscher Arbeiter hineinfällt. So wie die Dinge zurzeit liegen, kann nicht eindringlich genug vor der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten gewarnt werden.

Mexiko.

Der Angriff auf Zacatecas wurde unter dem direkten Oberbefehl Villas wieder aufgenommen. Die Bundestruppen sollen drei Positionen verloren haben.

Carranza übermittelte den Vermittlern auf die ihm übersandte Note eine Antwort, in der er wiederholt, daß er bereit sei, an der Vermittlungsaktion teilzunehmen, daß es ihm aber unmöglich sei, über einen Waffenstillstand, die Landfrage und über die Wahl eines provisorischen Präsidenten zu verhandeln. Seiner Ansicht nach hätten die Vermittler einen Irrtum begangen, als sie versuchten, diese Fragen zu lösen, die für die Mexikaner von überragender Wichtigkeit seien. Die Konstitutionalisten müßten entscheiden, was für die Interessen ihres Landes das beste sei. Zum Schluß erklärt Carranza, er glaube nicht, daß die Konferenz in Niagarafalls die von den Vermittlern erwarteten Ergebnisse haben werde.

Tages-Bericht.

Montag, den 22. Juni.

Hamburg.

Monarchische Leistungen.

Es ist doch gut, daß es eine patriotische Presse gibt. Künftige Geschlechter könnten in Zweifel geraten, ob die monarchische Regierungsform jemals ihre enormen Kosten gelohnt hat. Ein Blick in die patriotischen Blätter Hamburgs aus der Sonnenwendzeit 1914 wird solche Nörgler zum Schweigen bringen. Was diese Blätter über die Taten, Reden und Meinungen Wilhelms II. während seines 48stündigen Aufenthaltes hier zu berichten wissen, ist geradezu schwindelerregend. Von den Leistungen des Kaisers vor, während und nach dem Stapellauf des „Bismarck" am Sonnabend haben wir mit ehrfürchtigem Staunen bereits Notiz genommen. Am Sonntag begann das Programm mit einem Gottesdienst an Bord der „Hohenzollern", bei dem S. M. selbst die Liturgie sprach (oder sang, was aus den sonst lückenlosen Berichten leider nicht mit wünschenswerter Deutlichkeit hervorgeht). Dann ging es im Auto zur Altonaer Gartenbau-Ausstellung. Der Bericht verzeichnet Eintreffen des Kaisers am Ausstellungstor Punkt 12 Uhr. Rückkehr nach den Landungsbrücken 5 Minuten vor 1 Uhr. Innerhalb dieser 55 Minuten hat S. M. sich von Oberbürgermeister Schnackenburg sen., Schnackenburg jun. und anderen altonesischen Berühmtheiten begrüßen lassen, ist in der Bindekunstausstellung und in der Friedhofsausstellung gewesen, hat die Adelsausstellung eingehend besichtigt und hat überall geistreiche Bemerkungen fallen lassen; über altonesische Kommunalpolitik hat er sich wohl unterrichtet gezeigt und seine botanischen Kenntnisse haben allgemein „verblüfft". Beim Verlassen der Ausstellung hat er schließlich noch einen Automobilunfall (sog. Panne) gut überstanden. Alles und die Rückfahrt nach dem Hafen noch dazu in 55 Minuten! Etwas mehr Zeit wurde auf das Frühstück an Bord und die Nachmittagsausfahrt zum Horner Rennen verwendet. Aber am Montag früh ging es gleich wieder mit Rekordleistungen los. (In der Zwischenzeit hat Schmock an den Landungsbrücken auf der Lauer gelegen und hat gewissenhaft notiert, wenn S. M. laut lachte, wenn er über oder unter Deck war, wenn er sich umgezogen hatte usw. Wahrscheinlich ist auch das Schnarchen des Monarchen belauscht worden, man hat es aber nicht des Druckens wert gehalten.)

Am Montag also ging es nach Stellingen zu Hagenbeck. Dort äußerte S. M., nachdem er sich über das Wachstum des Walrosses und der Pinguine gefreut, große Sehnsucht nach dem Affenfelsen, wo er eine halbe Stunde (fast so lange wie in Altona) verweilte. Lebhaftes Interesse zeigte er sodann für das berühmte Zeburind, an dessen Züchtung durch den alten Hagenbeck er schon früher teilgenommen. Alle sonstigen Sehenswürdigkeiten des Tier- und Menschenparks wurden von ihm mit „großem", „größtem" und „riesigem" Interesse in Augenschein genommen. Nach zweistündigem Aufenthalt ging es nach Lokstedt zur Witwe Burchard und dann zu Ballin. Unterwegs wurden noch Schulkinder abgefertigt und nachmittags 3 Uhr dampfte S. M. auf seiner Jacht bereits wieder elbabwärts.

Die patriotische Presse berichtet über alles natürlich viel ausführlicher. Wer es dort nachlesen will, braucht doppelt soviel Zeit, als Wilhelms Aufenthalt gedauert hat. Wir aber halten schon nach dieser gedrängten Aufzählung erschöpft inne und gestehen zerknirscht, daß uns für die Kunst des Regierens wie für die Fähigkeit patriotischer Schmöcke jedes Verständnis fehlt.

Vom Begräbnis des Genossen Paul Orth, der durch einen Unglücksfall beim Baden sein Leben einbüßte, wird uns berichtet: Tränenden Auges standen viele Frauen und Kinder auf dem langen Weg bis zur letzten Ruhestätte Spalier. Nicht nur seinen Turngenossen war Paul Orth ein guter Kamerad gewesen, sondern auch vielen Kindern im Stadtteil Barmbeck und Uhlenhorst. Die Kinder, die ihn kannten, wollten ihm daher auch alle das Geleit geben. Aber nicht allen ward es vergönnt. Die von Rektor Maaß geleitete Volksschule verweigerte den Kindern den erbetenen Urlaub. Herr Rektor Maaß selbst hatte, wie die Kinder erzählten, erklärt, daß er den Urlaub verweigern müsse, weil Orth ein Sozialdemokrat gewesen. — War es wirklich nötig, bei der Ehrung eines Toten auf die politische Gesinnung Rücksicht zu nehmen und den Kindern eine Bitte abzuschlagen, die ihnen sonst anstandslos gewährt wird?

Hagenbecks Tierpark und **Hugo Haases Vergnügungspark** wurden Sonntag, 21. Juni, von 30 202 zahlenden Personen besucht.

Beim Baden ertrunken. Beim Baden in der Elbe ertrank die zehnjährige Tochter des auf Kaltehofe wohnenden Schleusenwärters Oesterreich. Zwei unbekannte Männer hörten die Hilferufe des dem Unfall zuschauenden jüngeren Bruders des Mädchens, eilten hinzu und zogen die kleine Oesterreich aus dem Wasser. Angestellte Wiederbelebungsversuche blieben jedoch erfolglos. — Am Sonntag nachmittag ertrank im Krupunder See bei Halstenbeck das 17jährige Mädchen Minna Hoffmann aus der Lindenallee in Hamburg, als es im See badete. Das junge Mädchen konnte nur noch als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Zu dem Drama im Hause Düppelstraße 34, wo — wie wir am Sonntag mitteilten — der Dekorationsmaler Melzer seine kleine Tochter und dann sich selbst erschoß, erfahren wir heute noch, daß die Frau des M., entgegen Meldungen anderer Blätter, sich im Krankenhause befindet und einer Entbindung entgegensieht. M. hat auch seine Frau durch einen Brief von seinem Vorhaben unterrichtet. — Der in unserer Redaktion am Sonnabend eingegangene Brief des Unglücklichen enthält Beschwerden über ungerechte Behandlung, die M. widerfahren sein soll. Zwei Jahre lang, schreibt M., habe er vergeblich um einen ihm als Werkmeister einer Abteilung der Strickmaschinenfabrik in Bahrenfeld zustehenden Lohnbetrag prozessiert. Durch wissentlich unwahre Aussagen von Zeugen sei er in dem Prozeß unterlegen. Seiner Anzeige gegen die Zeugen habe die Staatsanwaltschaft nicht Folge geleistet, als er sich aber durch scharfe Ausdrücke in einem Brief Luft gemacht habe, sei er zu M. 75 Geldstrafe verurteilt worden, der Staatsanwalt habe sogar drei Monate Gefängnis beantragt. Nach alledem habe er den Glauben an die Gerechtigkeit der Justiz verloren und die heutige Ungerechtigkeit müsse er auch verantwortlich dafür machen, daß er der Mörder seines Töchterchens geworden sei. — Ob diese Angaben auf tatsächlichen Vorgängen beruhen oder ob es krankhafte Einbildungen des Lebensmüden gewesen sind, wird hoffentlich noch durch eine Untersuchung klargestellt.

Schleswig-Holstein.

r. **Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den vierten schleswig-holsteinischen Wahlkreis** fand am Sonntag in Husum statt. Es waren anwesend elf Delegierte, vier Mitglieder vom Zentralvorstand, Genosse Kürbis vom Bezirksvorstand, die Genossen Krause und Fröhlich von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" und der Reichstagskandidat Genosse Meyer-Hamburg. Aus dem vom Vorsitzenden Klußmann erstatteten Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl um 50, nämlich von 333 auf 383 gestiegen ist. Darunter befinden sich 43 weibliche Mitglieder. Ortsvereine sind sieben vorhanden. Die Abonnentenzahl der Parteipresse stieg von 276 auf 282. Gewerkschaftlich organisierte Mitglieder sind 788 vorhanden. Die Zentralkasse vereinnahmte M. 3531,03 und verausgabte M. 3187,43. Es beträgt der Kassenbestand M. 343,60. Der Bezirksvorstand mußte einen Zuschuß von M. 1750 leisten. Genosse Erit-Husum sprach über die proletarische Jugendbewegung. In der sich anschließenden Diskussion wurde allgemein betont, daß auch auf diesem Gebiete im Kreise der Anfang gemacht werden müsse. Der Vertreter des Bezirksvorstandes erklärte, daß nach Möglichkeit die kleineren Ortsvereine in diesem Bestreben unterstützt würden durch bare Geldmittel, Vorträge oder andere Zuwendungen. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Erhöhung des vom Bezirksvorstand zu leistenden Zuschusses von M. 1500 auf M. 1800 pro Jahr verlangte. Ferner wurde dann noch beschlossen, den Deutschen Parteitag mit einem Delegierten zu beschicken. Als Kandidat wurde Genosse Meyer in Vorschlag gebracht. Die Generalversammlung wählte den bisherigen Zentralvorstand wieder. Kreisvorort bleibt Husum und Vorort der Kontrollkommission Bredstedt.

9. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

CB. München, 22. Juni 1914.

Im größten Saal Münchens, im Kindl-Keller, begannen heute, Montag vormittag, die Verhandlungen des 9. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Von der der Präsidententribüne gegenüberliegenden Längswand des Saales, der mit Tannengrün und Fahnen reich geschmückt ist, blickt das umflorte Bild August Bebels hernieder. Die Holzpfeiler des Saales tragen die Embleme der Münchener Gewerkschaften und auf weißen Schildern die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften Münchens von 1904 und 1914. Sie zeigen den gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaften in der Hauptstadt Bayerns. An dreißig Längs- und Quertafeln sitzen die Vertreter der deutschen Gewerkschaften: In der Mitte unmittelbar vor der Rednertribüne die Vertreter der beiden größten Verbände, der Metallarbeiter und Holzarbeiter, denen sich nach rechts die Transportarbeiter, nach links die Buchdrucker anschließen. Den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften, dem alten Genossen Hermann Greulich aus Zürich, dem Genossen David aus London, den Genossen Grünwald und Beer aus Wien und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform Professor Francke-Berlin sind Ehrenplätze eingeräumt. Auch Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert vom Parteivorstand ist anwesend.

Um 9 Uhr 40 Min. eröffnet Reichstagsabgeordneter Genosse **Legien** namens der Generalkommission den Kongreß mit Worten der Begrüßung an die Delegierten und Gäste. Er führt aus: Zum ersten Male sehen wir unter uns einen Vertreter der englischen Gewerkschaften, den Genossen David aus London. Er ist unserer Einladung gefolgt in Erwiderung auf die im vorigen Jahre zum ersten Male an uns ergangene Einladung des englischen Gewerkschaftsverbandes. Unser Besuch in England und der englische Besuch bei uns sind notwendig, denn diese Besuche bringen zum Ausdruck, daß die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Englands mit der Deutschlands durchaus einig ist, einig auch in dem Bestreben, die Hoffnungen der Spekulanten, die es zu einem Krieg zwischen Deutschland und England treiben wollen, zuschanden zu machen. Als wir vor drei Jahren uns nach dem Dresdener Gewerkschaftskongreß trennten, geschah es unter günstigen Aussichten. Das starke Wachstum der Gewerkschaften gab uns Anlaß zu der Hoffnung, daß nunmehr den Gewerkschaften auch die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte gesichert werden würden. Darin haben wir uns leider getäuscht. Die neu einsetzende Krisis hat die Kräfte der Gewerkschaften aufs äußerste angespannt. Die Ausgaben der deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung, die 1911 M. 7 348 000 betrugen, waren 1912 gestiegen auf M. 13 037 000, sie haben sich also nahezu verdoppelt. (Hört! Hört!) Dazu kam eine ganz außergewöhnliche Hetze gegen die Gewerkschaften, in deren Vordergrund das agrarische Geschrei nach einem Schutz der Arbeitswilligen stand. Aber trotz alledem haben wir doch ganz enorme Fortschritte in den letzten Jahren gemacht und zwar nicht nur im innern Ausbau, sondern auch in der äußeren Ausdehnung. Auf dem Dresdener Kongreß waren 2 276 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. Auf diesem Kongreß sind 2 556 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften vertreten, also 280 000 mehr. Gegenüber dem gleichen Zeitraum vom Vorjahre ist die Gesamtmitgliederzahl um über 31 000 gestiegen. So können wir wohl mit den Verhandlungen beginnen in der Voraussicht, daß sie dazu beitragen werden, die innere Festigung und den Ausbau der Organisation weiter zu fördern. Zu unserer Tagesordnung habe ich zu bemerken, daß wiederum in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden ist, um unsere Gewerkschaften zu vernichten, sie zu politischen Vereinen zu stempeln. Nun könnte man vielleicht sagen, daß wir mit der Festsetzung der Punkte unserer Tagesordnung etwas vorsichtiger hätten sein können und manche Punkte vielleicht besser weggelassen hätten, um den Herren Polizeipräsidenten nicht Anlaß zu geben, zu sagen, daß die Gewerkschaften politische Organisationen seien. Wir haben es aber für unser gutes Recht gehalten, die Punkte, die uns notwendig erschienen, auch zu besprechen. (Sehr richtig!) Glaubt man uns deshalb zu politischen Vereinen stempeln zu können, will man uns durch Gerichtsentscheidungen zwingen, politische Organisationen zu sein, so werden wir die Form ändern. Aber die Verhandlungen über diese Dinge werden nach wie vor stattfinden (Sehr richtig!), weil sie stattfinden müssen im Interesse der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere allgemeine Situation ist zurzeit ähnlich wie auf dem Frankfurter Kongreß von 1899. Damals bestand der Zuchthauskurs und man drohte, alle Mittel gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses haben wir erklärt: Wir fürchten den Zuchthauskurs nicht, aber wir wünschen ihn auch nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung. Heute können wir bei der Eröffnung unseres Kongresses dasselbe sagen bezüglich der Vorbereitung eines Gesetzes zum Schutze der Streikbrecher. Hält man wirklich bei uns in Deutschland nötig, Gesetze zum Schutze der Streikbrecher zu erlassen? (Sehr gut!) Wäre es nicht nötiger, die Streikenden vor den Ausschreitungen der Streikbrecher zu schützen! (Sehr wahr!) Aber man will Leute schützen, die kein soziales Gefühl und kein Verständnis haben für die Solidarität der Arbeiterklasse! (Sehr richtig!) Man will durch diesen Schutz den Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Kultur verhindern. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Zweck dieser Gesetzgebung. Aber auch hierzu müssen wir erklären: wir fürchten die Gesetzgebung zum Schutze der Streikbrecher nicht, aber wir wünschen auch ihre praktische Verwirklichung nicht im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse des sozialen Friedens. (Sehr richtig!) Eine solche Gesetzgebung wird Verbitterung in unsere Kämpfe hineintragen, die mit ihnen nicht notwendig verbunden sein sollte. Darum ist es zu wünschen, daß es nicht zu einer derartigen Gesetzgebung kommt. Im übrigen können wir erklären, wir brauchen als Gewerkschaftsorganisationen nichts zu fürchten, so lange wir einig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Als wir unseren ersten Gewerkschaftskongreß vor 22 Jahren in Halberstadt abhielten, da erwarteten unsere Gegner, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Lokalisten und den Zentralverbänden die gewerkschaftlichen Organisationen sprengen würden. Sie haben sich getäuscht. Dort haben wir erklärt: solange wir unter uns einig sind, sind wir eine Macht, sind wir aber auch nur in wenigen Fragen uneinig, so stärken wir die Macht unserer Gegner. Wir brauchen alle Polizeischikane und alle Maßnahmen der Gesetzgebung nicht zu fürchten, solange unsere Organisationen eine Einheit bilden. Allen Meinungsverschiedenheiten gegenüber müssen und werden wir die alte Einigkeit bewahren und wir werden durch sie noch stärker werden, als wir bisher schon waren. Wir hoffen, daß auch die Luft des alten gemütlichen Münchens dazu beitragen wird, etwa vorhandene Differenzen auszugleichen. (Heitere Zustimmung.) Ich hoffe, daß wir am Schluß dieses Kongresses einiger sein werden als je zuvor. Deshalb vorwärts! Das wünschen wir im Interesse der Arbeiterklasse den Arbeitern zum Schutz, dem Unternehmertum zum Trutz! (Stürmischer Beifall.)

Als Vertreter der Münchener Gewerkschaften erhält das Wort Landtagsabgeordneter Genosse **Timm**: Im Namen des Münchener Lokalkomitees und der Münchener Gewerkschaften heiße ich Sie herzlich willkommen. Wir haben alle Vorbereitungen nach besten Kräften getroffen und hoffen, daß es Ihnen bei uns gefallen wird. Die Arbeiterbewegung Münchens kann sich ja auch sehen lassen. Der Redner gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Münchener Gewerkschaften: 1903 waren 17 537 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, 1913 53 594. (Beifall.) 1903 hatten die Münchener Gewerkschaften eine Einnahme von M. 360 722, 1913 von M. 2 493 294. (Beifall.) Für Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Invalidenunterstützung wurden vor zehn Jahren M. 163 578 ausgegeben, 1913 M. 1 138 355. Dazu kommen die hohen Ausgaben für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung. Die Gewerkschaftsbewegung hat nach außen und innen bedeutsame Fortschritte gemacht. Wir haben eine Zentralherberge mit 100 Betten und seit 1912 ein eigenes Heim für die Gewerkschaften, in dem sich die Bureaus von 21 Gewerkschaften, das Bureau der „Volksfürsorge" und das Arbeitersekretariat befinden. Auch die Entwicklung der Münchener Genossenschaftsbewegung zeigt dasselbe günstige Bild. 1895 hatte der Konsumverein nach fünfjährigem Bestehen 120 Mitglieder, 1913 35 670 Mitglieder und ein Gesammtumsatz von reichlich zwölf Millionen Mark. Wenn die Gewerkschaften auch keine politischen Vereine sind, so wissen sie doch, daß der Sozialdemokratie der Kulturaufstieg der Arbeiterklasse zu danken ist. 1871 wurden zum ersten Mal 812 sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben, 1884 Vollmar zum ersten Male in München gewählt. Von den 12 Landtagswahlkreisen Münchens sind 8 von Sozialdemokraten und 4 von Liberalen besetzt. In der städtischen Vertretung sitzen im Gemeindekollegium mit 60 Mitgliedern 24 Liberale, 19 Sozialdemokraten, 14 Zentrumsmänner, 2 Hausbesitzer und 1 Antisemit. (Heiterkeit.) Wenn alle Kräfte sich zu positivem Schaffen vereinigen, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Wir haben die Sozialpolitik unserer Gemeinde reich befruchtet. Früher sträubte sich die Stadt gegen jede Wohnungsreform. Gegenwärtig sind 12 Millionen für die Förderung der gemeinnützigen Kleinwohnungen investiert. Das Bürgertum hat sich, wenn auch langsam, davon überzeugt, daß der soziale Fortschritt nicht aufzuhalten ist. Für Unterstützung der Arbeitslosen sind aus Gemeindemitteln aufgebracht 1905 M. 28 000, 1908 M. 71 000, 1913 M. 89 000, 1914 M. 170 800. Dabei haben die Gewerkschaften noch außerordentlich viel für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder geleistet. Sie haben zu diesem Zweck 1912 M. 256 000, 1913 M. 701 000 ausgegeben. Nehmen Sie aus München den Eindruck nach Hause, daß der 9. Gewerkschaftskongreß am Orte einer besonders aufstrebenden und sich überall mit Ihnen solidarisch fühlenden Arbeiterbewegung tagt. München genießt den Ruf der Gemütlichkeit, der vielleicht seinem guten Bier zu danken ist. (Heiterkeit.) Wir wünschen, daß Sie ein gut Teil davon mit nach Hause nehmen. (Gr. Heiterkeit.) Sie, die klassenbewußten, nimmer rastenden und für den Kulturaufstieg ihrer Mandatgeber stets tätigen Vertreter der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben nach Ihrer ernsten Arbeit das Anrecht auf einige frohe Stunden. Wir wollen versuchen, sie Ihnen zu bereiten, und wünschen dem Kongreß den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und zunächst zur Wahl des Kongreßbureaus geschritten. Beschlossen wird, drei Vorsitzende und sechs Schriftführer zu wählen. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen Legien, Schlicke, Leipart und Paeplow. Bei der Zettelwahl werden 438 Stimmzettel abgegeben. Stimmen erhalten: Legien 388, Schlicke 372, Leiphart 281. Paeplow bleibt mit 150 Stimmen in der Minderheit. Vorsitzende sind also Legien, Schlicke und Leipart. Als Schriftführer werden gewählt: Diermeier-München (Bäcker), Decker-Bochum (Bergarbeiter), Hecker-Chemnitz (Bauarbeiter), Massini-Berlin (Buchdrucker), Dreher-Berlin (Transportarbeiter), Sack-Hannover (Fabrikarbeiter).

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Ehrler-Eschersheim (Metallarbeiter), Glocke-Berlin (Holzarbeiter), Knüpfer-Berlin (Zimmerer), Großmann-Magdeburg (Fabrikarbeiter), Himpel-Berlin (Transportarbeiter), Brückner-Berlin (Buchbinder) und Klippel-Breslau (Brauer).

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird angenommen und beschlossen, von 9 bis 4 Uhr zu tagen. Von den zur Tagesordnung gestellten Anträgen wird der erste Antrag:

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Verbandsvorstand): „Auf die Tagesordnung des Kongresses ist die Frage der Betriebsorganisation zu setzen"

zurückgezogen. Die folgenden drei Anträge werden nicht genügend unterstützt:

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Barmen-Elerfeld): „Die Massenstreikfrage auf die Tagesordnung zu setzen".

Gewerkschaftskartell Kiel: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Errichtung von Bezirks-Arbeitersekretariaten".

Landeskommission der hessischen Gewerkschaften in Mainz: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Aufbringung der nötigen Geldmittel für die Wahlen zu den Versicherungsträgern und den Versicherungsbehörden."

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Es folgen die

Ansprachen der Gäste.

Appleton-London (General Federation of Trade Unions) überbringt, von Sassenbach übersetzt, die freundschaftlichen Grüße der britischen Arbeiter. Die Freundschaft des deutschen und des englischen Volkes wächst trotz aller Hindernisse, die aus der Verschiedenartigkeit der beiden Länder stamme. Wir führen den gleichen Kampf für das Wohl des Volkes in beiden Ländern. Darum wünschen wir der deutschen Arbeiterbewegung den besten Erfolg.

Ole Lian-Christiania begrüßt den Kongreß im Namen der skandinavischen organisierten Arbeiterschaft. In seiner von Jansson übersetzten Rede weist er darauf hin, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Schüler der deutschen seien; wir schreiten vorwärts dank dem starken Solidaritätsgefühl der dortigen Proletarier. Freilich haben sich auch bei uns die Unternehmer Norwegens, Schwedens und Dänemarks zu einer gemeinsamen Organisation und Streikversicherung zusammengeschlossen. Die liberale Regierung Norwegens will nicht nur wie die schwedische die Vermittlung in Grundkämpfen regeln, sondern sie strebt die obligatorische schiedsgerichtliche Regelung „aller Differenzen zwischen Kapital und Arbeit" an, wogegen die Gewerkschaften alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden entschlossen sind. (Bravo!)

Grünwald-Wien spricht namens der Vertreter Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz. Die Verhältnisse in diesen Ländern kennen Sie. Die dortigen Gewerkschaften wurden stets vorwärts gebracht durch deutschen Geist und deutsche Organisationskraft. Sie haben von den österreichischen Arbeitswilligenprozessen gelesen, die genügend gezeigt haben, daß anstelle der österreichischen Gemütlichkeit der nackte Klassenkampf der Unternehmer getreten ist. Dort haben wir die gleichen schwierigen Verhältnisse wie Sie. Furchtbar hat die Balkankrise bei uns gewütet. Dank der festen Verankerung des Gewerkschaftsgedankens haben aber die österreichischen Gewerkschaften allen Stürmen getrotzt und trotz der Angriffe der Christlich-Sozialen, Deutschnationalen und Gelben im Krisenjahre nur 5009 Mitglieder von 420 000 verloren. Wir danken das dem von Ihnen uns überkommenen Geist, von dem dieser Kongreß neue Beweise liefern möge. (Beifall.)

Dr. August Müller-Hamburg spricht im Namen der außer ihm noch durch Barth-Hamburg und Josephsohn-Hamburg vertretenen deutschen Konsumgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine: Unsere gegenseitigen Beziehungen sind zweifacher Art. Wir haben einmal dadurch versucht, soziale Postulate mehr allgemeiner Art zu verwirklichen, indem wir Richtlinien zur Bekämpfung der Heimarbeit und Gefängnisarbeit, zur Förderung des Tarifwesens und dergleichen mehr beschlossen haben. Auf das gleiche Gebiet gehört unser Versuch, die Auswüchse im Volksversicherungswesen durch die Schaffung der Volksfürsorge zu bekämpfen. Unser Zusammenarbeiten auf diesem Gebiet ist zwar kurz, hat aber schon gute Früchte getragen, wenn auch im einzelnen das eine oder andere Glied weitergehende Wünsche hat, als bisher erfüllt werden konnten. Ich bitte Sie, den Wert all dieser Vereinbarungen für die gesamte Bewegung wegen einzelner Mißstände nicht zu verkennen, und überzeugt zu sein, daß die Vereinbarungen für beide Kontrahenten sich um so wertvoller erweisen werden, je länger wir zusammenarbeiten und je machtvoller die beiderseitigen Organisationen werden. Die zweite Art unserer Beziehungen beruht auf der „Arbeitgebereigenschaft" der Konsumgenossenschaften. Hier haben wir die Basis zur Erzielung einer höheren Einheit gefunden, die wir an Stelle früherer Gegensätze errichten wollen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die großen Tarife, die wir mit den Transportarbeitern und Bäckern abgeschlossen haben, soeben durch Beschluß unseres Genossenschaftstages auf fünf Jahre bestätigt worden sind. Es sind das wirklich vorbildliche Tarifverträge, und die Mitteilung ihrer Verlängerung ist vielleicht die beste Begrüßung des Gewerkschaftskongresses durch den Genossenschaftstag. Konsumgenossenschaftsbewegung und Gewerkschaftsbewegung sind Aeste am gleichen Stamm. Die Mitglieder beider Bewegungen sind zwar nicht absolut, aber in der Mehrheit dieselben. Sie werden es in Zukunft noch mehr werden. Es ist richtig, daß die geistigen Kräfte, der beide Bewegungen ihre Impulse verdanken, dieselben sind. Wir haben gemeinsame soziale Interessen. Was wir zugunsten unserer Mitglieder schaffen, entspringt unserer eigenen Kraft und Mühewaltung. Das ist der selbst geschaffene Wert unserer Beziehungen. Wir beide arbeiten an dem Aufstieg derjenigen Volksschichten, die noch auf der Schattenseite leben. Wir beide arbeiten Hand in Hand an der Lösung des Problems, eine bessere und gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit herbeizuführen. (Beifall.)

Der Kongreß tritt in die weitere Tagesordnung ein.

Der Bericht der Generalkommission.

Berichterstatter **Legien**: Alle wichtigeren Handlungen der Generalkommission haben von vornherein die Unterstützung der Organisationen durch die Beschlüsse der Vorständekonferenzen gefunden. Um so allgemeiner kann mein mündlicher Bericht gehalten sein. Die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften wird Brey behandeln. Ich beschränke mich auf diejenigen Punkte, die die Generalkommission selbst betreffen. Der Polizeipräsident von Berlin hat die Politisch-Erklärung unter anderm damit begründet, daß die Generalkommission das Korrespondenzblatt herausgibt, worin politische Artikel erschienen seien, daß die Generalkommission Eingaben an den Reichstag gemacht hat, daß sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Kundgebungen, betreffend die Vorgänge in Moabit und die Drangsalierung der Bergarbeiter durch die Polizei, veranstaltet hat und daß sie mit ihm gemeinsam die Agitation bei Einbringung der Vorlagen über die Gewerbeordnung, das Reichsvereinsgesetz, die Reichsversicherungsordnung getrieben und endlich die internationalen Körperschaften und Kongresse durch Delegierte beschickt hat. Wäre diese Begründung richtig, dann müßte der Polizeipräsident doch alle uns angeschlossenen Organisationen für politisch erklären und nicht nur diejenigen, die er besonders ins Herz geschlossen hat. Nicht seine Neigung, sondern Recht und Gesetz müssen doch entscheidend sein. Es ist gar nicht der Zweck der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Organisationen, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern ihr Zweck ist, durch die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ideen die gesamte Kraft unserer gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, sie zur gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen auszudehnen und die Arbeiterklasse vor der Degeneration zu bewahren, die zweifellos bei ruhiger, ungehinderter Entwicklung der kapitalistischen Produktion eintreten müßte. (Sehr wahr!) Die Herausgabe des „Korrespondenzblatt" ist nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Generalkommission. Korrespondenzblätter, die auch politische Artikel enthalten, geben auch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine genau so wie wir heraus. Wenn die mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen in Verbindung stehenden Parteien des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei Arbeiterparteien wären, so müßten zwischen diesen Organisationen und diesen Parteien ebenfalls Verhandlungen stattfinden. Vielleicht finden sie auch statt und die Oeffentlichkeit weiß es nur nicht. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind völlig getrennt voneinander. Würden die Gewerkschaften sozialdemokratische Vereine sein wollen, dann wäre es ja Unsinn, sie mit den politischen Vereinen nicht zu verbinden. Da aber dieselben Personenkreise für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, so sind Verhandlungen zwischen beiden möglich, um Kollisionen, die sich aus dieser Gemeinsamkeit der Mitgliederkreise ergeben könnten, zu verhindern. Werden etwa unpolitische Organisationen durch Verhandlungen mit einer politischen Partei selbst politisch? Selbst wenn der Polizeipräsident gemeinschaftlich mit einem Erzbischof eine Kundgebung gegen die christlichen Gewerkschaften erlassen würde, würde Herr v. Jagow davon etwa katholisch? (Heiterkeit.) Was die Beschickung des Internationalen Gewerkschafts- und Sozialistenkongresses anlangt, so sind auf diesem Kongreß die Gewerkschaften vertreten, weil dort eine ganze Reihe von Fragen behandelt werden, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse berühren. Deshalb können wir beim besten Willen nicht darauf verzichten, uns auch an diesen Kongressen zu beteiligen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns daraufhin Herr v. Jagow für politisch erklärt. Aber wir könnten ja politisch sein bis zur Erschöpfung, wir würden doch nicht für politisch erklärt werden, wenn es sich nicht um die Sozialdemokratie handeln würde, mit der wir angeklagt werden, verhandelt zu haben. (Zustimmung.) Zwingt man uns, politische Vereine zu sein, dann könnten wir sagen, daß wir dies auch sein wollen. Ob es unsern Gegnern aber eine Freude machen würde, wenn wir unsere ganze Agitationskraft in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen würden, das ist mir doch zweifelhaft. (Sehr richtig!) Wir würden damit aber auch den Interessen der Arbeiterklasse nicht dienen, denn die politische Partei hat Aufgaben anderer Art zu erfüllen als die Gewerkschaften. Zwingt man uns also, politische sozialdemokratische Organisation zu sein, die wir nicht sein wollen, dann werden wir doch an unsern bisherigen Aufgaben und an unserer bisherigen Organisationsform festhalten. Der ganze Zweck der Aktion scheint ja zu sein, uns zu zwingen, die Jugendlichen aus unsern Organisationen hinauszudrängen. Wir werden es aber, wie wir es bisher immer auch unter den ärgsten Polizeischikanen und Verfolgungen verstanden haben, auch jetzt verstehen, unsere Organisationen den neuen Verhältnissen anzupassen. Wir lassen uns unsere proletarische Jugend nicht nehmen (Stürmische Zustimmung) weder durch patriotischen Klimbim, noch durch religiösen Fanatismus. Wir erziehen unsere proletarische Jugend für uns, für das Proletariat, und wir werden dazu die den gegebenen Verhältnissen anzupassende Form finden. Nur wenn wir diese Fähigkeit verlieren würden, könnte Gefahr für uns entstehen.

Nun sieht es so aus, als wenn in den Grenzstreitigkeiten trotz aller Bemühungen der Generalkommission eine Einigkeit unter den Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Das liegt schließlich nicht an dem bösen Willen der Beteiligten. Aber immerhin möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn ein Teil unserer Verbandsfunktionäre in dieser Frage etwas ruhiger und sachlicher urteilen würde unter dem Gesichtspunkt der Gesamtheit und nicht ausschließlich die Verbandsinteressen in den Vordergrund schieben würde, dann wäre vieles besser. (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre auch vieles besser, wenn sie bei andern nicht immer nur den bösen Willen voraussetzten und in ihm den Genossen und nicht den Gegner sehen würden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwicklung der Industrie zwingt uns zu neuen Organisationsformen. Der moderne Großbetrieb vereinigt die Arbeiter vieler, ja in einigen Fällen fast aller Berufe in sich. Da kann man es einer Organisation nicht übel nehmen, wenn sie die Aktionsfähigkeit der Arbeiter eines Betriebes durch die Vereinigung aller Arbeiter in einer Organisation zu stärken trachtet. Aber auf der andern Seite haben wir in Deutschland eine große Zahl weit entwickelter Betriebe, wo eine in sich abgeschlossene Betriebsarbeiterschaft vorhanden ist. Der Unterschied zwischen der Arbeiterschaft der kleinen und Mittelbetriebe und der Großbetriebe ist zu groß, als daß wir Betriebsorganisationen für absehbare Zeit schaffen könnten. Wir werden nach wie vor an der Berufsorganisation festhalten und die Schwierigkeiten auszugleichen suchen. Die Behauptung der Transportarbeiter, daß einzelne Mitglieder der Generalkommission Anhänger der Betriebsorganisation seien, trifft nicht zu. Die Generalkommission hat sich in den Grenzstreitigkeiten immer zur Herbeiführung eines Ausgleichs bemüht. In den meisten Fällen ist das auch geglückt. Es geht aber auf die Dauer nicht, daß in der Gesamtbewegung Organisationen vorhanden sind, die gegeneinander arbeiten. Wir wohnen schließlich alle in demselben Haus und tragen gemeinsam die Erhaltungskosten. Da wollen wir uns nicht gegenseitig die Fensterscheiben einwerfen. (Heiterkeit.) Die Schlagfertigkeit einer Organisation beruht nicht nur auf ihrer großen Mitgliederzahl, sondern auf dem inneren organisatorischen Zusammenhalt der Mitglieder. Jedenfalls hat die Generalkommission in einigen Fällen empfohlen, bestimmte Arbeiterkategorien, die zu einem umstrittenen Organisationsgebiet gehörten, an eine andere Organisation abzugeben. Das ist uns meistens sehr verübelt worden. Da heißt es: Wir haben das Bett gemacht, in das sich die andern hineinlegen. Wenn es sich nur um die Kosten des Bettmachens handeln würde, dann würden sich die Organisationen sehr schnell verständigen können im Interesse der Schlagfertigkeit und des Friedens. Der leitende Gesichtspunkt wird immer sein, daß wir organisieren müssen, nicht um die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Organisation zu bekommen, sondern um unserer Gesamtarbeiterschaft zu helfen. Dieser Grundsatz soll auch auf diesem Kongreß erneut festgelegt werden. Wenn dabei auch einem vielleicht einmal ein Unrecht geschieht, so soll er nicht gleich ein großes Geschrei erheben. (Zuruf bei den Transportarbeitern: Stillhalten sollen wir wohl?) Euch Transportarbeitern werde ich noch besonders etwas auftischen. Das ist wohl das Streben nach Einheitlichkeit, das sind wohl die großen, leitenden Gedanken bei Euch! (Zurufe bei den Transportarbeitern: Das haben wir immer getan!) So seht Ihr aus! (Stürmische Heiterkeit.) Die Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hat uns auch in der Frage der Bezirkssekretariate mit festen Beiträgen geleitet. Wir waren immer gegen diese Bezirkssekretariate, weil sie leicht zu Landesorganisationen führen können und eine Trennung nach politischen Grenzen für die Gewerkschaftsbewegung unerwünscht ist. Wir haben dennoch diesen Standpunkt aufgegeben, weil uns die Reichsversicherungsordnung dazu gezwungen hat. Darum schlägt die Generalkommission heute selber die Bezirkssekretariate mit festen Beiträgen vor. Es wird uns vorgeschlagen, die ganzen Kosten für die Bezirkssekretariate zu decken. Das würde eine Mehrausgabe von rund M 200 000 jährlich und eine Erhöhung der Beiträge der einzelnen Verbände pro Mitglied nicht um 4 ₰, sondern um 10 ₰ jährlich bedeuten. Dazu können wir uns nicht entschließen. Wir wollen erst abwarten, ob ein Bedürfnis für die Uebernahme der ganzen Kosten sich herausstellen wird. — Der Redner bespricht die Unterrichtskurse und hebt den Beschluß der Vorstandskonferenz hervor, wonach in Zukunft nur ein gewerkschaftlicher Unterrichtskursus mit 50 Teilnehmern abgehalten werden soll. Die bisherigen 28 Kurse haben 1440 Teilnehmer ausgebildet. Die Wirkung dieses gewerkschaftlichen Erziehungsmittels muß erst abgewartet werden. Der Generalkommission wird vorgeworfen, daß sie zu viel Statistik treibe. Eigentlich reicht sie noch nicht aus. — Unser Mitgliederverlust im dritten Quartal 1913 betrug 29 000, im vierten Quartal 48 000 Mitglieder, der Verlust an weiblichen Mitgliedern aber nur 540. Da sich die Wirkung einer wirtschaftlichen Krise gerade zuerst in einer Abnahme der weiblichen Mitgliederzahl zeigt, müssen diesmal andere Ursachen vorliegen. Sie liegen in der neuen Wehrvorlage mit ihrer Neueinstellung von 56 000 jungen Leuten. Die Behauptung, daß die Landwirtschaft das Hauptkontingent der jungen Leute stelle, ist nicht richtig. Die Ernährung auf dem Lande ist noch viel miserabler als in der Industrie. Und wenn wir auch alle gute Luft brauchen, so kann man allein davon noch nicht leben. (Heiterkeit.) Die Gewerkschaftsbewegung bewahrt die industrielle Arbeiterschaft vor der Degeneration und körperlicher Minderwertigkeit. Der Mehrbedarf des Heeres von 56 000 Mann wird in der Hauptsache von der industriellen Arbeiterschaft gestellt. Wir haben dafür leider keine zuverlässige Statistik. Zuverlässiges Material haben wir nur von den Buchdruckern erhalten können, und da hat sich ergeben, daß 1913 50 pZt. Buchdrucker mehr zum Militär eingezogen sind als 1912. Rechnen wir das, was wir ohne weiteres können, um auf unsere Gesamtorganisation, so ergibt sich, daß wir 25 400 Organisierte durch vermehrte Einziehung zum Militär verloren haben. Also nicht Verbandsmüdigkeit, sondern andere Ursachen kommen für den Mitgliederverlust in Betracht. Das wird erheblich viel Wasser in den Hoffnungsdrang unserer Gegner schütten. (Beifall.) Die Anforderungen des reichsstatistischen Amtes an die Generalkommission sind nicht geringer geworden. Ohne uns kann das Amt überhaupt keine Arbeiterstatistik mehr treiben. Was wird das Amt aber anfangen, wenn wir gezwungen werden, sozialdemokratische Vereine zu sein? (Heiterkeit.) Ich fürchte, der Berliner Polizeipräsident wird das Reichsamt schließlich noch für einen politischen Verein erklären.

Meinen Dresdener Bericht konnte ich mit der Erklärung schließen, daß wohl alle Delegierten mit unserer Tätigkeit zufrieden gewesen sein werden. Das kann ich heute wohl nicht sagen. Die Generalkommission hat sich ja bei den Grenzstreitigkeiten schuldig gemacht, nicht beiden Teilen Recht gegeben zu haben. (Heiterkeit.) Aber das werden wohl alle anerkennen, daß sie sich bei ihrer Stellungnahme nicht von Sympathien oder Antipathien, sondern ausschließlich von dem Gesichtspunkte hat leiten lassen, den Interessen der Gesamtheit zu dienen. In dieser Ueberzeugung sehen wir Ihrer Kritik mit Ruhe entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Kassierer **Kube** gibt den

Kassenbericht:

Die Einnahmen der Generalkommission müssen erhöht werden. Eine große Anzahl der Gewerkschaftskartelle wünscht finanzielle Unterstützung bei den Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsämtern. Eine gründliche Vorbereitung dieser Wahlen war notwendig, weil sie zum ersten Male nach der neuen Reichsversicherungsordnung erfolgten. Auch erforderten die Verhältniswahlen intensivere Vorbereitung und erhöhte Kosten. Hier mußte die Generalkommission eingreifen, und sie wird das auch in Zukunft tun. Vom 1. Januar ab soll die Arbeiterrechts-Beilage des „Korrespondenzblatt" als selbständige Zeitschrift erscheinen. Die Abwehr der Angriffe auf das Koalitionsrecht und das Bestreben, es zu erweitern, erfordern weiter erhebliche Kosten. In derselben Richtung wirken die vielfachen Wünsche, Einrichtungen zu treffen, um die Rechte der Arbeiter zu den Versicherungsämtern wahrzunehmen. Eine Erhöhung der großen Beiträge ist daher dringend erforderlich. Der Sonderfonds für Streiks und Aussperrungen balanciert in der Berichtsperiode mit M 1 578 145. Er wurde in Anspruch genommen 1911 bei der Aussperrung der Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen. Hier wurde von den Gewerkschaften eine Umlage von 25 ₰ wöchentlich erhoben und so der Streik zu einem guten Ende geführt. 1912 wurde eine Rettungsaktion für die Ruhrbergleute und Porzellanarbeiter eingeleitet und 1913 eine Sammlung für die ausgesperrten Maler, die letztere durch freiwillige Zuwendungen der Gewerkschaften. Den ausländischen Organisationen haben wir unsere Solidarität nicht nur in Worten gezeigt. Die meisten Unterstützungen wurden den vorhandenen Fonds entnommen, besondere Sammlung nur für die Transportarbeiter in England und die Tabakarbeiter in Holland vorgenommen. Die deutschen Gewerkschaften haben nach jeder Richtung ihre Schuldigkeit getan. (Bravo!)

Im Namen der Revisoren beantragt **Cohen**-Berlin die Entlastung.

Die Diskussion.

Von den zum Bericht der Generalkommission gestellten Anträgen finden ausreichende Unterstützung XI. (Magdeburg): Uebernahme der Kosten der Bezirkssekretariate durch die Generalkommission, XVI (Gotha) gleichen Inhalts; A. 2 bis A. 7 (Verstärkte Einwirkung auf die Arbeiterschaft, damit sie ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuführt. B. 1 (vierteljährliche Flugblattherausgabe zur Aufklärung fremdsprachiger Arbeiter), B 2, der ein verstärktes Zusammenwirken aller Organisationen zur Gewinnung der ausländischen Arbeiter und Verteilung entsprechender Flugblätter an die Einwanderungsstationen verlangt.

Lange-Berlin (Handlungsgehilfe) wendet sich scharf gegen die Beteiligung herborragender Gewerkschafter an den Diskussionsabenden der Gesellschaft für soziale Reform, ebenso gegen ihr Organ, die „Soziale Praxis", die in letzter Zeit bei der Schaffung des Konkurrenzklauselgesetzes einseitige Agitation im Interesse der Unternehmer rücksichtslos betrieben habe. Die neutralen gewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen sind zum Teil eingegangen, wie die der Kaufleute, zum Teil kommen sie als wirkliche Gewerkschaften nach ihrem kämpferischen Charakter nicht in Betracht. Dies gilt besonders für den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten, der die Unterstützung der Generalkommission öffentlich in Abrede gestellt hat. Mit Recht hat die Wiener „Gewerkschaft" ausgeführt, daß die neutralen gewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen nur eine Enttäuschung bedeuten; allein die freien eignen sich für die Angestelltenbewegung.

Pfütze-Chemnitz (Buchbinder) begründet den Antrag A 3 ff. (mehremal im Jahre zu wiederholende öffentliche Aufforderungen an die Eltern, Vormünder und Erzieher ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen).

Niendorf-Bremen (Tabakarbeiter): Dieser Antrag macht sich dadurch immer wieder nötig, daß die Arbeiterschaft immer noch zu wenig dafür tut, ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen. Das empfinden besonders diejenigen Organisationen sehr, in deren Gewerbe viele Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, und deren Produktionsstätten in entlegenden Gegenden liegen. Es gibt Tabakfabrikanten, die die besser bezahlte Beschäftigung des Mannes benutzen, um den Lohn der Frau zu drücken.

Horter-Karlsruhe (Bauarbeiter) tritt unter Hinweis auf die massenhafte Beschäftigung von Ausländern, namentlich im Bergbau und Textilgewerbe, für den Antrag D. 2 ein. In diesen Betrieben seien schon ganze Kolonien ausländischer Lohndrücker entstanden. Die bisherige Agitation unter den Ausländern, namentlich unter den organisationsscheuen Italienern, reicht nicht aus. Der Mülhauser Krawallprozeß ist im wesentlichen durch die tarifunterbietende Ausländerbeschäftigung verursacht worden, aber die italienische Presse hat auch diesen Anlaß zu Angriffen auf die deutschen Organisationen genutzt. Die italienische Arbeiterpresse greift die deutschen Organisationen namentlich wegen ihres Beitragswesens an, aber die Italiener müßten doch aus ihren Verhältnissen sehen, daß unser System besser ist als das ihrige mit den Eintagsrepubliken (Heiterkeit). Die italienische Berichterstattung der deutschen Parteipresse steht auch nicht auf der Höhe, wie sich in den begeisterten Schilderungen vom letzten Generalstreik gezeigt hat. Zur Aufklärung der Arbeiter müsse etwas mehr geschehen. Nehmen Sie den Antrag an, der die Wege dazu bahnen soll.

Faaß-Berlin (Landarbeiterverband) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften" über „Landarbeiterverband und Landarbeiteransiedelung" wendet. In der Erklärung wird ausgeführt, daß der Landarbeiterverband sich in der Frage der Landarbeiteransiedelung überhaupt noch nicht festgelegt hat. Es sei deshalb eine unrichtige Behauptung, daß der Verband mit dem Dr. Asmith vom preußischen Landesökonomiekollegium darin übereinstimme, daß die Naturallöhne im Interesse der Landarbeiter lägen. Ebenso unrichtig sei die Behauptung von Dr. Schulz, daß die Forst- und Weinbergsarbeiter Süd- und Mitteldeutschlands den Hauptbestand der Mitglieder des Verbandes bilden. Vielmehr seien es die Landarbeiter Mecklenburgs, Holsteins und Westfalens, die vorwiegend für die Organisation in Frage kämen. Wenn eine planmäßige Organisationsarbeit dort noch verhindert worden sei, so sei das auf andere Umstände zurückzuführen und habe mit der Ansiedlung nichts zu tun. Auch einen Artikel der Verbandszeitung über Landarbeiterverhältnisse in Westfalen habe Dr. Schulz entstellt wiedergegeben. Er stützt sich immer wieder auf Vermutungen, ermangle der Sachkenntnis und seine der Wahrheit widersprechenden Behauptungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze aus der Verbandszeitung würden von den Gegnern weidlich ausgenutzt. Das Urteil über solche Methoden eines parteigenössischen Schriftstellers überlasse der Landarbeiterverband dem Kongreß. Mit dieser Feststellung wollen wir nicht gegen eine bestimmte Richtung Stellung nehmen, aber die Schulzsche Methode riecht nach dem Reichsverband und seine unsachlichen Behauptungen werden von unseren Gegnern, deren der Landarbeiterverband besonders viele hat, ausgenutzt werden.

Frau **Neimann**-Berlin (Schneiderverband) tritt für den Antrag der Tabakarbeiter ein. Die andern Gewerkschaften sollten ihre Mitglieder anhalten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden.

Robert Schmidt: Die Einwände Langes sind nicht berechtigt. Wir haben schon früher nicht einen so intransigenten Standpunkt zur Gesellschaft für soziale Reform eingenommen. Durch Ihre Vermittlung haben wir verschiedentlich Heimarbeiterkongresse veranstaltet, die dieser elend gestellten Schicht außerordentliche Vorteile gebracht haben. Daraus ist uns nie ein Vorwurf gemacht worden. Ebenso hat die Generalkommission gemeinsam mit der „Gesellschaft" Stellung genommen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir legen Wert darauf, daß die Stimme der freien Gewerkschaften bei jeder Tagung, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt, auch in uns fernstehenden Kreisen gehört wird. Auch an den Konferenzen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise beteiligen wir uns, weil wir in dieser Frage nicht allein entscheiden und ausscheiden würden, wenn wir nicht mitwirken würden. Die Tätigkeit Langes zur Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft hat ihn übrigens nicht davor behütet, selber ein Referat auf dem Verbandstage der Gewerbegerichte zu übernehmen. Auch die Stellungnahme seines Verbandes und des Verbandes der Bureauangestellten zu dem Angestelltentag, dem ja auch bürgerliche Vereine angehörten, ist wenig konsequent. Wenn man alles ablehnt, müßte man auch dieses „unwürdige Verhältnis" lösen. Die Gesellschaft für soziale Reform ist niemals für die Gelben eingetreten. Sie hat auch nicht Mitglieder aus diesen Vereinen. Ihr Vorsitzender hat im Gegenteil die Gelben wiederholt als Schaden für die Arbeiterbewegung bekämpft. Auch in der Frage der Tarifverträge legen wir Wert darauf, daß unser Standpunkt auch in den Kreisen der bürgerlichen Sozialpolitiker vertreten wird. Auch die Stellungnahme der Gesellschaft für soziale Reform gegen die Scharfmacher und in der Frage des sogenannten Terrorismus der Gewerkschaften berührt uns außerordentlich sympathisch und ihre Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform begrüßen wir freudig als eine Hilfsaktion. Wir brauchen doch solche Gesellschaften, mit denen wir nicht in allen Punkten übereinstimmen, deshalb nicht vor den Kopf zu stoßen. Sollen wir uns deshalb das Urteil der Scharfmacherpresse über die Gesellschaft zu eigen machen? Ohne die Unterstützung bürgerlicher Sozialreformer kommen wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht weiter. Das war immer ein Stück praktischer Gewerkschaftspolitik. Dabei leiden wir an unseren Grundsätzen keinen Schaden. Nur wer sich unsicher fühlt in diesen Grundsätzen, kann ihre Erschütterung bewirken, nicht aber ein fester Gewerkschaftler. (Bravo!)

Martha **Hoppe**-Berlin (Textilarbeiterin) tritt für den Antrag der Tabakarbeiter ein. In den letzten zwei Jahren hat unsere Organisation um 985 Männer und 5668 Frauen zugenommen. Aber das reicht noch nicht aus. Ueberall, wo die Frauen unorganisiert bleiben, können auch die Männerlöhne nicht steigen.

Etzkorn-Berlin (Verband der Friseurgehilfen) empfiehlt den Antrag A 2. Der Beschluß der internationalen Konferenz ist als Ausfluß des gewerkschaftlichen Terrorismus bezeichnet worden. Die jetzigen Zustände sind aber nur ein Produkt des Terrorismus der Zünftler. Die Friseurgehilfen sind außerordentlich schwer zu organisieren. Wir haben in 25 Jahren 2500 Gehilfen organisiert. Ohne Ihre Hilfe kommen wir nicht weiter.

Giebel-Berlin (Verband der Bureauangestellten): Den Bemerkungen Langes über die neutralen gewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen kann ich mich nicht in allen Punkten anschließen, dagegen bin ich wie bisher ein Gegner des Beschlusses der Vorständekonferenz, der die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für soziale Reform freigibt. Die Argumente Schmidts trafen nicht den Kern der Sache. Auch wir wollen uns die Möglichkeit offen halten, in einzelnen Fragen mit den bürgerlichen Parteipolitikern Hand in Hand zu gehen, um die allgemeinen Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Hier handelt es sich aber nicht um gelegentliches Zusammenarbeiten, sondern um die Mitgliedschaft. Wer Mitglied wird, macht sich die Grundsätze dieser Gesellschaft zu eigen. Und die Gesellschaft für soziale Reform verfolgt Bestrebungen, die im Gegensatz zu unsern Grundsätzen stehen. Wir stehen auf dem grundsätzlichen Boden des Klassenkampfes, die Gesellschaft für soziale Reform will aber den Ausgleich der Klassengegensätze herbeiführen. Daran ändert die noch so sympathische Stellung der Gesellschaft zum Koalitionsrecht nichts. Es handelt sich auch nicht darum, ob der Einzelne Schaden an seiner gewerkschaftlichen Seele erleidet, entscheidend ist, daß nicht Verwirrung und Unklarheit in die Massen gebracht werden. (Bravo!) Ich erinnere nur an die Haltung des Organs der Gesellschaft der „Sozialen Praxis" zur Konkurrenzklausel, die einen Artikel für die Konkurrenzklausel brachte. (Zuruf: An der Spitze des Artikels stand aber, daß die Redaktion bereit sei, auch Gegenartikel aufzunehmen.) Ein solcher Artikel ist aber nicht aufgenommen worden. Zuruf: haben Sie einen Gegenartikel eingeschickt?) Nein.

Paeplow-Hamburg (Bauarbeiter): Ich stehe auf dem Standpunkt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sein sollen, aber die vorliegenden Resolutionen und Anträge werden uns nicht weiter bringen, wie auch die Beschlüsse früherer Gewerkschaftskongresse nichts genützt haben. Wir sind schon viel zu lange den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialpolitiker ferngeblieben. Es kommt hierbei gar nicht so auf den Klassenstandpunkt allein an. Durch die Fernhaltung würden wir nur noch mehr dazu beitragen, daß die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen den größten Einfluß auf diese Kreise gewinnen, während die Freien Gewerkschaften vollkommen ausgeschaltet werden.

(Telephonischer Schlußbericht.)

Paeplow (fortfahrend): Wenn die Tabakarbeiter und Schneider in der Organisation der weiblichen Mitglieder aus eigener Kraft nicht weiterkommen, dann müssen gewisse Allgemeinmittel der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Dienst gestellt werden. Aber das würde am besten durch die Generalkommission und Vorständekonferenz erreicht, denen diese Anträge zum gründlichen Studium überwiesen werden sollten. Daß eine Gewerkschaft ein Mitglied ausschließt, weil es nicht imstande ist, für die Organisierung seiner weiblichen Familienangehörigen zu sorgen, ist ausgeschlossen. Ich würde das bestimmt ablehnen. Wir haben bei den Ausländern nicht nur mit den Italienern zu rechnen, sondern auch mit den Auswanderern an der polnischen Grenze. Diese können sich in unsern Organisationen nicht einleben und gehören Organisationen an, die gegründet sind zu dem Zweck, uns zu ruinieren. Es gibt im Auslande Organisationen, die die deutschen Gewerkschaften als die reinen Geldmaschinen bezeichnen, ohne daß diese Leute das geringste Verständnis für den Aufbau der Organisation besitzen. In der Romagna hätten wir ja beinahe die Republik gehabt; aber bei uns läßt man sich bald alles gefallen! An den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Sehr wahr!) Wir fühlen uns noch jung genug zum Klassenkampf! Wir dürfen uns an der Beteiligung an sozialpolitisch-neutralen Unternehmungen nicht durch die Gegner hindern lassen.

Wissell (Zentralarbeitersekretariat) schließt sich in dieser Frage Paeplow völlig an. Was man der Gesellschaft für soziale Reform vorwirft, ist belanglos.

Umbreit (Generalkommission) vertritt denselben Standpunkt und erklärt, daß es von den größten Folgen sein könnte, wenn man sich von den bürgerlichen Sozialreformbestrebungen fernhalten wollte. Die Gesellschaft für soziale Reform ist nur ein Zweig der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, der eine ganze Reihe klassenbewußter ausländischer Gewerkschaften angehören und deren Vorsitzender, Bauer, Sozialdemokrat ist. Wir können das Vertrauen zu den deutschen Arbeitervertretern haben, daß sie auf deutschen Tagungen die Arbeiterinteressen nicht verletzen werden. Wir können doch nicht dauernd Rechte in Anspruch nehmen und uns den Pflichten entziehen. Scheuen wir uns also nicht vor tätiger Mitarbeit. Wir haben keinen Nachteil davon, wenn die Gewerkschaften die Mitgliedschaft in diesem Verein erwerben. (Lebhafter Beifall.)

Staudinger-Leipzig (Steinarbeiter) begrüßt das Vorgehen der Generalkommission gegen die koalitionsrechtsfeindlichen Großbanken. Die Beteiligung an den bürgerlichen Sozialreformbestrebungen billigt der Redner durchaus.

Dürr-Lahr (Buchbinder) tritt für die weitere Einrichtung von Bezirkssekretariaten ein.

Niendorf-Bremen (Tabakarbeiter) verteidigt die Resolution der Tabakarbeiter.

Damit schließt die Besprechung.

Legien (Schlußwort): Die Erklärung der Lederarbeiter haben wir zur Kenntnis genommen, obwohl sie überflüssig ist. Die „Sozialistischen Monatshefte" gehören nicht den Gewerkschaften. Die Generalkommission gehörte bisher der Gesellschaft für Sozialreform nicht an. Nach Freistellung der Mitgliedschaft durch die Vorständekonferenz sind ihr, soviel ich weiß, Robert Schmidt, Leipart und Winnig als Mitglieder beigetreten. Den Anschluß der gesamten Gewerkschaften halte ich bei der divergierenden Auffassung zurzeit nicht für angängig. Wir würden manchmal überstimmt werden, hätten aber dann die Mitverantwortung für das Beschlossene zu tragen. Der Redner verliest eine Erklärung des anwesenden Dr. Franke von der „Sozialen Praxis", wonach eine Einsendung zur Frage der Konkurrenzklausel abgelehnt worden sei. Eine Erklärung des Allgemeinen Bankbeamtenvereins, worin er die Hilfe der Generalkommission als minderwertig hinstellt, ist uns nicht bekannt. Dieser Verband hat unsere Hilfe auch gar nicht in Anspruch genommen, sondern wir haben wohl mit ihm einmal über die Anregung gesprochen, die Gelder der Gewerkschaften den organisationsfeindlichen Banken zu entziehen. Die Stellungnahme des Verbandes der Handlungsgehilfen gegenüber dem Verband der Bankbeamten und dem Bund der technisch-industriellen Beamten scheint mir so nicht zweckmäßig zu sein. Viele dieser Angestellten sind für uns doch nicht zu gewinnen und da ist es besser, wenn sie wenigstens Organisationen mit gewerkschaftlichen Grundsätzen angehören. Der Antrag 11, der die Uebernahme der ganzen Kosten der Bezirksarbeitersekretariate durch die Generalkommission verlangt, würde sich zu teuer stellen. Wir haben in Aussicht genommen, daß die organisierten Arbeiter pro Kopf einen Teil aufbringen und die Generalkommission den Rest deckt. Die Resolution Dürr können wir nur zur Kenntnis nehmen, da sie zu spät eingegangen ist. Zu dem Antrag 26 will ich mitteilen, daß die Zusammenstellung unserer Kongreßbeschlüsse mit ihren Voraussetzungen bereits in Vorbereitung ist und in einigen Monaten erscheinen wird. Die Anträge A 3 bis 7 wenden sich gegen die Konkurrenz, die den organisierten Arbeitern gemacht wird. Ich bitte den Antrag 3a dahin zu ändern, daß gefordert wird, die Generalkommission möchte jedes Jahr einmal möglichst einen solchen Aufruf erlassen, aber nicht wiederholt. Die Anträge 6a und 7a sind zurückgezogen. Zu 2b weise ich auf die von uns betriebene Winteragitation bei den Bauarbeitern hin, die in der Tat zu einer wesentlichen Eindämmung der Streikbrecherverwendung in Italien geführt hat. Die Generalkommission hat sich neuerlich an die ausländischen Organisationen gewandt, die in den Himmel gehoben wurden, die aber nur auf dem Papier standen. In der Romagna werden freilich die deutschen Gewerkschaften vielfach beschuldigt, nur Statistik, aber keinen Klassenkampf zu treiben. Darüber braucht man doch nicht zu polemisieren; da braucht man doch nur auf unsere Streikberichte hinzuweisen. (Sehr richtig!) Die Zusammenberufung aller Hauskassierer ist schon lange geplant, konnte aber noch nicht stattfinden. Im übrigen kann die Generalkommission mit der geübten Kritik sehr zufrieden sein!

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen von **Paeplow** und **Lange** wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Antrag 11 wird abgelehnt, Antrag 26 für erledigt erklärt. Antrag 2a wird angenommen, ebenso 1a mit der von Legien vorgeschlagenen Aenderung. Angenommen werden weiter die Anträge 4a und 2b. Antrag 1 wird zurückgezogen, 1d abgelehnt.

Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Hg. Leipzig, 20. Juni 1914.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am heutigen Sonnabend hier in Leipzig ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Sie beschäftigte sich unter dem Vorsitz von Professor Dr. Neisser-Breslau mit der Behandlung der jugendlichen Prostituierten. Landgerichtsrat Rupprecht-München führte hierzu aus, daß die jugendlichen Prostituierten ihr Gewerbe fast ausschließlich in der Form der geheimen Gewerbsunzucht betreiben. Eine Unterstellung jugendlicher Dirnen unter polizeiliche Sittenkontrolle ist in der Regel ausgeschlossen. Die Zahl der geheimen Dirnen im minderjährigen Alter ist auch in den meisten Großstädten größer als die der erwachsenen geheimen Prostituierten. Die Mehrzahl der jugendlichen Dirnen der Großstädte stammt aus den Kreisen der Arbeiterschaft und der ländlichen Bevölkerung; die erste Veranlassung zur Ergreifung dieses Erwerbs ist überwiegend nicht die soziale Not, sondern schlechte Erziehung, ethische Defekte, Verführung. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse fördern und begünstigen diese Verursachungsgründe. Bei jugendlichen Dirnen höheren Alters, besonders bei Rückfall, spielt Arbeitslosigkeit und in deren Gefolge wirtschaftliche Not eine Rolle; bei diesen Altersgruppen wirkt aber auch Liederlichkeit und Hang mit, eine Rückkehr in ein anständiges, solides Leben zu verhindern. Auffallend ist die große Zahl jugendlicher Prostituierter aus dem Stande der Dienstboten. Ihre Erziehung auf dem Lande oder in kleinen Städten mit ihrer Beschränktheit, ihre Unerfahrenheit gegenüber den Gefahren der Großstadt, in die sie zum Aufsuchen von Dienstplätzen abwandern, die Versuchungen, die ihnen infolge ihrer Arbeitstätigkeit nicht bloß außerhalb, sondern insbesondere auch innerhalb des Hauses der Dienstherrschaft nahetreten, machen sie zu einem besonders geigneten Objekt der Verführung und dann wegen ihrer Hilflosigkeit in der Großstadt zu einem Opfer der Prostitution. Die geheimen Dirnen jugendlichen Alters aber bilden eine besondere Gefahr für die Allgemeinheit in gesundheitlicher Beziehung. Jugendliche Dirnen sind zu einem vielfach höheren Prozentsatz geschlechtskrank als erwachsene Dirnen; sie entziehen sich auch infolge ihrer Unerfahrenheit oder ihrer Scheu vor polizeilicher Beanstandung einer ärztlichen Behandlung. Sie tragen den Ansteckungsstoff nicht bloß in die Kreise ihrer meist aus jungen Männern der lernenden oder arbeitenden Berufe bestehenden Kundschaft, sondern auch in die Familien, in denen sie zeitweise Dienst nehmen, um der polizeilichen Nachforschung und Ueberwachung zu entgehen. Die jugendlichen Dirnen bilden auch eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit, weil sie in ihrer Mehrzahl an Zuhälter gebunden sind, deren Brutalität und Gewinnsucht sie nicht bloß zur Ausübung der Gewerbsunzucht, sondern auch zu Diebstählen bei Gelegenheit des Geschlechtsverkehrs zwingt. Der Bekämpfung der Prostitution jugendlicher Mädchen dienen zurückdrängende und vorbeugende Maßregeln. Die Repressionsmaßnahmen, wie gerichtliche Bestrafung, Einweisung in eine Zwangserziehungsanstalt und die staatliche Bestrafung und der Vollzug der Strafe, verderben mehr, als sie bessern. Die Zwangserziehung wirkt meist nur während der Dauer der Einschaffung. Der charitativen Ueberwachung entziehen sich die jugendlichen Dirnen bald, besonders, wenn es nicht möglich ist, sie in ihre Heimat zurückzubefördern und den Verkehr mit ihren Zuhältern zu unterbinden. Mehr Erfolg versprechen vorbeugende Maßnahmen. Stärkung des ethischen Bewußtseins, geeignete Aufklärung nicht nur über die geschlechtlichen Vorgänge, sondern insbesondere auch über die Gefahren und Folgen des Dirnenlebens, in der Zeit nach der Entlassung aus der Schule können von Wert sein. Jedenfalls ist es Aufgabe der Jugendpflegevereinigungen besonders auf dem Lande, die jungen Mädchen, welche sich um Dienst- und Arbeitsplätze in der Stadt umsehen wollen, rechtzeitig auf die Gefahren und Versuchungen der städtischen Verhältnisse eindringlich aufmerksam zu machen. Die Jugendpflegevereinigungen auf dem Lande müssen gut organisierte Verbindungen mit den Fürsorgevereinigungen der Städte haben, um vom Land abwandernde Mädchen der in Betracht kommenden städtischen Fürsorgestelle rechtzeitig melden zu können. In den Städten müssen gut geleitete, billige Unterkunfts- und Zufluchtsheime für Dienstmädchen, Kellnerinnen und sonst der Gefahr der zeitweisen Stellenlosigkeit ausgesetzten Mädchen errichtet werden. Den Dienstherrschaften, und besonders den Frauen, erwächst die Pflicht, sich um ihre weiblichen Dienstboten auch in bezug auf ihr sittliches Verhalten außerhalb des Hauses zu kümmern und ihnen mit mütterlichem Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Der heranwachsenden männlichen Jugend muß in der Familie, in der Schule und in den Jugendvereinigungen ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl in sittlicher Beziehung und eine höhere Achtung vor der weiblichen Würde eingepflanzt werden; auch sexuelle Aufklärung, besonders über die großen gesundheitlichen Gefahren des Verkehrs mit jugendlichen Dirnen, darf nicht außer Betracht bleiben. Zur Erreichung einer wirklichen Besserung ist ein tatkräftiges, zielbewußtes Zusammenarbeiten zwischen den staatlichen Behörden, den Jugendfürsorgevereinigungen und den besonders an der öffentlichen Gesundheit interessierten Berufskreisen, wie der Aerzteschaft, erforderlich, wie es in neuerer Zeit in steigendem Maße sich durchzusetzen beginnt. (Beifall.)

Die Tätigkeit der Polizeipflegerin schilderte Polizeipflegerin Stemmler-München: Die Polizeipflegerin darf ausschließlich auf dem Gebiete der Fürsorge tätig sein und muß sich vor allem der minderjährigen, zum erstenmal beanstandeten Mädchen annehmen. Sie muß sowohl vorsorgend als auch nachgehend ihren Schützlingen in jeder Lebenslage zur Seite stehen. Sie arbeitet im engsten Anschluß an alle wohltätigen Vereine und Verbände, da sie in der Hauptsache nur vermittelnd wirken kann. Der Beaufsichtigung und Beschäftigung der in Krankenhäusern befindlichen Mädchen muß ein besonderes Augenmerk geschenkt und freiwillig bei der Polizei sich einfindenden, rat- und hilfsbedürftigen Mädchen und Eltern muß nach Möglichkeit jederzeit beigestanden werden. — Polizeiarzt Dr. Bendig-Stuttgart meinte, daß die Prostituierten unter 20 Jahren einen Hauptbestandteil der Prostituierten überhaupt bilden. Die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten rechtfertigt eine Zwangsbehandlung der geschlechtskrank Befundenen im Spital oder in eigens dazu eingerichteten Abteilungen der Zwangserziehungsanstalten. Nach der Heilung ist die Ueberführung in Anstalts- oder Familienfürsorge anzuordnen. Die Kinder dieser jugendlichen Prostituierten müssen in Fürsorge übernommen werden. An sich aber sind vorbeugende Maßnahmen für die gefährdete Jugend mehr angebracht als die Fürsorge für die bereits gefallenen und verdorbenen Mädchen.

Schließlich berichtete Frau Graziella-Schneidhuber (Berlin) über das Mädchenschutzhaus in Berlin, das der privaten Initiative und privaten Mitteln seine Entstehung verdankt und gefährdete Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren aufnimmt, die ihm überwiesen werden. Das Mädchenhaus verfolgt den Zweck, die Jugendlichen vor der Fürsorgeerziehung zu bewahren und eine Beobachtungsstation zu schaffen, in der die Frage der sittlichen Gefährdung Jugendlicher aus der Erfahrung heraus beurteilt werden soll und die Richtigkeit fürsorgerischer Maßnahmen nachgeprüft werden kann. Das Mädchenhaus sucht diese Ziele zu erreichen durch sorgfältige Nachprüfung der Verhältnisse, aus denen das Mädchen stammt; durch exakte Recherchen über die Veranlassung zu seiner Unterbringung im Schutzhause; durch eine familienartige Erziehung zu geregelter Tätigkeit im Heim selbst; durch systematische Beeinflussung und Hebung des Selbstgefühls; durch Ueberwachung des Schützlings in seinem neuen Leben.

Hierauf begründete Prof. Dr. Neisser-Breslau folgenden Antrag: „Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten möge die Herren Kultusminister ersuchen, sämtliche Schulbehörden (Schulinspektoren, Rektoren, Hauptlehrer usw.) zu beauftragen, alle Knaben und insbesondere Mädchen, die schon während der Schulzeit durch Liederlichkeit, Herumtreiben, sexuelle Frühreife und Exzesse und dergleichen sich auffällig bemerkbar machen, den zuständigen Behörden, Jugendpflege- und Jugendfürsorgevereinigungen spätestens bei der Schulentlassung zu melden, um diese in den Stand zu setzen, diesen besonders gefährdeten Personen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, sie zu überwachen und für sie zu sorgen."

Zur Begründung des Antrages führte Prof. Neisser aus, daß die Gruppe der Psychopathisch-Minderwertigen aus der großen Gruppe der Prostituierten herausgenommen werden müsse. Man müsse sich dieser Gruppe annehmen, der gerade bisher die Polizei so große Schwierigkeiten gemacht habe. Von dem Grundsatz ausgehend, daß nicht früh genug eingegriffen werden kann, um diese bedauernswerten Personen zu unterstützen, müsse alles getan werden, damit sie nicht der Unzucht in die Arme getrieben würden, zumal die Minderwertigen am wenigsten imstande seien, der Prostitution Widerstand zu leisten. An vielen Stellen habe man schon freiwillig eingegriffen, so in Breslau, wo von einigen Rektoren bereits den Kinderschutzvereinen davon Mitteilung gemacht werde, wenn man es mit psychopathisch minderwertigen Kindern zu tun habe. Es würde zu überlegen sein, wie weit man schon während der Schulzeit durch die Schulärzte und durch die Lehrer, die durch besondere von Psychiatern zu haltende Kurse vorgebildet werden müßten, auf diese psychisch minderwertigen Elemente erzieherisch werde einwirken können. Vielleicht komme auch in Frage eine Fürsorgeerziehung schon in unmittelbarem Anschluß an die Schule in die Wege zu leiten. Ferner komme in Betracht, die Fortbildungsschulen für diese Zwecke auszunützen, kurz: die Elemente, deren psychische Minderwertigkeit namentlich auf moralischem und sexuellem Gebiet schon während der Schulzeit bekannt wird, müssen schon in diesem frühen Alter den vorbeugenden und schützenden Maßnahmen der Jugendpflege und Jugendfürsorge unterworfen werden. (Beifall.)

Prof. Neisser fand mit seiner Anregung in der Versammlung allseitige Zustimmung. Ueber die Vorträge entspann sich dann noch eine lange Aussprache, in der vor allem die Frage der sanitären Ueberwachung und Maßnahmen erörtert wurden, um den Zuzug Jugendlicher zur Prostitution zu verhindern. Ferner wurde die Frage einer Zwangssterilisierung angeschnitten, durch die erreicht werden soll, bei minderwertigen Prostituierten einen Nachwuchs zu verhindern.

Vereine und Versammlungen.

Distrikt Eilbeck. Mitgliederversammlung am 18. Juni, bei Mauch, Ritterstraße. Genosse K. Hildenbrand referierte über das Thema: „Syndikate und Trusts". Er führte etwa folgendes aus: Vor Erfindung der Maschine war die Herstellung der Waren eine handwerksmäßige. Der Handwerker produzierte nur für den kleinen Kreis der Nachbarschaft und nächsten Umgebung. Die einzelnen Staaten waren klein. Jeder hatte ein anderes Maß, Gewicht und Geld. Durch Zollschranken schlossen sie sich voneinander ab. Mit der Erfindung der Maschine wurde die Warenproduktion eine kapitalistische. Der Unternehmer stellt die Produktionsmittel, die Maschinen, zur Verfügung. Er selbst arbeitet nicht damit, das besorgen die Arbeiter. Er aber steckt die Ueberschüsse, oft Riesenprofite, in die Tasche. Da die maschinelle Produzierung viel mehr und viel schneller Waren herstellen kann, so suchte der Kapitalist nach größeren und weiteren Absatzgebieten. Die nächste Folge war das Fallen lästiger Zollschranken und Einführung einheitlicher Maße, Münzen und Gewichte. Es entstand jetzt der Nationalstaat. Aber auch diese Grenzen sind dem Kapitalismus noch zu eng. Er sucht durch Handel und Export immer neue Absatzgebiete. Er drängt nach einem Weltstaat, nicht auf politischem aber auf wirtschaftlichem Gebiete. Politisch ist er national, aber nur, solange der Staat seine Interessen schützt und fördert. Auf dem Weltmarkt ist für den Absatz einer Ware Preis und Qualität entscheidend. Die Produzenten werden hier also zu Konkurrenten. Um Preisunterbietungen fernzuhalten, kam es frühzeitig zur Bildung von Kartellen oder Syndikaten. Die Herrschaft der Syndikate wird für die Allgemeinheit oft unerträglich, da sie die Warenproduktion in privatkapitalistischem Sinne zu monopolisieren suchen und sich so zu Trusts auswachsen. In der Elektrizitätsindustrie ist man in letzter Zeit zum gemischt wirtschaftlichen Unternehmen gekommen, das heißt: die Produzierung liegt noch in Händen von Unternehmern (für Deutschland kommen nur drei Firmen in Betracht: Allgemeine Elektrizitätswerke, Siemens u. Halske und Schuckert), aber der Staat sichert sich maßgebenden Einfluß. Was lernen nun die Arbeiter aus solchen Verhältnissen? Für uns ist es notwendig, daß wir uns nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten zusammenschließen, damit wir einerseits der Monopolisierung in privat-kapitalistischem Sinne entgegenarbeiten, anderseits aber auch Einfluß auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewinnen. (Lebhafter Beifall.) Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse Müller, verwies dann noch auf die Frauenversammlung am 25. Juni, die Generalversammlung der Landesorganisation am 26. Juni und die Generalversammlung für den 3. Hamburger Wahlkreis am 28. Juni. Die beiden letztgenannten Versammlungen finden im Gewerkschaftshause statt und haben die alten Delegierten Zutritt. Er verlas dann noch eine Zuschrift der Genossen aus Alt-Rahlstedt, welche bitten, den Boykott des Lokales Hinr. Hup aufrecht zu erhalten. Schluß der Versammlung 10½ Uhr. Anwesend waren 105 Genossen und 16 Genossinnen.

Telegramme des Wolffschen Bureaus.

Durch Blitzschlag getötet.

Dömitz a. d. Elbe, 22. Juni. Bei einem heute nachmittag aufgetretenen Gewitter hat der Blitz in das Haus des Schuhmachers Paul Helbing in Tripkau eingeschlagen. Die alte Frau wurde sofort getötet, zwei weitere Personen wurden schwer gelähmt. Das Haus ist vollständig eingeäschert worden.

Doppelmord und Selbstmord.

Lobenstein, 22. Juni. Im benachbarten Röttersdorf schlug die 50jährige Gutsbesitzersfrau Lipfert ihrem Ehemann im Bett mit einer Axt die Hirnschale ein und begab sich dann zu ihrer in einer Bodenkammer schlafenden 16jährigen Tochter und schlug dieser ebenfalls mit der Axt den Schädel ein. Beide waren sofort tot. Die Frau erhängte sich sodann auf dem Trockenboden.

Heftiges Gewitter in Bayern.

München, 22. Juni. Heute nachmittag brach über München und die südwestlichen Vororte, auch über dem Starnberger und dem Ammersee ein heftiges Gewitter los, das allenthalben mit dem damit verbundenen Sturm großen Schaden anrichtete. Auf dem Starnberger See kenterte ein Segelboot mit vier Personen, zwei davon wurden von einem Motorboot und eine durch einen Dampfer gerettet, während die vierte bisher noch unbekannte Person ertrank. Auf dem Ammersee zerstörte der Sturm teilweise die Badeanlagen und richtete auch an den Uferbefestigungen größeren Schaden an.

Orkan auf dem badischen Obersee — mehrere Fischer ertrunken.

Konstanz, 22. Juni. Heute nachmittag, kurz vor 2 Uhr, tobte auf dem Obersee ein orkanartiger Sturm, der eine zwischen Langenargen und Romanshorn befindliche, aus etwa 60 Fahrzeugen bestehende, auf dem Felchenfang begriffene Fischerbootsflottille in arge Bedrängnis brachte. Einige der Boote kenterten. Die Insassen fielen ins Wasser. Hierbei ertranken drei Fischer und ein Fischerknecht. Es geht das Gerücht, daß noch mehr Fischer ertrunken seien.

Im englischen Unterhause

erwiderte Parlamentsuntersekretär des auswärtigen Amts, Acland, auf eine Anfrage, betreffend die Meldung, daß 4000 Mohamedaner in Argyrocastro von den Streitkräften der provisorischen Regierung von Epirus eingeschlossen seien. Darauf fragte Herbert, ob Acland bekannt sei, daß die griechische Regierung Großbritannien beleidigt habe durch einen Beamten des Ministeriums des Aeußern, der wissentlich Lüge über Lüge hinsichtlich der Lage verbreitete. Der Sprecher unterbrach ihn hier und sagte, daß Herbert nicht berechtigt sei, eine solche Sprache gegen eine befreundete Macht zu führen. (Beifall.)

Sir Mark Sykes fragte, welche Schritte Grey in einem zukünftigen Kriege zwischen Griechenland und der Türkei zu unternehmen gedenke, um die britische Schiffahrt im Osten des Mittelmeeres vor den Gefahren durch Minen in den Hafeneinfahrten zu schützen. Parlamentssekretär Acland erwiderte, es sei unmöglich, im voraus zu sagen, welche Schritte die britische Regierung würde unternehmen können, um diesen Gefahren zuvorzukommen oder zu vermindern. Er könne nur sagen, daß die britische Regierung allen Einfluß aufbieten werde, um den Krieg zu verhindern und dafür zu sorgen, daß, falls ein Krieg ausbreche, die Hafenzufahrten für die Handelsschiffahrt nicht geschlossen würden.

Bei Besprechung des Etatgesetzes kündigte Handelsminister Samuel an, daß einige Bewilligungen an die lokalen Behörden, die im Budget vorgesehen seien, in diesem Jahre nicht gezahlt werden konnten. Die vorgeschlagene erhöhte Einkommensteuer werde daher für 1914 um einen Penny herabgesetzt. Der Minister fügte unter der Heiterkeit des Hauses hinzu, daß diese Verminderung lediglich eine befristete sei und daß die volle Steuer, wie sie im ursprünglichen Budgetentwurf 1915 enthalten sei, zu zahlen sein werde.

Neueinteilung der Plätze in der Deputiertenkammer.

Paris, 22. Juni. Die Kammer verhandelte heute über den von dem Sozialisten Groussier eingebrachten Antrag, daß die Plätze im Sitzungssaale den Deputierten nach ihrer Parteizugehörigkeit zugewiesen werden. Der Antrag war dadurch veranlaßt worden, daß die neugewählten sozialistischen Deputierten in der ihrer Gruppe zugebilligten Abteilung keinen Platz finden konnten und deshalb auf Anordnung der Kammerquästur teils auf der äußersten Rechten, teil im Zentrum untergebracht werden mußten. Trotz des Widerstandes mehrerer Deputierter, welche darauf hinwiesen, daß sie durch eine solche neue Einteilung ihre alten Plätze verlieren würden, wurde der Antrag Groussiers angenommen.

Folgenschwerer Eisenbahnzusammenstoß.

Lissabon, 22. Juni. Ein von Vera Alta kommender Zug stieß zwischen den Stationen Celrido da Beira und Fornos de Algodre mit dem von Lissabon kommenden Südexpreßzug zusammen. Zahlreiche Reisende wurden verletzt und ein Heizer getötet. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Lissabon, 22. Juni. Später eingetroffene Nachrichten über den Zusammenstoß des Südexpreßzuges mit einem anderen Zuge lassen erkennen, daß das Unglück nicht so folgenschwer war, wie man annahm. Reisende sind nicht verletzt. Nur Gepäckwagen sind beschädigt worden.

Getreidezölle in Rußland.

Petersburg, 22. Juni. Der Reichsrat nahm in der Fassung der Duma den Gesetzentwurf über den Zoll für die aus dem Ausland in das Inland eingeführten Getreideprodukte an und trat alsdann in die Beratung des Budgets ein.

Der Kampf um Durazzo.

Durazzo, 22. Juni. Prenk Bib Doda verlangte von der Regierung eine zweite Kanone, um mit seinen Truppen seine Stellungen vier Stunden nördlich von Durazzo verlassen und den Vormarsch gegen die Aufständischen antreten zu können. Die gewünschte Kanone ist bereits vom Ingenieur Häßler an Bord der „Gisela" zu der Stellung Prenks gebracht worden. Gestern und heute gingen Leute ab, um bis zu der vorgeschobensten Stellung gegen Rasbul nach Gefallenen zu suchen. Fünfzig Leichen wurden gefunden und heute beerdigt. Die Verluste der fürstentreuen Truppen bei dem letzten Vorstoß gegen die Aufständischen dürften demnach etwa 80 Tote und 120 Verwundete betragen. Von den 20 Mann starken Gendarmerieposten bei der Porta Romana sind vier getötet und die übrigen gefangen genommen worden, zwei von ihnen entkamen. Augenzeugen des letzten Vorstoßes berichteten, daß die Rebellen auch Verwundete ohne Pardon niedermachten.

Ein Dampfer vor einem Eisberg gewarnt.

New York, 22. Juni. Der Kapitän des Dampfers „Isle of Mull", welcher gestern von Lissabon hier eintraf, erzählt, wie ein Echo das Schiff vor einem Zusammenstoß mit einem Eisberg bewahrt habe. Am 16. d. M. kurz nach Mitternacht habe er bei den Neufundlandsbänken den üblichen, fünf Sekunden langen Nebelhornruf ertönen lassen. Er habe geglaubt, einen anderen Dampfer antworten zu hören und das Schiff angehalten. Kurz darauf sei das Nebelhorn wieder in Tätigkeit gesetzt worden. Diesmal habe er die Antwort ganz nahe auf Steuerbord erhalten. Er habe darauf die Pfeife ertönen lassen. Der Pfiff sei wiederholt worden. Erst als er nochmals pfiff, war es ihm klar geworden, daß er sich in der Nachbarschaft eines Eisberges befand. Schnell sei er südwärts gefahren und habe sich so in Sicherheit gebracht.

Letzte Telegramme.

Berlin, 22. Juni. Die Polizei konstatierte, daß die verhafteten Brüder Kohnheim hier hunderttausend Kronen bei verschiedenen Sparkassen unter angenommenen Namen deponierten. Vor einigen Tagen schickten sie ihrem Schwager in Breslau M. 35 000.

Maltsch, 22. Juni. Im sogenannten Hirsewinkel der Oder gerieten die beiden Söhne des Försters Borsch beim Baden in Lebensgefahr. Der Vater der beiden Knaben und der Organist Kiefer sprangen den Ertrinkenden nach, wobei Kiefer einen Herzschlag erlitt und ertrank. Die zwölfjährige Erich Borsch ist ebenfalls ertrunken. Der zehnjährige Hans Borsch wurde gerettet.

Paris, 22. Juni. Die Senatskommission zur Beratung der Einkommensteuer nahm mit 10 gegen 2 Stimmen die Einfügung dieser Steuer in das Finanzgesetz 1914 an.

Briefkasten.

Alter Scholeser. Darlehen verjähren erst in dreißig Jahren.

Frl. J. E. Das ist zweifelhaft. Sie tun am besten und ziehen darüber beim Oberversicherungsamt, Ringstraße 15, II., geöffnet von 8 bis 4 Uhr, Erkundigungen ein. Es käme für Sie auch die freiwillige Weiterversicherung in Betracht.

L. M. 50. Das erfahren Sie im Bureau der Hamburg-Amerika-Linie.

O. S. 16. Die Klage ist bei dem Gemeindevorsteher anzubringen. 2. Ja.

K. S., Bergedorf. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Arbeiter-Samariterbundes, Herrn H. Brauer, Hamburg 22, Weidestraße 6, I.

N. 100, A. H. Sie können den Vater des Kindes beim Amtsgericht auf Zahlung der Alimente verklagen.

Ein alter Scholeser L., Eppendorf. Ihre Anfrage müssen Sie genauer präzisieren. Der über M. 1500 betragende Lohn oder Gehalt kann für Ihre Verbindlichkeiten gepfändet werden.

A. S. Hoheluft. 1. Einrichtung einer Mehlwurmhecke. Als Behälter für die Mehlwürmer benutzt man eine Kiste im Ausmaße von 30 : 40 : 60 cm, die inwendig mit dünnem Blech ausgeschlagen ist. Das Blech wird etwa 2 cm breiter zugeschnitten, als die Kiste hoch ist und dann nach innen zu umgebogen, um das Entweichen der Mehlwürmer zu verhindern. Oben wird die Kiste mit einem festschließenden Deckel versehen, der ein breites Fenster von Gazedraht trägt. Die so hergerichtete Kiste wird bis zu ⅔ Höhe mit Weizenkleie gefüllt und kann dann mit etwa 1000 großen Mehlwürmern besetzt werden. Die Fütterung geschieht am besten mit geriebener Gelbrübe, die auf einem besonderen, in die Kleie gedrückten Holztischchen verabfolgt wird. Die Würmer verpuppen sich bald, liefern Käfer, und diese legen wieder Eier, und so geht es weiter, so daß man nach ungefähr Jahresfrist etwa die zehnfache Anzahl der eingesetzten Würmer in der Kiste hat. Alles überflüssige Herumwühlen in der Kleie ist strengstens zu vermelden, um die Brut nicht zu stören. Auch ist Feuchtigkeit fernzuhalten und die Kiste auf ein paar Holzfüßchen zu stellen, damit die Luft von allen Seiten ungehindert Zutritt hat, indem sonst leicht Schimmelbildung eintreten könnte. — 2. Ein Fahrscheinheft ist billiger.

Haus-wäscherei **Welscher** holt ab und **Wäscht** Ihre Reise-**Wäsche.** Jetzt ist es Zeit!

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 143.

Dienstag, den 23. Juni 1914.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Parteinachrichten.

Die Berliner Parteigenossen und der „Vorwärts".

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins und Umgegend befaßte sich am Sonntag mit den Vorschlägen, die die zur Erforschung der Ursachen des Rückganges der „Vorwärts"-Abonnenten eingesetzte Kommission machte. Die Kommission empfahl zunächst die Anstellung eines Chefredakteurs. Besondere Ursachen für den Rückgang der Abonnentenzahl konnte die Kommission nicht entdecken. Sie machte geltend, daß auch die wirtschaftliche Krise den Rückgang mit verursacht habe, im übrigen müsse mehr unter den Gewerkschaftsmitgliedern agitiert werden. Im Interesse einer möglichst weiten Verbreitung des Blattes, namentlich um auch auf die Frauen und Töchter der Arbeiter Einfluß zu gewinnen, schlägt die Kommission die Herausgabe einer wöchentlichen illustrierten Unterhaltungsbeilage vor. Die Kommission beantragt: „den maßgebenden Körperschaften die Einführung des Wochenabonnements für den „Vorwärts" in Vorschlag zu bringen. Die Abonnenten erhalten eine wöchentliche illustrierte Unterhaltungsbeilage, deren äußeres Bild etwa dem „Weltspiegel" entsprechen soll. Inhaltlich soll die Unterhaltungslektüre gepflegt werden. Die Illustrationen sind im Tiefdruckverfahren herzustellen. Der wöchentliche Abonnementspreis wird dann auf 30 ₰ festgesetzt."

In der Diskussion wandte man sich gegen die Herausgabe eines illustrierten Wochenblattes. Ein Redner führte aus: Eine illustrierte Beilage wie der „Weltspiegel" ist für uns überflüssig. Die Arbeiter haben keine Zeit mehr übrig, um noch Bilderbogen zu besichtigen, oder das Studium der ernsten Artikel im „Vorwärts" muß darunter leiden. Das Wochenabonnement dürfe keine Verteurung mit sich bringen. Richard Fischer, der Geschäftsführer der „Vorwärts"-Druckerei, führte u. a. aus: Gewiß bringt ein billiger Preis einer Zeitung Erfolg, aber die Hauptsache ist doch der Charakter. Es wird gesagt, wir brauchen keine Ueberschüsse. Das heißt doch, dem Parteivorstand die Einnahmen entziehen, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen. Man weist mit einem gewissen Vorwurf auf die Ueberschüsse hin. Ja, wollen Sie denn einen Geschäftsführer haben, der nicht Ueberschüsse, sondern Defizits macht? Wenn wir aus den Ueberschüssen der Druckerei ein eigenes Haus erworben haben, so ist das die Verwirklichung eines vorsorgenden Planes, der auf unsere Entwicklung für die Zukunft Rücksicht nimmt. Es ist ganz falsch, zu sagen, die Gewinne der Druckerei stammen aus dem „Vorwärts". Wir haben doch noch viele andere Aufträge, die auch Gewinn bringen. Das ist doch die Aufgabe einer Druckerei, auch Gewinn zu erzielen. Es fragt sich nun: Können wir das 25-Pfennig-Abonnement einführen? Ja, das können wir, aber nicht in der heutigen Form. Ich glaube nicht an eine wesentliche Steigerung der Abonnenten durch das Wochenabonnement, auch nicht an eine Vermehrung der Einnahmen. Der Charakter des Blattes ist für die Verbreitung bestimmend. So lange der „Vorwärts" so ist, wie ihn die Berliner Genossen haben wollen und wie er sein muß als ein Blatt, welches der prinzipiellen Aufklärung dient, wird er nie eine so weite Verbreitung gewinnen, wie die bürgerlichen Blätter, die auf die indifferente Masse zugeschnitten sind. Und eine sozialdemokratische Morgenpost wollen Sie doch nicht aus dem „Vorwärts" machen. Das 25-Pfennig-Wochenabonnement läßt sich einführen, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Blatt in einer Stärke von drei Bogen täglich erscheint. Damit dies Maß nicht überschritten wird, muß in der Redaktion jemand sein, der auf die Raumverteilung einen bestimmenden Einfluß hat. Der Streit um den Raum endet in der demokratischen Redaktion immer so, daß alles, was jeder einzelne Redakteur für notwendig hält, auch hineinkommt. Dann wird eben ein halber Bogen mehr gemacht. Der kostet M. 500, und wenn ein ganzer Bogen mehr gemacht wird, sind es M. 1000. Also, Genossen, überlegt Euch, ob das Blatt dadurch schlechter wird, wenn es einen halben Bogen weniger gibt. Das heißt, weniger Buchstaben, weniger Worte, aber denselben Inhalt in konzentrierterer Form. Unter diesen Umständen läßt sich das 25-Pfennig-Wochenabonnement durchführen.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Kommission, der die Anstellung eines Chefredakteurs empfiehlt, mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Richard Fischer und des Parteivorstandes: „Das 25-Pfennig-Wochenabonnement ist einzuführen. Die Entscheidung über die Gestaltung des „Vorwärts", über seinen Umfang und dergleichen sollen Parteivorstand, Preßkommission, Redaktion und Geschäftsleitung gemeinsam beschließen" wurde ebenfalls gegen wenige Stimmen angenommen.

Die folgenden Anträge der Reorganisationskommission werden ebenfalls angenommen:

„Unter Beibehaltung der jetzigen Betriebsform ist mit den maßgebenden Persönlichkeiten uns nahestehender Vereine Rücksprache zu nehmen, wie in systematischer Weise in den Fabriken und sonstigen Arbeitsplätzen für die Ausbreitung des „Vorwärts" am zweckmäßigsten agitiert werden kann. In gleicher Weise soll auch versucht werden, für die Verbreitung unserer Broschürenliteratur geeignete Maßnahmen zu treffen."

„Die öffentlichen Anschlagsäulen zur Propaganda für den „Vorwärts" regelmäßig und in geeigneter Form zu benutzen."

„Die Spediteure sollen gehalten sein, falls Abonnenten den „Vorwärts" abbestellen, die Abbestellung umgehend der Organisationsleitung zu melden. Diese hat den zuständigen Funktionär davon zu benachrichtigen. Seine Aufgabe ist es dann, die Ursache der Abbestellung festzustellen und zu versuchen, den Abonnenten zu erhalten."

Unter anderm wurde dann noch folgender Antrag angenommen: „Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens in Berlin sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitgliedschaft unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin außer den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig wichtigste politische Frage mit entsprechendem Referat zu setzen."

Parteitag für die obere Rheinprovinz.

In Mayen tagte am Sonnabend und Sonntag der Parteitag für die obere Rheinprovinz, der von 73 Delegierten besucht war. Ueber den Fortschritt der Organisation berichteten wir bereits; der Parteitag hörte nach Erledigung der Berichterstattung ein Referat des Genossen Merfeld über „Koalitionsrecht und Gelbenbewegung", in dem auch die preußische Wahlrechtsfrage behandelt wurde. Debattelos und einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die letzten Vorgänge im Abgeordneten- und Herrenhaus, sowie die Erklärung des Ministers des Innern in der Wahlrechtsfrage haben den Beweis gebracht, daß nur der schärfste Ausdruck des Massenwillens, welcher im Massenstreik gipfelt, uns in der Frage des Wahlrechts weiterbringen kann. In Anbetracht dessen fordert der oberrheinische Parteitag die Genossinnen und Genossen auf, überall dort, wo Gelegenheit gegeben ist, die Idee des Massenstreiks zu propagieren. Weiter verpflichtet der Parteitag die Genossen, durch eifrige Agitation und Ausbau der Organisation die Kampfesreihen zu stärken und zu befestigen."

Eine weitere Resolution weist die katholischen Arbeiter auf das schmachvolle Spiel des Zentrums in der preußischen Wahlrechtsfrage hin, das sich jetzt durch den Mund seines Führers Herold im preußischen Dreiklassenhause offen als Wahlrechtsfeind bekannte. Sie schließt mit den Worten: „Die katholischen Arbeiter leiden unter der Dreiklassenschmach ebenso sehr wie alle andern Proletarier; ihre Partei läßt sie schmählich im Stich, sie müssen daher als Wahlrechtskämpfer mit eintreten in die Reihen ihrer sozialdemokratischen Klassengenossen."

Der Sozialdemokratische Verein für Reuß j. L.

hielt Sonnabend und Sonntag seine Generalversammlung in Gera ab. Der Verein zählte am Anfang des Rechnungsjahres 5113 männliche und 1035 weibliche Mitglieder. Beigetreten sind 1380 Mitglieder, so daß der Verein am Jahresschluß 5400 männliche und 1247 weibliche Mitglieder zählt. Trotz der Krise und der starken Fluktuation hat der Verein nicht nur seinen Bestand gewahrt, sondern um 499 Mitglieder zugenommen. Von 17 000 sozialdemokratischen Reichstagswählern sind 30 pZt. politisch organisiert. Die Einnahmen des Vereins belaufen sich auf M 20 279,99, die Ausgaben auf M 15 240. An den Parteivorstand wurden M 3745 gesandt. Bei den Landtagswahlen, die unter dem verschlechterten Wahlgesetz stattfanden, konnte die Partei nur zwei Mandate (von 21) erringen. Auch bei den Gemeinderatswahlen waren, mit Ausnahme von einigen Orten, die Erfolge gering. Nach langer Debatte wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, die Frage zu prüfen, ob sich zur Agitation unter der Landbevölkerung die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Druckschrift ermöglichen läßt. Die „Reußische Tribüne" hat ihren Stand von 1912 noch nicht wieder erreicht, sie zählt gegenwärtig 10 500 Abonnenten, das sind 61,6 pZt. der Reichstagswähler. Es wurde festgestellt, daß die „Reußische Tribüne" das billigste Parteiblatt in Thüringen ist; es wurde deshalb der Preßkommission ein Antrag überwiesen, das Abonnementsgeld zu gegebener Zeit entsprechend zu erhöhen. Der Parteitag in Würzburg soll durch drei Delegierte beschickt werden.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie

wurde am Sonnabend und Sonntag in Freiburg abgehalten. Vom Parteivorstand war Genosse Pfannkuch erschienen; auch die benachbarten Landesorganisationen hatten Vertretungen entsandt. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Geiß. Er behandelte ausführlich die verflossenen Landtagswahlen, bei welchen die Wähler die Lehren der Reichsfinanzreform leider vergessen hätten. Das Zentrum hätte mit der Hineinzerrung der Religion seine Wahlgeschäfte gemacht. Der Großblock könne für den Ausfall der Wahl nicht verantwortlich gemacht werden. Man vergleiche nur die Wahlziffern von 1905 und 1913, dann sei der Stimmenverlust kein so großer. — Geiß teilte dann noch mit, daß die Bezirkssekretariate in Mittel- und Unterbaden in Kreissekretariate für die Wahlkreise Pforzheim und Heidelberg umgewandelt worden seien. Vom 1. Juli ab werde auch in Karlsruhe ein badisches Partei-Korrespondenzbureau errichtet werden.

Beim Kassenbericht empfahl Genosse Hahn die Bildung von Kampffonds, da die Aufgaben für die Wahlen ständig steigen. Die Herausgabe von Wochenblättern abzulehnen, beantragte im Namen des Landesvorstandes der Geschäftsführer der Mannheimer „Volksstimme", Genosse Linz. Die badische Partei könne die dazu notwendigen Zuschüsse nicht aufbringen. Ueber die Frauenbewegung berichtete Genossin Blase. Jetzt seien 2600 Frauen in Baden politisch organisiert; 1912 waren es erst 200.

Die Debatte über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes und über die Presse füllte den ganzen Nachmittag des ersten Verhandlungstages aus. Der Parteitag stimmte schließlich der Umwandlung der Bezirks- in Kreissekretariate zu. Beschlossen wurde auch, nach Bedarf Frauenkonferenzen abzuhalten. Die Herausgabe von Wochenblättern lehnte der Parteitag ab. Damit waren die Arbeiten des ersten Tages beendet.

Kaiserhoch und Sozialdemokratie.

Der Sozialdemokratische Verein für Zittau i. S. beschäftigte sich am Donnerstag in einer Mitgliederversammlung mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch. Alle Redner, außer zweien, begrüßten den Fraktionsbeschluß und die Haltung der Fraktion. Eine Zustimmungsresolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Da der Abgeordnete des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises, Genosse Edmund Fischer, am Erscheinen verhindert war, so wurde ein Antrag angenommen, nach welchem ihm in einer demnächst stattfindenden Kreisversammlung Gelegenheit gegeben werden soll, seinen abweichenden Standpunkt klarzulegen.

Vertagung des Luxemburg-Prozesses.

Der gegen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg auf den 27. Juni vor dem Reichsgericht anberaumte Termin ist auf den 22. Oktober vertagt worden.

Der Gebärzwang als grober Unfug.

Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Parteisekretär Müller wegen Verübung groben Unfugs zu verantworten. Er hatte eine Versammlung angekündigt mit den Worten: „Der Kampf gegen den Gebärzwang". Die Polizei verhängte über ihn eine Geldstrafe von M. 100 wegen Verübung groben Unfugs. Genosse Müller beantragte gerichtliche Entscheidung. Vor dem Schöffengericht wollte der Amtsanwalt die Strafe noch auf M. 150 erhöht wissen. Er stimmte ein lautes Klagelied über den Geburtenrückgang in Deutschland an. Ein Oberregierungsrat bekundete als Zeuge, er und seine Gemahlin hätten sich durch das Plakat sittlich verletzt gefühlt. Ein evangelischer Hospizvorsteher erklärte, es sei eine Schande, daß in Deutschland dem Volke so etwas geboten werden könne; der Staat zwinge doch keine Mutter, zu gebären. Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge noch, von dem Gesetzentwurf gegen die Anpreisung und den Handel mit Antikonzeptionsmitteln habe er noch nichts gehört. Der Gerichtshof erkannte trotz dieser klassischen Zeugen auf Freisprechung.

Haussuchung.

Auf richterliche Anordnung wurde in der Privatwohnung eines Redakteurs und später auch in den Redaktionsräumen unseres Waldenburger Parteiblattes, der „Schlesischen Bergwacht", eine Haussuchung nach Manuskripten vorgenommen. Gesucht wurde nach einem Artikel, durch den ein schlesischer Großgrundbesitzer beleidigt sein sollte. Gefunden wurde nichts.

Staatsanwaltschaftliche Hochkonjunktur.

Gegen Danziger Genossen sind zurzeit zwölf Strafverfahren im Gange. Als größter Sünder marschiert der Parteisekretär Georg Leu mit sieben Fällen an der Spitze. Seine Frau, die Genossin Käte Leu, soll in einem Falle, der Kassenführer Adolf Bartel in zwei Fällen den Staat ins Wanken gebracht haben. Der Gewerkschaftsbeamte Brill und der Redakteur Schröder schließen mit je einer Anklage den Reigen.

Tages-Bericht.

Montag, den 22. Juni.

Hamburg.

Organisation des Gartenwesens.

Zur Schaffung einer selbständigen Dienststelle des Gartenwesens macht der Senat eine Reihe von Vorschlägen und unterbreitet diese der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung. Der Begründung der Vorlage entnehmen wir:

Die Obliegenheiten des Gartenwesens umfassen die Unterhaltung aller staatlichen Grünanlagen, die Schulhöfe und Dienstgärten, die Pflege der Straßenbäume sowie die Projektierung aller Neuanlagen der vorbezeichneten Art. In Betracht kommen 373 öffentliche Grünanlagen und 239 Schulhöfe und Dienstgärten in einer Gesamtgröße von etwa 257,50 Hektar, worin der Stadtpark noch nicht eingeschlossen ist, für den dem Gartendirektor die gartentechnische Durchführung der Projekte und die Unterhaltung der fertigen Anlagen bereits übertragen ist.

Das Personal, welches bisher beim Ingenieurwesen ausschließlich oder überwiegend mit Gartenanlagen beschäftigt worden und dem Gartenwesen zu überweisen ist, beträgt: 1. Festangestellte Beamte: 1 Stadtgärtner (A. G. Klasse 11 M 3600 bis M 5100), 5 Wallwärter (A. G. Klasse 1 M 1700 bis M 2200); 2. Nichtfestangestellte: 3 Abteilungsgärtner, 1 Gartenaufseher, 24 Reviergärtner, 40 Gärtner, 60 Gärtnergehilfen, 62 Arbeiter, 119 Minderarbeiter, 12 Veteranen. Der Gartendirektor hat nun berichtet, daß dieses Personal nach Zahl und nach Vorbildung für die vom Gartenwesen zu leistenden Aufgaben nicht ausreicht; er hat vorgeschlagen, das gesamte von ihm zu verwaltende Gebiet in zwei von Garteninspektoren zu beaufsichtigende Bezirke zu teilen und diese Bezirke wieder in Unterbezirke zu zerlegen, die durch geeignete Diätare verwaltet werden sollen.

Den Garteninspektoren wird die Beaufsichtigung der die Unterbezirke verwaltenden Diätare, die Führung der Verhandlungen mit andern Dienststellen, Personalangelegenheiten, gemeinsame Ankäufe von Material für das Gartenwesen, Prüfung der Verträge, Berichterstattung und dergleichen obliegen, soweit nicht die einzelnen Angelegenheiten ihrer Bedeutung nach dem Gartendirektor vorbehalten sind; sie werden auch dafür verantwortlich sein, daß innerhalb ihres Bezirks die erforderlichen Arbeiten sachgemäß, rechtzeitig und unter sparsamer Wirtschaft erledigt werden. Einer der Garteninspektoren würde auch im Bedarfsfalle den Gartendirektor zu vertreten haben. Bei den den Garteninspektoren zufallenden Aufgaben ist es notwendig, für sie die höchste gärtnerische Fachausbildung vorzuschreiben, welche zurzeit von den Fachschulen geboten wird; es würde demnach von diesen Beamten zu verlangen sein, daß sie den Lehrgang für Gartenkunst in der königlichen Gärtnerlehranstalt in Dahlem besucht und daß sie die staatliche Gartenmeisterprüfung bestanden haben. Als Diätare würden teils diplomierte Gartenmeister, teils solche Gartentechniker beschäftigt werden, die vor Ablegung des Diplomexamens sich praktisch zu betätigen haben. Hinsichtlich der Besoldung der Garteninspektoren hat die Baudeputation vorgeschlagen, in Uebereinstimmung mit der bisherigen Praxis, wonach die Stellen der gärtnerischen Beamten nicht in den technischen Gehaltsplan A, sondern in den Allgemeinen Gehaltsplan eingestellt sind (so die Friedhofsgärtner, die Gartenbeamten der Botanischen Staatsinstitute und insbesondere auch der Gartendirektor und der Stadtgärtner) die neu zu schaffenden Stellen in den Allgemeinen Gehaltsplan einzuordnen. Für die Inspektorenstellen wird die Klasse 12 (M 4000 bis M 5800) vorgeschlagen und die sofortige Festanstellung dieser zwei Beamten beantragt. Im Falle der Bewilligung der Garteninspektorstellen könnte die Stelle des Stadtgärtners in Fortfall kommen.

Es sind demnach unter Aufhebung der Stadtgärtnerstelle die Gehälter von zwei Garteninspektoren sowie die Mittel für die für Vorarbeiten und zeichnerische Arbeiten anzustellenden technischen Diätare zu bewilligen. Die übrigen vorwiegend im Außendienst zu beschäftigenden gärtnerischen Hilfskräfte sind aus den für die Unterhaltung der Anlagen bewilligten Mitteln zu besolden, wie auch die für die Ausführung größerer neuer Anlagen notwendigen Aufsichtsbeamten aus den hierfür zu bewilligenden Mitteln zu bezahlen sind.

Außer den gartentechnischen Beamten sind beim Gartenwesen auch Bureaubeamte, und zwar 1 Registrator, Klasse 11, 1 Oberassistent, Klasse 7, 1 Bureauassistent, Klasse 4, sowie mehrere diätarische Hilfskräfte anzustellen. Für sachliche Ausgaben bedarf es zurzeit keiner erheblichen Bewilligung, da für die gärtnerischen Anlagen M 699 390 und für verschiedene mit den Anlagen zusammenhängende Einrichtungen und Ausgaben weitere M 190 300 im Budget des Ingenieurwesens zur Verfügung stehen, wovon die auf die 1. und 3. Ingenieurabteilung entfallenden Beträge dem Gartenwesen bereits im Februar überwiesen sind. Die Uebernahme der übrigen Abteilungen und damit die Uebertragung der dann noch nicht verausgabten Mittel auf das Gartenwesen wird erfolgen, sobald dem Gartendirektor ein ausreichendes Fachpersonal zur Verfügung steht. Soweit sich jetzt übersehen läßt, werden diese Mittel für die Unterhaltung der Anlagen in diesem Jahre ausreichen. Es bedarf nur der Bewilligung einer einmaligen Summe für Geräte und für Beschaffung von Unterkunfts- und Lagerräumen, da das Ingenieurwesen die für die gärtnerischen Anlagen mitbenutzten Geräte und Einrichtungen zum Teil für seine übrigen Zwecke hat behalten müssen; ein Betrag von M 15 000 wird ausreichen. Für das Bureau des Gartenwesens sind an Kosten für Hilfsarbeiter, Vorarbeiten, Bureaukosten, Bücherei, Fernsprecheinrichtung, Haustelephon, Beleuchtungseinrichtung und dergleichen einschließlich der dem Präsidialbureau für leihweise überlassene Hilfskräfte und Materialien zurückzuerstattenden Beträge M 31 000 erforderlich, wovon auf persönliche Ausgaben M 20 000, sachliche Ausgaben M 11 000 entfallen. Für Mobiliar wird ein Betrag von M 12 000 benötigt.

Ein Angriff der Hamburger Staatsanwaltschaft auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abgeschlagen.

Wie unsern Lesern erinnerlich sein dürfte, wurde im Oktober vorigen Jahres gegen den Leiter der hiesigen Mitgliedschaft des Fabrikarbeiterverbandes, Friedrich Voß, wegen versuchter Erpressung verhandelt. Das Gericht kam jedoch zu einer Freisprechung. Gegen dies Urteil hat die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht Revision eingelegt, die auch als begründet anerkannt und die Sache zur abermaligen Verhandlung an die Strafkammer VI zurückverwiesen worden ist. Es handelt sich dabei um folgendes:

Die Arbeiter der Firma Heermann & Co. in Hamburg, Fabrik für Oele und Pflanzenfette, verlangten im Frühjahr v. J. höheren Lohn. Als ihre Forderungen abgelehnt wurden, traten sie am 21. Mai in den Streik. Am 26. Juni sandte dann der Angeklagte im Auftrage der ausständigen Arbeiterschaft der Firma ein Schreiben, in welchem es folgendermaßen hieß: Die unterzeichnete Organisation erlaubt sich nochmals die Anfrage, ob die Firma zur Beilegung der Streitigkeiten bereit sei. Man biete der Firma nochmals die Hand zum Frieden. Ueber die Ware der Firma sei bei der Kommission und dem Kartell bereits der Boykott beantragt, und dieser werde durchgeführt werden, wenn die Firma in den geforderten neuen Tarifvertrag nicht einwillige. Die Firma antwortete jedoch auf den Brief nicht, und so trat dann der angekündigte Boykott ein, der sich bis auf das Ausland ausdehnte und der Firma großen Schaden verursachte. In dem erwähnten Schreiben, und zwar in der Androhung des Boykotts, soll nach der Anklage die dem Angeklagten zur Last gelegte versuchte Erpressung liegen. Zu seiner Verteidigung hatte der Angeklagte ausgeführt, er habe lediglich geschrieben, um einen Boykott zu verhindern. Eine Androhung eines solchen habe nicht vorgelegen; denn der Boykott an sich sei, als er den Brief schrieb, bereits in der Kommission beschlossen gewesen, und um ihn zur Durchführung zu bringen, habe es damals nur noch einer Nachricht an die Zahlstelle Hamburg des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands bedurft. Er habe die Firma vor einem Boykott bewahren wollen und ihr deshalb nur eine Mitteilung von dem Kommissionsbeschluß und dem voraussichtlich weiteren Verlauf der Sache gemacht. Das Gericht ist auch zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen, indem es sagt, da nach ständiger Rechtsprechung ein Streik zwecks Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen nicht strafbar ist, so war auch der Boykott an sich nicht strafbar und ebensowenig die Androhung eines solchen, oder vielmehr es lag im vorliegenden Falle überhaupt keine Androhung, kein Drohen mit einem Uebel im strafrechtlichen Sinne vor. Der Reichsanwalt führte in der Sitzung des dritten Strafsenats des Reichsgerichts in der Sitzung vom 16. Feburar d. J. aus: Der Vorderrichter sei von dem Standpunkte ausgegangen, daß der Boykott gemäß § 152 der Gewerbeordnung ein erlaubtes Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei. Aber auch die Drohung mit einem erlaubten Mittel könne eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches sein. Dies habe der Vorderrichter irrigerweise übersehen. Nachdem dann der Strafsenat des Reichsgerichts sieben Wochen darüber nachgedacht, förderte er in der Sitzung vom 8. April folgendes Produkt zutage: Das Urteil des Landgerichts zu Hamburg vom 6. Oktober 1913 wird nebst den ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben; die Sache wird zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Begründet wird dieser Urteilsspruch folgendermaßen: Das Landgericht läßt es dahingestellt, ob in dem von dem Angeklagten im Auftrage des Verbandes an die Firma Heermann & Co. in Hamburg gerichteten Schreiben eine Drohung, insbesondere eine Bedrohung mit einer Verrufserklärung der Waren der Firma enthalten ist. Es kommt zur Freisprechung des Angeklagten in erster Linie deshalb, weil der angedrohte Boykott, wie auch das Reichsgericht ausgesprochen habe, ein erlaubtes Kampfmittel sei und die Drohung deshalb nicht als eine widerrechtliche im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches anzusehen sei. Diese Begründung geht fehl. Wie das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung entschieden hat, ist es für die Erfüllung des Tatbestandsmerkmals der Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gleichgültig, ob das angedrohte Uebel ein widerrechtliches oder ob der Androhende zu dessen Zufügung berechtigt ist. In diesem Sinne hat sich insbesondere auch das Urteil des IV. Strafsenats vom 30. November 1906 ausgesprochen, wo darauf hingewiesen wird, daß das jetzt vom Landgericht angezogene Erkenntnis des Reichsgerichts in Zivilsachen nur für den dort behandelten Fall des § 153 der Reichsgewerbeordnung Bedeutung haben kann. Die Annahme des Landgerichts, auf die in zweiter Linie die Freisprechung des Angeklagten gegründet ist und welche dahin geht, es könne nicht festgestellt werden, daß mit dem Schreiben beabsichtigt war, einen bewußt rechtswidrigen Vermögensvorteil für irgendjemand zu erlangen, ist ebenfalls durch einen Rechtsirrtum beeinflußt. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Angeklagte

Kunst, Wissenschaft und Leben.

In den Volksschauspielen der Arbeiterbildungskommission

wird Dienstag Strindbergs wirkungsvolle Komödie „Kameraden" wiederholt, die bei ihrer ersten Aufführung am Donnerstag einen starken Erfolg hatte. Daisy Orska gibt auch diesmal die große Rolle der Berta, in der sie eine so hinreißende schauspielerische Leistung bot. Leider wird die Künstlerin nur wenige Male in den Volksschauspielen auftreten können, weil sie sich einer Operation unterziehen muß. Nur ein großes Interesse für die Volksschauspiele, die sie mehrfach bedeutende künstlerische Erfolge feiern ließen, hat die Künstlerin bewogen, jetzt einige Male aufzutreten, um die Aufführung von Strindbergs „Kameraden" nicht in Frage zu stellen.

Es sind Karten sowohl in der Buchhandlung Auer u. Co., Fehlandstraße, wie in der Zentralbibliothek, Gewerkschaftshaus, Hintergebäude, sowie voraussichtlich abends an der Kasse zu haben. Auch für die Premiere am Donnerstag, die uns drei lustige Einakter von Ludwig Thoma, in denen der bekannte Münchener Autor in seiner bekannten scharfen und doch so humorvollen Art gesellschaftliche Schäden verulkt, bringt, und für die Vorstellungen am Sonntag und am Dienstag, 30. Juni, sind die Gutscheine in allen Gewerkschaftsbureaus, in der Bibliothek, bei Auer u. Co. und in allen den anderen bekanntgegebenen Verkaufsstellen zu haben. Sonntag, 28. Juni, wird der Thoma-Abend wiederholt, Dienstag, 30. Juni, noch einmal Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Ratten" gegeben, die bei der Premiere eine so begeisterte Aufnahme fand.

15. Kongreß für Volks- und Jugendspiele in Altona.

Der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele veranstaltet alljährlich eine Heerschau, die, von einigen Aeußerlichkeiten abgesehen, immer wertvolle Anregungen bietet. Die diesjährige Tagung bot schon aus dem Grunde interessante Vergleichspunkte, weil vor 17 Jahren, also 1897, Altona ebenfalls Versammlungsort des Ausschusses war und weil so deutlich illustriert werden konnte, welche Fortschritte seitdem die Spielbewegung in Altona und in Schleswig-Holstein gemacht hat. So führt, um nur eins herauszuziehen, das Schlagballspiel, das ja auch in Hamburg Lieblingsspiel unserer Jugend ist, in seiner jetzigen Gestalt auf Altona zurück, wo der verstorbene Oberlehrer Dr. Schnell es in feste Regeln faßte, deren Grundlinien noch heute gültig sind. Durch Presse, Zeitschrift, Lehrkurse und durch ausgedehnten Verkehr mit Behörden sucht der Zentralausschuß seine Ziele zu erreichen. Unterrichtsverwaltungen, Landratsämter, Schulinspektionen und Stadtverwaltungen nehmen seine Anregungen gern entgegen.

Von den Verhandlungsgegenständen vermochte der erste die Versammlung am lebhaftesten zu fesseln. Zwei Redner sprachen über das Thema: „Die körperliche Ertüchtigung der werktätigen Jugend". Das Lebensalter vom 14. bis 18. Jahr, das rund 5 Millionen umfaßt, ist deswegen als ein gefährliches anzusehen, weil mit Wegfall des Schulzwanges Ansprüche an die Leistungsfähigkeit gestellt werden, die nur ein gesunder Körper befriedigen kann. Es ist die Zeit, in welcher Herz und Lunge ihre Fassungskraft verdoppeln sollen, was aber normale Lebensbedingungen voraussetzt. Auch für das weibliche Geschlecht, auf dessen körperlicher Leistungsfähigkeit das Wohl der künftigen Generation beruht, gelten dieselben Voraussetzungen und Folgerungen. Wie steht es aber jetzt mit der körperlichen Tüchtigkeit der Jugend? Verschiedene Symptome lassen darauf schließen, daß Schäden vorhanden sind: der Geburtenrückgang, die zunehmende Sterblichkeit in diesem Lebensalter und die verminderte Militärtauglichkeit. Wenn wir diese bedrohlichen Erscheinungen besonders in Industrieorten anfinden, so liegt darin zugleich, wenigstens zu einem Teile, ihre Erklärung: Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat drängt die Menschen auf immer knapper werdenden Raum zusammen, und die üblen Folgen sind unausbleiblich, wenn nicht durch staatliches Eingreifen grundlegende Veranstaltungen getroffen werden, dem Uebel zu begegnen. Dahin gehören im weiteren Sinne alle sozialen Gesetze, so z. B. der Wohnungsgesetzentwurf, im engeren Sinne alle diejenigen Gesetze und Verordnungen, die zum Schutze Jugendlicher erlassen werden. Vor allen Dingen muß das Fortbildungsschulwesen durch Einführung obligatorischen Turnunterrichts ausgestaltet werden und die schulärztlichen Untersuchungen sind auf die Fortbildungsschule auszudehnen.

Die weibliche Jugend muß mindestens dasselbe Maß der Fürsorge genießen, wie die männliche. Den Bedürfnissen entsprechend wird der Unterricht mehr das hauswirtschaftliche Leben berücksichtigen müssen, aber auf die körperliche Ausbildung sollte hier dieselbe Sorgfalt verwendet werden. Wandern, Schwimmen, Spiele, Wettkämpfe und Wintersport sind durchaus nicht alleiniges Gebiet der männlichen Jugend. Von allen Seiten wird heute die Jugend umworben. Es steht zu hoffen, daß die Gefahr der Zersplitterung der Kräfte durch kraftvolles Eingreifen der staatlichen Behörden beschworen wird. Wer dazu helfen kann und will, mag überzeugt sein, daß er sich einer dankbaren Aufgabe widmet.

Das waren die leitenden Gedanken, die Dr. Hagemeister seinem Vortrage zugrunde legte und die er mit Wärme und innerer Ueberzeugung zum Ausdruck brachte. Der zweite Redner, Stadtschulrat Dr. Loewenek, fesselte dagegen durch seine ethisch-psychologisch begründeten Ausführungen. Wie das höchste Naturgesetz von der Erhaltung der Art das Tun des einzelnen Lebewesens bestimmt, so kann es von diesem Gesichtspunkte aus für ein Volk keine höhere Aufgabe geben als die, eine leistungsfähige Jugend heranzubilden. Je mehr durch die Verhältnisse dem einzelnen die Möglichkeit genommen wird, selbst die Erziehung des Nachwuchses zu leiten und zu beaufsichtigen, um so mehr fällt diese Aufgabe der Schule, dem Staate zu, und zwar durch Körperpflege und Körperübung. Körperpflege deshalb, weil das Haus dieselbe nicht in genügendem Maße treiben kann und weil geistige Ueberbürdung und der Mangel an ausreichender Bewegung und frischer Luft ein Gegengewicht notwendig erheischen. Die Mittel, deren sich die Schule hier bedienen kann, sind: Verkürzung der Unterrichtszeit, ausreichende Pausen, richtige Verteilung der Stunden, Unterstützung der auf Selbsttätigkeit gerichteten Bestrebungen, möglichste Beschränkung des gedächtnismäßigen Lehrstoffes, schulärztliche Beaufsichtigung und hygienische Belehrung.

Für die körperlichen Uebungen ist der Turnunterricht mit all seinen Untergebieten (Wandern, Spielen, Schwimmen usw.) das gegebene Mittel, und für alle Jugendpflegearbeit ist die körperliche Betätigung notwendige Voraussetzung und Grundlage.

In dem folgenden Vortrag: „Ein obligatorischer Spielnachmittag" wurden alle Gründe noch einmal hervorgeholt, die die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit stützen, daß die Jugend einmal wöchentlich auf freiem Gelände Herz und Lunge vollpumpt und mit der Stählung der körperlichen Kräfte seine Tatkraft und Entschlossenheit, seinen Mut und seine Ausdauer betätigt. Wer die Literatur des Gegenstandes kennt, hörte nichts Neues. Aber immer wieder wird die Erfahrung bestätigt, die auch in Hamburg gemacht wird, daß der freiwillige Besuch nicht den gewünschten Erfolg hat, daß nur die Verpflichtung aller zur Teilnahme dem Ziel zusteuert, das uns vorschwebt: eine kräftige Generation.

Die beiden Vorträge ergänzten sich gegenseitig in glücklicher Weise, und was nachmittags auf dem großen Spielplatze an der Allee an Vorführungen und Musterspielen gezeigt wurde, war eine treffliche Illustration dessen, was bei zielbewußter Arbeit auf dem Gebiete des Jugendspiels geleistet werden kann.

Bertha von Suttner ist in Wien im Alter von 70 Jahren verstorben. Wir haben erst vor einiger Zeit anläßlich ihres 70. Geburtstages über ihr Wirken gesprochen. Ihr Name ist über die ganze Welt bekannt geworden durch ihren Roman „Die Waffen nieder", in dem sie mit glühender Begeisterung die Friedensidee propagiert und gegen den Krieg mobil macht. Auch in ihrem ferneren schriftstellerischen Wirken hat sie der Friedensbewegung gedient. Sie ist darum von den Chauvinisten und Rüstungsinteressenten vielfach verhöhnt und begeifert, hat aber vor einigen Jahren den Friedenspreis der Nobelstiftung erhalten. Ihre Romane sind sämtlich in billigen Volksausgaben erschienen.

Theater und Musik.

Schiller-Theater.

Verdis vieraktige Oper „La Traviata" erlebte am Sonnabend eine prächtige Aufführung, die auch höheren Ansprüchen genügen konnte und das Publikum, das sich erfreulicherweise recht zahlreich eingefunden, zu spontanen Beifallsäußerungen hinriß. Verdis leichtflüssige, glitzernde, von entzückendem Wohllaut erfüllte Musik fand ein Orchester, das unter der sorgfältigen Leitung Wilhelm Harmanns alle Schönheiten fein abgeschliffen zur Geltung brachte. Unter den Sängern nahm Adolf Jäger einen hervorragenden Platz ein. Zu seiner angenehmen Bühnenerscheinung gesellte sich ein sympathisches Spiel und ein Tenor von selten schönem Wohlklang, voll und weich, üppig und zart zugleich. Hinzu kommt noch eine noble, beseelte Vortragsweise, so daß er als Alfred Germont eine Leistung bot, die sich an jeder größeren Bühne behaupten dürfte.

Auch die Violetta war eine höchst erfreuliche Leistung. Claire Probst verfügt über eine nicht sehr große Koloraturstimme, die aber durch ihren silbernen Klang, ihren entzückenden Schmelz, vor allem durch den Adel der Gestaltung gefangen nimmt. In kleineren Partien ist Gustav Hansi (Vater Germont) zu nennen; er sang recht hübsche Baßtöne ohne innere Wärme. Das Szenische hatte Hermann Beyer in geschmackvoller Weise arrangiert.

Bindekunst auf der Altonaer Gartenbau-Ausstellung.

Die am Sonntag eröffnete Bindekunst-Sonderausstellung, die bis zum 28. Juni währt und in dieser Zeit in vielen ihrer Teile erneuert und ergänzt werden wird, ist sehr glücklich nach einem einheitlichen Gedanken organisiert. Es soll die Verwendung der Blume bei den festlichen Gelegenheiten im menschlichen Leben gezeigt werden. Und wenn diese festlichen Gelegenheiten, bei denen so, wie man es hier sieht, Blumen- und Blumenbindekunst verwertet werden, sich auch wohl nur in dem Leben gut basierter Zahlungsfähigkeit abspielen, so bleibt die Darstellung solcher Bindekunst doch immer interessant, interessant auch vor allem für die Proletarier vom Gärtnerfach, die unendlich viel aus solchen Ausstellungen für ihren Beruf, an den immer höhere Anforderungen gestellt werden, lernen können.

Die Anordnung und Einteilung der Sonderausstellung in der Haupthalle ist ungemein geschickt und zweckdienlich. Hohe Wände von lebendem Grün teilen die weite Flucht und schaffen intime Räume, in denen die einzelnen Ausstattungsstücke eindrucksvoll wirken. Gartenmeister C. Löther hat das Verdienst, diese Idee gefunden und glücklich gestaltet zu haben.

Im Leben der Wohlhabenden, die sich solche köstliche Bindekunst dienstbar machen können, ist wohl die erste festliche Gelegenheit die Taufe. Mortensen-Hamburg hat eine köstliche Blumendekoration für eine in einem kirchlichen Raum gedachte Tauffeierlichkeit erstellt. Ihr gegenüber lockt eine ebenfalls von Mortensen geschmückte Tafel. Wundervoll gehen hier die weißen Nelken, Flieder und Orchideen, die

und der von ihm vertretene Arbeiterverband sowie die ausständigen Arbeiter auf die erstrebte Lohnerhöhung keinen Anspruch hatten, so daß der angestrebte Vermögensvorteil sachlich ein rechtswidriger war. Diese Rechtswidrigkeit wurde dadurch nicht beseitigt, daß das Mittel seiner Erlangung ein an sich erlaubtes war. Wenn nun das Landgericht annimmt, der Angeklagte habe aus dem Umstande, daß das von ihm benutzte Mittel für die Erlangung des Vermögensvorteils ein erlaubtes war, folgern können, daß auch der erlangte Vermögensvorteil selbst kein rechtswidriger sei, so hält es dem Angeklagten, wie die Revision mit Recht geltend macht, einen Irrtum über das Strafrecht zugute, der nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen unbeachtlich ist. Hiernach erschien die Aufhebung des Urteils mit der sich aus dem Urteilssatze ergebenden Maßgabe geboten."

Der Angeklagte Voß bestreitet heute bei der Verhandlung vor der Strafkammer VI, sowie er in der ersten Verhandlung bestritten hat, daß sein Schreiben eine Androhung enthalten habe. Weder habe er den Auftrag gehabt, mit einem Boykott zu drohen, noch sei er in der Lage gewesen, einen Boykott zu verhängen. Der Boykott war beschlossene Sache und er hielt es für seine Pflicht sowohl im Interesse der Arbeiter wie auch des Fabrikanten, an diesen mit dem Hinweis auf eventuelle Folgen eines Boykotts den wohlgemeinten Rat zu erteilen, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären. Er habe sich dazu um so mehr veranlaßt gefühlt, als derselbe Fabrikant vor zwei Jahren, als ebenfalls Differenzen zwischen ihm und seinen Arbeitern ausgebrochen waren und er es abgelehnt hatte, mit der von seinen Arbeitern gewählten Kommission weiter zu verhandeln, sich bereit fand, mit einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kommission von Organisation zu Organisation zu verhandeln, wo dann ein beide Teile befriedigendes Resultat erzielt wurde.

Der als Zeuge vernommene Fabrikant Heermann weiß sich angeblich dieser Vorgänge nicht mehr genau zu erinnern, gibt aber die Möglichkeit zu.

Der Staatsanwalt hält trotz alledem den Brief für eine Androhung, nicht aber für einen Rat. Der Angeklagte war in dem ausgebrochenen Lohnkampf nur auf seiten der Streikenden und in deren Interesse tätig, nicht aber im Interesse des Fabrikanten. Es sei richtig, daß der Angeklagte in seinem Schreiben nicht offen gedroht hat, nein, er war klug genug, diese Drohung zu verschleiern. Das alles aber könne ihn nicht retten, er sei zu verurteilen, und zwar erachte er zwei Monate Gefängnis für eine entsprechende Sühne.

Der Verteidiger Dr. Herz-Altona führt in längerer Rede aus, daß in dem Schreiben kein Uebel angedroht, sondern lediglich Bezug genommen sei auf eine bereits in der Vergangenheit liegende vollendete Tatsache. Der Strafsenat des Reichsgericht habe nicht weniger als sieben Wochen gebraucht, um die Rechtsauffassung der Strafsenat mit der der Zivilsenate einigermaßen in Einklang zu bringen, aber gelungen sei ihm dies trotzdem nicht. Es handelt sich heute darum, zu prüfen, ob es sich bei der Forderung der Arbeiter um einen rechtswidrigen Vermögensvorteil, d. h. einen Vermögensvorteil, auf die die Arbeiter keinen Anspruch hatten, gehandelt hat, und ferner, ob der Angeklagte mit einem Uebel gedroht hat. Der Verteidiger behandelt sehr eingehend den Begriff der Rechtswidrigkeit im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches, der eine ganze Literatur wachgerufen habe. Die weitesten Kreise der Rechtsgelehrten haben Front gemacht gegen die Definition der Strafsenate des Reichsgerichts. Wenn der Boykott zulässig ist, wie von den Zivilsenaten des Reichsgerichts entschieden worden ist, so kann die Ankündigung unmöglich strafbar sein. Nach der Auffassung weitester Kreise, einschließlich namhafter Vertreter des Reichsjustizamtes, werde das Rechtsbewußtsein im Volke schwer verletzt, wenn die Ankündigung des Boykotts als Erpressung bestraft werde, während der Boykott selber straflos bleibt. Das entspreche auch der Auffassung des Zivilsenats des Reichsgerichts, der es für eine Anstandspflicht eines jeden denkenden vernünftigen Menschen erachte, daß, bevor zur Anwendung der schärfsten Waffe im wirtschaftlichen Kampfe, des Boykotts, geschritten werde, der Anwender den Gegner durch eine Ankündigung aufmerksam macht. Nach weiteren juristischen Darlegungen beantragt der Verteidiger, den Angeklagten auch heute wieder freizusprechen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hasche, folgte dem Antrage des Verteidigers, da es nicht feststellen konnte, daß in dem Briefe eine Drohung enthalten sei. Der Angeklagte wurde daher kostenlos freigesprochen.

Hamburgs Bautätigkeit im Jahre 1913.

Dem Jahresbericht der Baupolizeibehörde für 1913 sind folgende Angaben zu entnehmen:

Die Bautätigkeit im Jahre 1913 weist gegen das Vorjahr eine weitere Abnahme auf, denn es wurden nur 1347 Neubauten, davon 621 Wohngebäude, gegen 1681 bezw. 941 im Jahre 1912 angezeigt und nur 1313 Neubauten hergestellt gegen 1458 im vorhergegangenen Jahre; dementsprechend sind auch die fertiggestellten Wohnungen von 11 598 im Jahre 1912 auf 8301 im Berichtsjahre zurückgegangen. Da durch Umbau und Abbruch 899 (1912: 1211) Wohnungen beseitigt worden sind, beträgt die absolute Vermehrung an Wohnungen 7402 (1912: 10 387). Hiernach entfällt bei einer Bevölkerungszunahme von 24 235 Personen auf je 3,27 Personen eine neuentstandene Wohnung. Der Gesamtbetrag der für die angezeigten Neubauten angegebenen Bausummen belief sich im Jahre 1913 auf 52,2 Millionen Mark gegenüber 79,3 Millionen Mark 1912. Der Durchschnittspreis der einzelnen Neubauten nach den Angaben auf der Bauanzeige stellt sich somit auf M. 62 266 gegen M. 68 069 im Jahre 1912.

Die regste Bautätigkeit zeigte sich in den Stadtteilen Barmbeck und Hamm, indem hier 2615 bezw. 1711 neue Wohnungen entstanden sind. Die nächstfolgenden Zahlen haben Eppendorf mit 730, Billwärder Ausschlag mit 628 und Eimsbüttel mit 627 neu errichteten Wohnungen aufzuweisen. In Altstadt Nord sowie in Neustadt Nord überstieg die Zahl der durch Abbruch beseitigten Wohnungen bei weitem die Anzahl der neuentstandenen Wohnungen.

Die kleinen Wohnungen (bis zu 3 Zimmern) haben sich im Jahre 1913 um 6167 vermehrt (im Verhältnis zur absoluten Wohnungsvermehrung 83 pZt.; diese verteilen sich auf 242 Einzimmer-, 4236 Zweizimmer- und 1689 Dreizimmerwohnungen. Von den Wohnungen mit 1 Zimmer sind 4, von denen mit 2 Zimmern 180 und von denen mit 3 Zimmern 966 mit Badezimmern eingerichtet worden.

Durch das Eingemeindungsgesetz vom 23. Dezember 1912 ist am 1. Januar 1913 die Zuständigkeit der Baupolizeibehörde auf die Vororte Groß-Borstel, Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Klein-Borstel und Billbrook ausgedehnt worden.

Thalia-Theater. Am Dienstag wird die Komödie „Kameraden" von August Strindberg, die mit so großem Erfolg aufgenommen wurde, wiederholt. Am Donnerstag findet die Premiere des Thoma-Abends statt, der die drei interessanten Stücke „Die Medaille", „Das Säuglingsheim" und „Lottchens Geburtstag" bringt. Karten für diese Vorstellungen sind an den von der Arbeiterbildungskommission bekanntgegebenen Stellen zum Preise von 75 ₰ zu haben.

Eine große Samariterübung veranstalteten am Sonntag die Arbeiter-Samariter-Kolonnen von Hamburg und Wandsbeck mit Beteiligung von Harburg in sämtlichen vom Eigentümer bereitwilligst zur Verfügung gestellten Räumen des Wäscherei-Etablissements Welscher, Wandsbeck. Ueber die von den Samaritern angelegten Verbände und die Transporte sprachen sich einige aus Hamburg und Wandsbeck erschienene Aerzte sehr befriedigt aus. Wenn auch von den jüngeren Mitgliedern einige noch nicht ganz sicher sind, so wird dieses durch fleißiges Ueben noch nachzuholen sein. Es ist zu hoffen, daß auch weitere Kreise den Wert des Samariterwesens anerkennen und zur Förderung der Sache beitragen.

Verkauf billiger Seefische. Wie uns von der Staatlichen Fischereidirektion mitgeteilt wird, gelangen am Dienstag, 23. Juni, an den bekannten Verkaufsstellen in Hamburg, Bergedorf, Altengamme, Geesthacht, Kirchwärder und Wandsbeck zum Verkauf: frischer Seelachs zum Preise von 13 ₰ in ganzen Fischen und von 16 ₰ im Ausschnitt, lebende Schollen — etwa ein drittel Pfund — zum Preise von 29 ₰ für das Pfund. Eine neue Verkaufsstelle ist in Hamburg, Frickestraße 49, eröffnet worden. Wer über die mannigfaltige Verwendung des Seelachses noch nicht unterrichtet ist, fordere bei Einkäufen das von der Staatlichen Fischereidirektion herausgegebene Kochbüchlein. Dieses enthält nicht weniger als 20 Anweisungen über die Zubereitung des Seelachses. (Siehe Anzeige.)

Technisches Vorlesungswesen. Lehrgebäude Lübeckertor 24. Dienstag, den 23. Juni. Dr phil. Blasius: Einführung in die höhere Mathematik. (Analytische Geometrie und Differentialrechnung). Abends 8 Uhr. — A. Hohle: Kaufmännisches und gewerbliches Rechnen. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Mies: Die wichtigsten Lehren der Dynamik und ihre Anwendung auf den Maschinenbau. Abends 8 Uhr. — Dipl.-Ing. Drubba: Einrichtung und Betrieb der Baumaschinen. Abends 8 Uhr. — Dr. phil. Block: Ueber Einflußlinien. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Schaefer: Die statisch unbestimmten ebenen Fachwerke. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Dieckmann, Brandmeister der Hamburger Feuerwehr: Feuersichere Bauweise II. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Kempf: Die Elemente des praktischen und theoretischen Schiffbaues. Abends 8 Uhr. — Barry: Technisches Englisch 1 für Anfänger. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Wasmus: Elektrotechnische Meßkunde unter Berücksichtigung der für das Gewerbe wichtigen Messungen. Abends 8 Uhr. — Dipl.-Ing. Weißhaar: Praktische Uebungen am Dieselmotor, Kurs I. Abends 8 Uhr. — Dipl.-Ing. Wundram: Neuzeitlich mechanische Ausrüstungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit von Häfen. Abends 8 Uhr. — Regierungsbaumeister a. D. Prof. Colberg: Die Umschnürung gußeiserner Säulen mit Eisenbeton und die Aussichten für deren Anwendung im Bauwesen. Abends 8 Uhr.

Abermals Spionage im Reichskriegshafen? Auf Veranlassung eines in Kiel ansässigen Photographen wurde hier ein Mann festgenommen, der angeblich im Dienste einer fremden Macht steht und einen Kieler Photographen zum Landesverrat verleitet haben soll. Es soll wichtiges Material beschlagnahmt worden sein, auf Grund dessen weitere Verhaftungen erfolgten.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama spielte sich Sonntag nachmittag in einer Wohnung des Hauses Hofweg 24 ab. Zur angegebenen Zeit suchte der Arbeiter Franz Böttcher, der verheiratet ist, aber von seiner Frau getrennt lebt, eine Familie auf, wo seine frühere Braut, das 20jährige Dienstmädchen Emma Clemens, in Stellung ist. Böttcher wußte, daß die Herrschaft verreist ist, und kam, um das Mädchen zu überreden, sich wieder mit ihm zu vertragen. B. fand die Wohnungstür verschlossen und öffnete diese gewaltsam. Was dann zwischen ihm und dem Mädchen verhandelt wurde und was sonst geschah, ist nicht bekannt. Man fand das Mädchen mit durchschossener Schläfe tot auf, während Böttcher, der sich ebenfalls in die Schläfe geschossen hatte, bewußtlos, aber noch lebend dalag. Die Leiche des Mädchens wurde in die Totenkammer des Hafenkrankenhauses geschafft. B. kam ins Hafenkrankenhaus und ist dort, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Ein Liebesdrama. Am Sonntag abend versuchte die 26jährige Verkäuferin Else Emma Peters, die in Altona bei ihrer Mutter wohnt, ihren früheren Geliebten, den Buchhalter Steen zu erschießen. Das Mädchen kaufte sich vor zirka 14 Tagen einen Revolver mit 25 scharfen Patronen, angeblich, um sich zu erschießen. Am Sonntag lauerte sie Steen, der ihr untreu geworden war, am Hellkamp auf, um noch einmal mit ihm Rücksprache zu nehmen. Als Steen dann bei ihr achtlos vorüberging, zog das Mädchen den Revolver aus dem Pompadour. Steen blieb stehen und sprach mit ihr wenige Worte. Diesen Augenblick benutzte die Verschmähte und feuerte einen Schuß auf den jungen Mann ab. Die Kugel drang durch Jackett und Weste, verletzte Steen aber nur unbedeutend. Der Angeschossene ergriff das Mädchen und übergab es einem Schutzmann.

Das letzte Mittel. Um ein Obdach zu erhalten, zertrümmerte am Sonntag nachmittag ein stellen- und wohnungsloser Arbeiter B. die Scheibe vor dem Feuermelder am Zeughausmarkt und zog den Melder an. Während der dritte Feuerwehrzug anrückte, erschien ein Schutzmann und nahm den Unterkunftslosen mit zur Wache.

Plötzlicher Tod. In der Osterstraße fiel ein Mann um und starb, als er von Passanten in einen Hauseingang niedergelegt worden war. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Mann einem Schlaganfall erlegen ist, und ließ die Leiche in die Leichenhalle schaffen. Später ermittelte man, daß der Tote ein Geschäftsmann aus der Margarethenstraße ist.

Schwere Brandwunden zog sich eine Bewohnerin des Hauses Loogestieg 13 zu, die sich bemühte, einen in ihrer Wohnung zum Ausbruch gekommenen Bettenbrand zu ersticken. Feuerwehrsamariter vom neunten Löschzug legten der erheblich verletzten Frau Notverbände an und ließen sie ins Krankenhaus schaffen. Das Feuer konnte mit kleinem Gerät gelöscht werden.

Teilweiser Hauseinsturz. In der Mittelstraße will man ein zweistöckiges altes massives Hintergebäude durch einen Anbau vergrößern. Zu diesem Zweck hat man die Vorderwand ganz entfernt, so daß das von den Bewohnern geräumte Haus ganz offen war. Montag vormittag machte sich lautes Knistern bemerkbar. Mit einem Teil der Hinterwand stürzte das vordere Dach mit den Seitenwänden in sich zusammen. Eine undurchdringliche Staubwolke verhüllte minutenlang die Baustelle. Als die Staubwolke sich verzogen hatte, entdeckte man zwei Mechaniker, die auf dem Dache des zerstörten Hauses gearbeitet hatten und nun in die Gefahr gerieten, in die Tiefe gerissen und verschüttet zu werden. Zur Rettung dieser Männer rief man die Feuerwehr zu Hilfe. Da die Mechaniker sich aber inzwischen bereits durch Sprung auf ein angrenzendes Dach in Sicherheit gebracht hatten und am Bau selbst keine weitere Gefahr mehr vorlag, brauchte die Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten.

Einbruch am hellen Tage. Am Sonntag nachmittag sind Diebe in die Filiale des Buttergeschäfts „Roland", Schenefelderstraße 1, eingedrungen. Die Täter eigneten sich ein Portemonnaie mit Radfahrkarte, lautend auf Max Heinrich Detlef Paulsen, ein Rabattmarkenbuch, vier Schlüssel und M. 255 in bar an.

Große Unterschlagungen eines Klosterbeamten. Der im St. Johanniskloster seit 20 Jahren angestellte Bureaubeamte Reher, der ein Jahresgehalt von M. 8000 bezieht, hat es verstanden, dem Kloster innerhalb zehn Jahren M. 90 000 zu unterschlagen, indem er eingegangene Gelder entweder überhaupt nicht buchte oder durch falsche Eintragungen verschleierte. Durch eine genaue Revision kamen die Unredlichkeiten des Mannes an den Tag, worauf Reher in Haft genommen wurde. Er gibt die Unterschlagungen zu.

Geborgene Leiche. Am Montag hat man in der Ober-Alster die Leiche des dort am 17. Juni beim Baden ertrunkenen Schlossers Hansen geborgen.

Diebstahl im Hotel. Aus einem Zimmer wurden dem Hotelier Härtel am Klostertor 1 mehrere Herrengarderoben entwendet.

Beim Verkauf von Diebesbeute fielen in der Volkskaffeehalle in der Düsternstraße zwei Bodeneinbrecher der Polizei in die Hände. Die Festgenommenen, ein Kaiarbeiter und ein Fabrikarbeiter, gaben zu, am Schaarmarkt, sowie in der Quickborn- und Neustädterstraße eine Anzahl Böden erbrochen zu haben, wo ihnen verschiedene Beute in die Hände fiel.

Unter die Räder eines Autos geriet ein Tischler W. aus der Lindleystraße, als er den Fahrdamm am Heidenkampsweg überschritt. Der Mann erlitt erhebliche Verletzungen und mußte ins Krankenhaus transportiert werden.

Einbrecher drangen Sierichstraße 20 vom Lieferanteneingang aus in die Wohnung des Kaufmanns Warnsloh ein, wo sie verschiedene mit einem W. gezeichnete Silbersachen entwendeten. — Am Grindelberg 43 sind Diebe in die Wohnung eines Versicherungsbeamten eingedrungen. Was gestohlen ist, konnte noch nicht festgestellt werden, da die Wohnungsinhaber verreist sind. — Dem Schlachtermeister Töpfer, Talstraße 29, wurden von Einbrechern eine Sparbüchse (Windmühle aus Neusilber) mit M. 15, eine goldene Uhr nebst goldener Kavalierkette, eine Haarkette mit Anhängsel in Herzform und M. 520 in barem Geld gestohlen. — Bei den Mühren 46 bis 48 ist das Kontor der Fairbanks Company erbrochen. Es sind Geldschrankschiebladen, sowie Pulte erbrochen worden. Außer Postwertzeichen im Betrage von M. 80 sind M. 207 in bar gestohlen worden. — Eingestiegen ist ein Dieb in eine Parterrewohnung des Hauses Claudiusstraße 7, wo eine goldene Uhr nebst Kette verschwunden ist.

Hafen und Schiffahrt.

w. **Schiffskollision im Hafen.** Der hier eingetroffene Dampfer „Herma" ist mit dem schwedischen Dampfer „Hercules" in Kollision gewesen. Beide Schiffe haben Schäden am Vorderschiff an der Backbordseite erlitten. Der Dampfer „Herma" hat außerdem den Vordersteven gebrochen und sind ihm einige Platten eingedrückt. Er ist zur Entlöschung im Hafen festgelegt worden. Nachher soll die Reparatur erfolgen. Auch der Dampfer „Hercules" wird gelöscht und kommt nach der Entlöschung nach einer Werft zur Reparatur.

w. **Durch Kollision zum Sinken gebracht.** Der Schleppdampfer „Schwalbe", der mit mehreren Schuten im Tau durch den Köhlbrand fuhr, geriet dort mit einer großen Baggerschute der Kölner Tiefbau-Gesellschaft in Kollision. Die Schute wurde am Vorderschiff getroffen und bis unter die Wasserlinie aufgeschnitten, so daß das Wasser sofort freien Eintritt in den Raum hatte. Die Schute lief in wenigen Minuten voll Wasser und ist unweit des Kinderspielplatzes auf Grund gesunken. Die Besatzung der Schute konnte von der Mannschaft des Schleppers gerettet werden. Der Schleppdampfer „Schwalbe" hat ebenfalls Schaden am Vorderschiff erlitten.

w. **Schiffskollision auf der Ausreise.** Der schwedische Schoner „Rudy", mit einer Ladung Oelkuchen von Harburg nach England bestimmt, geriet im Köhlbrand auf der Höhe von Altenwärder mit dem von Altenwärder abfahrenden Harburger Passagierdampfer „Köhlbrand" in Kollision. Der Schoner ist am Vorderschiff derartig getroffen, daß er einen Schaden erlitt, der bis weit unter die Wasserlinie reichte. Er wurde schwer leck und machte sofort viel Wasser. Ein Schleppdampfer, der sich in der Nähe befand, nahm das Schiff sofort ins Schlepptau und setzte es bei Altenwärder auf Strand. Der Passagierdampfer „Köhlbrand" hat ebenfalls Schaden am Vorderschiff erlitten. Von der Mannschaft und den Passagieren, die zwar durch den Anprall durcheinander fielen, ist niemand verletzt worden.

w. **Angesprochenes Schiff.** Die Hamburger Viermastbark „Passat" der Reederei F. Laeisz ist am 6. Mai auf der Linie und 27 Grad W. durch das Schiff „Juvernie" angesprochen worden. An Bord alles wohl.

Der deutsche Schleppnetzfischer H. H. Ulex aus Bremerhaven ist von Island in Aberdeen eingetroffen. Durch einen Zusammenstoß mit dem deutschen Erdöldampfer „Deutschland" auf der Höhe von Rattray Head wurde er beschädigt. Der Schaden befindet sich oberhalb der Wasserlinie.

w. **Bedeutenden Schaden erlitten** hat der Dreimastschoner „Albion", der von der Nordsee kommend hier eintraf. Das Schiff ist von England abgesegelt und geriet auf der Nordsee in einer schweren Gewitterbö mit einem unbekannten Dampfer in Kollision. Dieser rannte den Schoner an der Backbordseite mittschiffs bei der Großluke an und drückte ihm mehrere Platten ein. Der Schaden reicht fast bis zur Wasserlinie. Das Schiff ist dadurch auch leck geworden. Es sind außerdem die Verschanzung und ein Teil der Reling eingedrückt worden. Mit diesen Schäden konnte es die Reise nicht fortsetzen. Der Schoner ist nach hier gekommen und sofort an der Werft von J. H. N. Wichhorst festgelegt worden.

Ab- und Anmusterungen vor dem Hamburger Seemannsamte. Am Dienstag, 23. Juni, kommen folgende Schiffe zur Abmusterung: „Polynesia", „Grunewald" und „Etruria" um 8 Uhr, „Prinz Adalbert" um 8½ Uhr, „Persepolis" um 9 Uhr, „Aegina" um 10 Uhr, „Rio Negro" um 10½ Uhr, „Feldmarschall" und „Anna Woermann" um 11 Uhr, „Avolda" um 11½ Uhr, „Admiral", „Amalfi" und „Hans Woermann" um 1 Uhr. — Angemustert werden: „Polynesia", „Prinz Adalbert", „Persepolis", „Grunewald", „Etruria" und „Bethania" um 8 Uhr, und „Feldmarschall", „Admiral" und „Jeannette Woermann" um 11 Uhr, und „Rio Negro" um 11½ Uhr.

w. **Die Reederei Knöhr u. Burchard** blickt am heutigen Tage, Dienstag, 23. Juni, auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück. Als Schiffsmaklerfirma in einem kleinen Häuschen am Baumwall angefangen, hat sie sich zu einer großen Segelschiffreederei emporgearbeitet. Die Firma hat jetzt in dem neuen „Neptunhaus" an der Schaartorsbrücke ihre Kontorräumlichkeiten. Das Schiffsmaklergeschäft und auch die Reederei ist in den langen Jahren in verschiedenen Händen gewesen. Der jetzige Inhaber der Reederei ist A. Zimmer. Die Reederei verfügt jetzt über einen stattlichen Segelschiffpark von 17 Schiffen, alles große Voll- und Viermastbarkschiffe.

w. **Stapellauf.** Auf der Werft von J. H. N. Wichhorst ist für die Hafendampfschiffahrt-Aktien-Gesellschaft ein neuer Fährdampfer im Bau begriffen, der am Montag morgen vom Stapel gelassen wurde. Das neue Schiff hat in der Taufe den Namen „Alardus" erhalten. Er ist nach dem Typ der Fährdampfer „Buchheister" und „Ruthos" gehalten. Die Länge des Dampfers beträgt 21,50 Meter, die Breite 6,10 Meter und die Tiefe 2,90 Meter. Er soll eine Compoundmaschine von 200 indizierten Pferdekräften erhalten, die dem Schiffe eine Geschwindigkeit von etwa 10 Seemeilen in der Stunde verleihen soll. Außerdem wird er mit einer Hilfsmaschine für elektrisches Licht, wie mit Dampfsteuermaschine ausgerüstet werden. Auch erhält er zum Löschen von Feuer eine starke leistungsfähige Dampfspritze. Um das Schlagwasser abzufangen wird er mit eingebauten Gangwys versehen. Von Schiffen dieses Typs sind von der Hafendampfschiffahrts-Aktiengesellschaft im ganzen vier Schiffe in Auftrag gegeben, wovon der Werft von G. Wolkau am Reiherstieg und der Werft von J. H. N. Wichhorst je zwei Schiffe übertragen sind. Hiervon ist jetzt eins geliefert und auch in Betrieb gestellt und zwar von Wolkau der Dampfer „Buchheister". Zwei weitere Schiffe, und zwar der Dampfer „Ruths" und jetzt der Dampfer „Alardus", sind bei Wichhorst vom Stapel gelassen. Darin werden jetzt die Maschinen eingebaut. Alle vier Schiffe kommen in den hiesigen Fährdienst. Sie sind vermessen bis Brunshausen zu 196 Personen und im Fährdienst zu 218 Personen. Es sind dieses moderne Fährdampfer, die nach jeder Richtung hin den Wünschen entsprechen sollen. Sie haben keine Sonnensegel wie die alten Fährdampfer, sondern ein festes Sonnendeck.

w. **Verkauftes Schiff.** Die seit einiger Zeit in Hafen aufliegende englische Bark „Grasmere" ist an die Continentale Reederei-Aktien-Gesellschaft verkauft worden. Das Schiff ist im Dock besichtigt und nach der Uebernahme umgetauft worden. Es hat den Namen „Gunther" erhalten.

Wasserstand der Oberelbe am 23. Juni: Aussig + 0,40, Dresden — 1,14, Torgau + 0,96, Wittenberg + 1,87, Barby + 1,34, Magdeburg + 1,10, Wittenberge + 1,38, Dömitz + 0,89, Boizenburg + 0,84, Lauenburg + 0,95. — Aussig, 22. Juni: Pegelstand + 0,40 m. Vom Oberlauf werden 17 cm Fall gemeldet. Wetter: Schön.

w. **Schiffsverkehr in der vergangenen Woche.** Es passierten Cuxhaven ankommend 249 Dampfer, 37 Fischdampfer und 7 Segelschiffe, abgehend 201 Dampfer, 57 Fischdampfer und 6 Segelschiffe. Durch den Nordostseekanal kamen nach hier 39 Seedampfer. Im Hamburger Hafen lagen am Montag mittag 222 Dampfer und 18 Segelschiffe, im Altonaer Hafen 30 Schiffe, im Harburger Hafen 30 und im Glückstädter Hafen 4 Schiffe. Auf der Unterelbe 1 Schiff.

w. **Der Sonntagsverkehr auf der Elbe** war am Sonntag bedeutender als an den vorherigen Sonntagen. Allerdings sind von den St. Pauli-Landungsbrücken mit 137 Passagierdampfern 31 509 Personen, also etwa 7000 Personen weniger abgefahren. Dafür ist aber der Verkehr von der Lauenburger Dampfschiffsbrücke stärker gewesen. Auch waren bedeutend mehr Schleppdampfer und Barkassen stark besetzt unterwegs. Auch der Hafenrundfahrtverkehr war äußerst bewegt. Viele Fremde die hier angekommen waren, wollten den vom Stapel gelassenen Riesendampfer „Bismarck" in Augenschein nehmen.

w. **Unglücksfälle.** Der Arbeiter Wilhelm Untenfeld ist im Segelschiffhafen beim Verlassen eines Schiffes ins Wasser gestürzt. Er konnte zwar sofort gerettet werden, doch hat er Verletzungen am Kopfe erlitten. Ein Wundarzt hat ihn in Behandlung genommen und für den Transport nach seiner Wohnung gesorgt. — Auch der Hafenarbeiter Anton Wogner ist mit schweren Verletzungen an der linken Hüfte nach seiner Wohnung gebracht worden. W. war beim Festmachen seines Botes auf dem Ponton am Baumwall beschäftigt. Die Fangleine riß ab und der Mann fiel mit der Hüfte auf einen eisernen Ring.

Auf der Reiherstieg-Schiffswerft fiel am Sonnabend dem Nieter Meinke an Neubau 461 eine Stahlstange auf den Kopf. Meinke wurde erheblich verletzt seiner Wohnung zugeführt.

w. **Vermißt** wird seit 18. Juni der Steward Fritz Becherer, der auf dem Dampfer „Cresos" bedienstet ist. Der Vermißte ist 1895 in Berlin geboren. Nähere Personalien sind unbekannt. Man mutmaßt, daß der Vermißte beim Anbordgehen verunglückt ist.

Ein Unfall ereignete sich Montag vormittag an Bord des beim Schuppen 70 a liegenden Dampfers „Persepolis". Dort stürzte der Leichtmatrose H. Strunz beim Klaren einer Flagge in die Tiefe. Strunz, der erst auf die Takelage und dann aufs Deck fiel, erlitt mehrere schwere Arm- und Beinbrüche. Feuerwehrsamariter vom 8. Zuge leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe und sorgten dann für seinen Transport ins Hafenkrankenhaus.

Richtigstellung. Wir berichteten am Sonnabend, daß an einem der Helgenkräne über dem dritten Riesendampfer der Imperatorklasse die Wire gerissen sei, jedenfalls infolge Abnutzung, da der Kran 5000 kg tragen solle nur mit etwa 200 kg belastet war. Wie uns nun von anderer Seite mitgeteilt wird, ist das Seil nicht infolge Abnutzung gerissen, sondern der Kranführer hat die Last zu hoch laufen, lassen, so daß die Wire reißen mußte.

Fünf Bauernfänger machten sich im Freihafengebiet an die Auswanderer Dempter und Haudyma heran und nahmen ihnen durch Anwendung des Portemonnaieverlierertricks 25 und 70 Dollar ab. Die betrogenen Auswanderer erstatteten Anzeige bei der Polizei.

Altona und Umgegend.

Piepmätzchen und Titel. Der Anderthalbstundenbesuch Wilhelms II. in der Altonaer Gartenbauausstellung ist nicht ganz umsonst gewesen. Verschiedenen Herren sind aus diesem Anlaß längst empfundene Knopflochschmerzen gestillt und anderen ist ein neuer Titel aufgepackt worden. Das Pressebureau des Magistrats meldet: Es erhielten Senator Sylvester und Senator Hampe den Roten Adlerorden vierter Klasse, Magistratssekretär Sternberg das Verdienstkreuz in Gold, Gartendirektor Tutenberg den Titel Königlicher Gartenbaudirektor, Königlicher Garteninspektor Hölscher in Harburg den Titel Königlicher Gartenbaudirektor; v. Ehren (Nienstedten) wurde zum Königlichen Hoflieferanten ernannt. Mehr kann man nicht verlangen. Mit lebhafter Betrübnis müssen wir feststellen, daß Herr Schnackenburg völlig leer ausgegangen ist. Oder sollte auf seiner tapferen Mannesbrust kein Raum mehr für einen Orden sein?

Ferienaufenthalt für Schulkinder. Wie in den Vorjahren, werden auch in diesem Jahre wieder erholungsbedürftige Kinder bedürftiger Eltern während der Sommerferien in dem Luft- und Sonnenbad des Altonaer Vereins für naturgemäße Lebens- und Heilweise unentgeltlich aufgenommen. Anmeldungen werden am Mittwoch, 24. Juni, von 5 Uhr nachmittags ab, im Sonnenbad auf der kleinen Exerzierweide unter Vorführung der Kinder angenommen.

Vor dem Tode bewahrt. Eine 32jährige Ehefrau in der Parallelstraße öffnete Sonnabend abend in ihrer Wohnung den Gashahn der Stubenlampe, um mit ihren beiden 9- und 11jährigen Kindern in den Tod zu gehen. Kurz bevor sie den Hahn öffnete, schob sie bei ihrem Nachbar einen Zettel durch die Türspalte, auf dem sie von ihrem Vorhaben Mitteilung machte. Der Nachbar eilte sofort auf die Polizei und diese ließ die Tür zu der Wohnung der Frau durch einen Schlosser öffnen. In der Schlafstube fand man Mutter und Kinder schlafend vor. Im Zimmer machte sich bereits starker Gasgeruch bemerkbar. Die Schlafenden wurden schnell geweckt und in die Wohnung des Nachbars gebracht. In einem anderen Zimmer wurden zwei kleine Pflegekinder der Frau wohlbehalten angetroffen. Da für diese Kleinen keinerlei Gefahr bestand, so ließ man sie ruhig in ihrem Bett liegen. Die Frau erklärte, daß sie mit ihren Kindern aus dem Leben scheiden wollte, weil ihr Mann sich nicht um sie kümmere und alles Geld in der Wirtschaft vertrinke.

Beide Unterschenkel gebrochen hat ein Hafenarbeiter, der Sonntag mittag die Köhlbrandstreppe hinuntersprang, um Selbstmord zu begehen. Er wurde bewußtlos dem Krankenhause zugeführt.

In die Elbe gesprungen. Ein 35jähriger Schmied, der betrunken war, sprang am Sonntag in die Elbe. Er wurde von einem Wächter aus dem Wasser gezogen, versuchte sich aber mehrfach wieder loszureißen, was ihm indessen nicht gelang. Der Mann wurde schließlich ins Krankenhaus gebracht.

Aus Liebeskummer trank ein junger Arbeiter aus der Altstadt Lysol. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus befördert.

Aus der Takelage gestürzt. Der Matrose Thomas Hopten vom Fischdampfer „Triton" ist, als er 50 Meilen von Helgoland entfernt in der Takelage des Fockmastes beschäftigt war, aufs Deck gestürzt. Er ist in der Reling hängen geblieben und hat das Kreuz gebrochen; er war sofort tot. Als der Dampfer hier eintraf, machte der Führer sofort Mitteilung von dem Unglück. Die Leiche des Matrosen ist nach der städtischen Leichenhalle gebracht worden.

Von Tobsucht befallen wurde ein in der Parallelstraße wohnender Kutscher. Er bedrohte seine Familie, demolierte sämtliche Möbel und wollte dann aus dem Fenster springen. Nur mit Mühe konnte er daran gehindert werden. Nachdem er einigermaßen besänftigt worden war, kam der Kranke ins Krankenhaus.

Ein schlecht angebrachter Briefkasten. Ein achtjähriger Knabe rannte am Sonntag gegen den Briefkasten, der am Rathausmarkt, Ecke Präsidentengang, angebracht ist. Auf einer nahen Polizeiwache mußte dem Knaben ein Notverband angelegt werden. Es ist nicht das erste Mal, daß ein solcher Unfall passierte; darum muß der Briefkasten schleunigst höher gesetzt werden.

Kleine Polizeinotizen. Ein Maurergeselle aus der Gegend von Eddelack brachte zur Anzeige, daß ihm, während er auf Flottbecker Gebiet in der Elbe badete, sein blaues Jackett mit zwei Uhrketten und einem Portemonnaie mit M. 5,70 Inhalt gestohlen wurde. — In Haft geriet ein Matrose, der eine offenbar gestohlene Portion Steinbutt an den Mann bringen wollte. — In einem Fettwarengeschäft an der Eimsbüttelerstraße wurden aus der Ladenkasse M. 20 Bargeld gestohlen. In einem Hinterzimmer wurde ein Schreibtisch erbrochen. Daraus wurden ein Siegelring mit Stein im Werte von M. 100, eine goldene Damenuhr und ein Damenportemonnaie mit Inhalt gestohlen.

Schenefeld. Gemeinde-Vertreter-Sitzung am Dienstag, 23. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Harder. Tagesordnung: 1. Gesuch der Gemeinde Dockenhuden, einen Beitrag von M. 5000 zur Anlage des Bahnhofs Iserbrook zu bewilligen. 2. Besprechung über die Kosten der Hausanschlüsse des Elektrizitätswerks Unterelbe. — Da diese Sache schon sehr viel Staub in der Gemeinde aufgewirbelt hat, dürfte es im Interesse der Einwohner Schenefelds liegen, zahlreich in dieser Sitzung zu erscheinen. Der Direktor Waldmann und Oltmann sind zur Aufklärung eingeladen.

Eidelstedt. Gemeindevertretung. Die Lehrpersonen werden von der Krankenversicherungspflicht befreit, indem denjenigen, deren Gehalt M. 2500 nicht übersteigt, ein Betrag in der Höhe des eineinhalbfachen Krankengeldes zugesichert wird. Gegen den ausliegenden Plan der Güterumgehungsbahn soll von der Gemeinde Einspruch erhoben werden, und zwar aus folgenden Gründen: Der Olloweg soll aufgehoben werden. Derselbe ist aber ein stark benutzter Verbindungsweg zwischen Eidelstedt und Stellingen, der in zwölf Meter Breite ausgebaut werden soll. Die Unterführung im Bollweg soll zwölf Meter breit verlangt werden, auch muß die Senkung der Straße unterbleiben. Weiter verlangt die Gemeinde, daß ihr beim Ausbau ihres Rohrnetzes für Gas, Wasser usw. keine Schwierigkeiten gemacht werden. Am meisten wendet man sich gegen die beabsichtigte Senkung der Bahnhofsstraße. Gegen den Plan ist auch vom Entwässerungsverband und vom Eidelstedter Bürgerverein Einspruch erhoben. Die Anlieger der Straße nach dem neuen Orts-Güterbahnhof sollen zu den Straßenbaukosten herangezogen werden. Der Antrag eines Gewerbetreibenden, nach dem Eidelstedter Spritz elektrische Stromleitung zu bauen, wird genehmigt, wenn der Antragsteller zehn Jahre lang jährlich für M. 600 Strom bezieht. Die Anlage würde M. 3000 kosten. Jensen stellt fest, daß die Straßenbahngesellschaft trotz Versprechen noch keine Frühwagen abgehen läßt. Die Vertretung wird der Direktion ein diesbezügliches Schreiben zusenden.

Niendorf. Feuer. Eine kleine Kate am Garstedter Damm, in der eine Hühnerzüchterei betrieben wurde, ging in der Nacht zum Montag in Flammen auf.

Schnelsen. Autounfall. Am Sonntag abend überschlug sich ein Hamburger Auto, als es von der Hamburger Straße nach der Bahnhofstraße einbiegen wollte. Die Insassen, ein Herr und eine Dame, wurden herausgeschleudert, aber glücklicherweise nur leicht verletzt. Das Auto wurde arg demoliert.

Aus den Altonaer Gerichten.

Verbrechen im Amte.

Vor dem Altonaer Schwurgericht begann am Montag die auf vier Tage berechnete Verhandlung gegen den Kassierer Emil Wulf, der eine Reihe von Jahren auf den Elmshorner Gas- und Wasserwerken tätig war, bis er nach kurz vorher erfolgter Suspension am 5. Januar d. J. verhaftet und in Untersuchungshaft nach Altona abgeführt wurde.

Die Anklage gegen Wulf umfaßt nicht weniger als 60 Seiten. Es sind 17 Zeugen, darunter der Bürgermeister von Elmshorn, und die drei Sachverständigen Gaswerksdirektor Elvers-Wandsbeck, Bücherrevisor Schmidt-Altona und Stadtrevisor Behrens-Elmshorn geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Levin; die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Dr. Wilde, Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Dr. Petersen-Elmshorn.

Der Angeklagte Wulf gibt an, 1866 in Plön geboren zu sein. Im Jahre 1898 ist er in den Dienst der Stadt Elmshorn getreten. Am 26. April 1906 wurde ihm Beamteneigenschaft verliehen. Am 1. Januar 1913 wurde er als Kassierer der Gas- und Wasserwerke von Elmshorn auf Lebenszeit angestellt. Wulf hatte 1911 M 2950, 1912 M 3150 Gehalt einschließlich Wohnungsgeldzuschuß. Nach der Anklage soll er in den Jahren 1911 und 1912 Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen hat, unterschlagen haben; ferner soll er Bücher unrichtig geführt und gefälscht haben. Die Stadt Elmshorn läßt jetzt noch Nachprüfungen wegen etwaiger früherer Verfehlungen anstellen. Vor dem 1. April 1911 sind die auf dem Gaswerk vereinnahmten Gelder nur durch die Hände Wulfs gegangen. Die Gaswerkskasse war bis zu diesem Zeitpunkt bei der Stadtkasse untergebracht.

Zunächst werden Unregelmäßigkeiten behandelt, die bei der Buchung der Gasautomatengelder festgestellt worden sind. Der Angeklagte will nur zwei Monate lang die Eintragungen in die von ihm selbst eingerichtete Automatenkontrolle, die den Zweck hatte, bei etwaigen Reklamationen gleich mit Nachweisen zu dienen, gemacht haben. In der übrigen Zeit hätten die jüngeren Beamten die Buchungen vorgenommen, meistens der schon in der vorigen Schwurgerichtsperiode abgeurteilte zweite Buchhalter Harder. Die Fälschungen könne nur Harder begangen haben. Wenn er (der Angeklagte) kein reines Gewissen gehabt hätte, so wäre es ihm sehr leicht möglich gewesen, die Automatenkontrolle mit der Konsumentenliste in Einklang zu bringen, denn die Kontrolle sei bis zuletzt in seinen Händen gewesen. Wiederholt habe er dem Direktor der Gas- und Wasserwerke, Schlett, gesagt, daß verschiedene Automaten zuviel Gas durchließen, aber der Direktor habe darauf nichts gegeben.

Von den Sachverständigen wird als erster Direktor Elvers-Wandsbeck vernommen. Er erläutert zunächst an einem mitgebrachten Apparat die Einrichtung und Funktion des Gasmessers und des Gasautomaten. Er sagt dann aus: Es wäre Pflicht des Kassierers gewesen, in dem Augenblick, wo er merkte, daß einige Apparate nicht richtig funktionierten, auf Abhilfe zu bringen. In Elmshorn befinden sich 450 Gasmesser; da wird im allgemeinen ein Plus, nicht aber ein Minus herauskommen. Die Art und Weise, wie die Kassierung erfolgte — sie geschah nach Anordnung des Angeklagten —, deutet darauf hin, daß eine einwandfreie Kontrolle hintertrieben werden sollte. Wenn ein Gasmesser an einer Stelle abgenommen wird, so kann er natürlich nur dann stimmen, wenn Anfangs- und Endstand richtig notiert worden sind. In vielen Fällen ist das aber nicht geschehen.

Es kommen sodann einzelne Fälle zur Sprache, in denen Ziffern in der Automatenkontrolle geändert worden sind. Es handelt sich um insgesamt 17 Fälle, doch ist die durch die Fälschungen verdeckte Unterschlagung anscheinend nicht sehr bedeutend. Der Sachverständige Stadtrevisor Behrens-Elmshorn bekundet, daß es in den einzelnen Fällen schwer sei, festzustellen, wer die Aenderungen vorgenommen habe, doch scheine es meistens die Handschrift Wulfs zu sein. Wenn dieser behaupte, er habe die Fälschungen gar nicht bemerkt, so müsse darauf hingewiesen werden, daß er die Konsumentenliste führte und daß er die Aenderungen auf alle Fälle hätte entdecken müssen. In ähnlichem Sinne äußert sich der Sachverständige Bücherrevisor-Schmidt-Altona. Direktor Elvers meint, bei der geringsten Aufmerksamkeit hätten die Fehler gefunden werden müssen.

Als erster Zeuge wird der aus dem Gefängnis vorgeführte Buchhalter Harder vernommen. Er schildert zunächst die Art

---

grünlichen Schneebälle und seinen Palmwedel mit den silbernen Schalen und Vasen zusammen.

Die Festtafel selbst ist von großen grünen Mauern mit Nischen eingerahmt. Durch die Aufstellung von großen Vasen, gefüllt mit herrlichem Rittersporn, Bauernrosen, sowie die vorgelagerten kleinen Rabatten von Bauernrosen, Veronika, Helenium und Rittersporn erhält das Ganze einen gartenmäßigen Anstrich, der durch die Aufstellung von Bänken und Plastiken in den Nischen noch unterstützt wird.

Haben wir eben diesen Gartenraum verlassen, so stehen wir vor einem grünen Pavillon, in dessen Innern ein gedämpftes Licht herrscht. Es ist eine Ausstellung von Hochzeitsschmuck in einem kirchlichen Raume gedacht. Alles, das an Blumen aus diesem Anlaß nötig oder erwünscht ist, ist vorhanden. Ausgestellt ist diese Gruppe von J. Maaß, Hamburg, der auch sonst noch viel Lobenswertes ausstellte. Daran schließt sich die Ausstellung von Raumschmuck, sowie die einer Taufe im Hause. Sie ist von Siemers, Altona; auch die Gruppe dieses Ausstellers nimmt einen breiten Raum ein, so daß es schwer ist, alle die Einzelheiten, die aus freudigem Anlaß hier durch Blumen versinnbildlicht werden, wiederzugeben.

Ein kleinerer Raum mit ausgewählten Bindestücken, die alle hohes künstlerisches Können verraten, ist als Huldigungsraum aufgefaßt. Hier haben verschiedene Aussteller nur wirklich gute und schöne Sachen in zum Teil sehr kostbaren Blumen ausgestellt.

Wenn wir unseren Rundgang fortsetzen, so sehen wir wundervoll ausgestattete Innenräume, so die von Seyderhelm, Bünger-Altona, die alle geschmackvoll und nett arrangiert sind. Daß aber bei der ferneren Ausstellung von Blumenstücken, die aus freudigem Anlaß gegeben werden, auch mitunter eine Geschmacklosigkeit mit unterläuft, sehen wir an einer großen Standvase mit roten Rosen, an deren Fuß ein Plakat mit dem Bildnis des Kaisers, sowie eine Hand mit einem Palmenzweig angebracht ist. Eine plumpe Aufdringlichkeit.

Haben wir noch die große Anzahl von hübschen Geburtstagstischen besichtigt, von denen besonders der von Feist sich auszeichnet, so schauen wir die reichhaltigen und vielgestaltigen Trauerdekorationen, in denen überall das Streben des Binders wiederkehrt, die Blume nur durch sich selbst und durch ihre Anordnung wirken zu lassen. Sehr wirkungsvoll präsentiert sich ein Kranz, der nur aus Efeublättern zusammengestellt ist.

Hat an diesem Schmuck von Tafel, Taufstein, Kirche, Grab und Kapelle vornehmlich der Fachmann seine Freude, so rufen die vielen Arrangements von Bindekunststücken, die überall zwischen den Hauptstücken dieser Sonderausstellung eingestreut sind, das helle Entzücken jedes Blumenfreundes hervor, der manche Anregung empfängt, wie Blumen wirkungsvoll zu arrangieren sind.

Die früher schon erwähnten kuriosen japanischen Zwergbäumchen sind in dem nördlichen Teil der Haupthalle zu einem reizvollen kleinen Sondergarten vereinigt.

der Einkassierung der Automatengelder. Diese Gelder wurden abends an Wulf abgeliefert, und am andern Morgen wurden die einzelnen Beträge in die sogenannte Automatenkontrolle eingetragen. Die Uebertragung in die Konsumentenliste nahm Wulf selbst vor. In ganz seltenen Fällen habe Wulf festgestellt, daß Automatenmieter zu wenig Geld bezahlt hätten. Diesen Mietern habe er dann besondere Rechnungen geschickt, und sie hätten nachbezahlen müssen. Ueberschüsse seien nicht gebucht worden. Im großen und ganzen sei immer Geld zuviel dagewesen. Die Automatenkontrolle habe Wulf stets nachgerechnet. Auf Befragen erklärt der Zeuge auf das bestimmteste, daß er von den Automatengeldern nie etwas genommen habe; er habe auch nie geringere als die eingenommenen Beträge gebucht. An den Tagen, wo die Automatengelder abgeliefert wurden, sei Wulf immer im Bureau gewesen. In der übrigen Zeit habe er öfter einmal gefehlt. Die Aenderungen seien vom Kassierer und nicht von ihm (dem Zeugen) vorgenommen worden.

Die weiteren Zeugenvernehmungen bringen keine neuen Gesichtspunkte. Es handelt sich immer wieder um dieselben Manipulationen, und der Angeklagte bestreitet beharrlich, sie vorgenommen zu haben, obwohl die Sachverständigen der bestimmten Ansicht sind, daß es sich bei den Fälschungen um die Zahlen Wulfs handle.

Um 3 Uhr nachmittags wird die weitere Verhandlung auf Dienstag früh 9½ Uhr vertagt.

Wandsbeck und Umgegend.

Militär für Erntearbeiten. Der Landrat tut in seinem Kreisblatt allen Agrariern kund und zu wissen: Nach Anweisung des Kriegsministeriums soll den Wünschen der landwirtschaftlichen Bevölkerung um Beurlaubung von Mannschaften zur Aushilfe bei den Erntearbeiten möglichst weit entgegengekommen werden. — Das sei als ein Beweis registriert, daß die militärische Dienstzeit recht gut eine Verkürzung erfahren könnte.

Freiwilliger Tod. Im vierten Gehölz hat sich am Montag gegen 2 Uhr nachmittags ein in Hamburg, Nagelsweg 87, wohnender Mann mit Namen Will erschossen. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt. — Vergiften wollte sich eine Frau R. aus der von Lengerckestraße. Sie wurde rechtzeitig nach dem Krankenhause gebracht und wird voraussichtlich keinen dauernden Schaden nehmen.

Schiffbeck. Feuerlärm brachte am Freitag abend kurz vor 11 Uhr die Einwohnerschaft in Aufregung. Es brannte die mit einem Strohdach versehene Kate des Landwirtes P. Westfahlen. Das Gebäude stand zurzeit leer, nur die Getreide- und Strohvorräte waren darin untergebracht. Durch die Trockenheit hatte sich das Feuer im Augenblick über das ganze Gebäude verbreitet. Das in der Nähe liegende, Ecke Hamburger- und Billstraße befindliche Konfektionsgeschäft von Magnus geriet dadurch in große Gefahr. Glücklicherweise herrschte Windstille. Die Feuerwehren waren schnell zur Stelle, die durch die zentrale Wasserleitung bald das Feuer von mehreren Seiten angreifen konnten. Ein Zug der Hamburger Feuerwehr, sowie die Wehren von Steinbeck und Oejendorf waren auch erschienen, doch brauchten diese nicht in Tätigkeit zu treten, da die Orts- sowie die Jutefeuerwehr das Feuer bereits in der Gewalt hatten. Eine zirka 30 Schritt davon entfernte und bewohnte Strohkate blieb nur durch die sie umgebenden hohen Bäume vom Feuer verschont. Die Polizeibeamten gingen diesmal ziemlich scharf gegen die in großer Anzahl herumstehenden Zuschauer vor, um den Verkehr aufrecht zu erhalten. Ein junger Mann, der sich den Anordnungen der Beamten nicht fügen wollte, geriet in Haft.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins findet am kommenden Dienstag, abends 8½ Uhr, im Lokale von E. Malchau in Steinbeck statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht von der Generalversammlung in Altona. 2. Stellungnahme zum Bezirksparteitag in Eckernförde und Wahl der Delegierten hierzu. (Der Wahlbezirk umfaßt die Ortschaften Schiffbeck, Boberg, Willinghusen und Tangstedt. Zu wählen sind zwei Delegierte). 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

t. **Ahrensburg.** Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich im Nachbarorte Wulfsdorf. Ein von Lübeck kommendes Geschäftsautomobil, auf dem sich mehrere Personen befanden, geriet plötzlich aus der Fahrrichtung und prallte gegen einen Baum. Der Anprall war so stark, daß ein Vorderrad in Trümmer ging und der Wagen in den Graben stürzte. Hierbei erlitt eine Frau schwere Verletzungen und mußte sofort mit einem von hier herbeigeholten Automobil nach Hamburg in ein Krankenhaus geschafft werden. Die übrigen Insassen blieben glücklicherweise unverletzt.

Harburg und Wilhelmsburg.

Wilhelmsburger Bürger-Zeitung. Am Sonnabend ist die erste Nummer der Wilhelmsburger Gemeinde-Zeitung erschienen. In ihrem Leitartikel, betitelt: „Was wir wollen!" wird versucht, die Gründe klarzulegen, die zur Gründung der Zeitung geführt haben. Danach zu urteilen, soll die Zeitung einmal unpolitisch, ein andermal wieder politisch sein. Es heißt da, daß sie nicht die Absicht hat, in das vielgestaltige politische Parteigetriebe einzugreifen, aber sie will allezeit die Rechte und Freiheiten der Person, die Rechte der Allgemeinheit, den Fortschritt in der Kultur und das Gefühl des Gesichertseins in der Heimat, die uns ja alle ernähren soll, hochzuhalten bestrebt sein. Aber auch unserm miserablen Gemeindewahlrecht will man auf den Leib rücken. Dabei wird aber das Vertrauen auf den gesunden Sinn der obersten Verwaltungsbehörden gesetzt, die eine durchgreifende Reform auf der Basis der Vernunft und Gerechtigkeit schon von selbst ins Auge gefaßt haben sollen. Man merkt schon, daß doch ein klein wenig politisiert werden soll. Aber wenn gesagt wird, daß die Bürger-Zeitung die Rechte der Allgemeinheit vertreten will, dann möge sie auch an die maßgebenden Körperschaften die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts richten. Ein Dreiklassenwahlrecht, wie es der Bürgerverein und der Haus- und Grundeigentümerverein im Auge haben, kann noch lange nicht die Allgemeinheit befriedigen, sondern immer nur einige Klassen. Doch das wird man auch wohl nur beabsichtigen. In wirtschaftlicher Beziehung will das neue Blättchen auch den Wilhelmsburger Gewerbetreibenden dienen. Man will ihnen damit ein Mittel in die Hand geben, das nur für sie da sein soll, das sich die Allgemeinverbreitung ihres Gewerbefleißes, den Absatz ihrer zum Verkauf gestellten Waren zum Ziele nimmt, ohne daß das Großkapital und die Warenhäuser der nahen Großstädte darin Platz fänden, den Einzelhandel durch Ueberschreien zu schädigen. Also in dieser Hinsicht will man auch den Kampf mit dem Großkapital aufnehmen. Obs was nützen wird? Im übrigen bietet das Blatt wenig neues. Die schwierigste Arbeit wird wohl noch das Abonnentensuchen sein, denn die zahlenden Leser sind bei jeder Zeitung schließlich die Hauptsache. Da aber der Bezugspreis — bei wöchentlich einmaligem Erscheinen 50 ₰ monatlich — ziemlich hoch ist, wird es hier wohl hapern.

Gewerbegericht Wilhelmsburg. Sitzung vom 19. Juni. Vorsitzender: Syndikus Zeidler. Beisitzer: Schneidermeister Schröder und Schiffszimmerer F. Steffen.

Die Klage des Pianisten N. gegen die Kinobesitzerin Frau Tr., mit der sich das Gewerbegericht schon mehrfach beschäftigt hat, kam wiederum zur Verhandlung. N., der eine Forderung von ℳ 68 hat, hatte den Vorführer des Kino Schr. als Zeugen mitgebracht. Der Zeuge Schr. soll bekunden, „daß von einer Kündigung" durch die Kinobesitzerin an dem betreffenden Abend, an dem der Brief der Polizeibehörde betreffs Schließung des Kinos vorgelesen wurde, nichts erwähnt worden sei. Der Zeuge kann sich jedoch nicht auf Einzelheiten besinnen, da er zu viel beschäftigt gewesen sei. Hingegen behauptet der Maurerlehrling H. unter Eid, daß doch von einer Kündigung gesprochen worden sei. Die Klage des N. wurde abgewiesen.

Dann klagte der Gastwirt Ohl. als Vertreter für seinen Sohn gegen den Malermeister Sch. Es handelt sich um Einbehaltung von Papieren, infolgedessen der Sohn des O. keine Arbeit bekommen kann. Da jedoch Beklagter Sch. den Sohn wieder eingestellt hat, einigen sich die Parteien und O. zieht die Klage zurück.

Die letzte Sache betraf die Klage des Lagermeisters Krg. gegen die Wilhelmsburger Zinnwerke. Krg. fordert ℳ 74 für Nichteinhaltung der gesetzmäßigen vierzehntägigen Kündigungsfrist und weitere ℳ 6,25 als rückständigen Lohn. Der Vertreter der Firma, Ingenieur V., führte aus, daß Kläger sich mehrfach, wenn auch nicht absichtlich, beim Wiegen von Zinn zum Schaden der Firma geirrt hätte. So sei es vorgekommen, daß Kläger sich bei einer kleineren Lieferung von 250 Kilogramm, die schon abgeführt war, um 100 Kilogramm versehen hatte, wodurch der Firma ein Schaden von zirka ℳ 350 erwachsen wäre, wenn der Abnehmer unehrlich gehandelt hätte. Dem Kläger seien von der Direktion Vorwürfe gemacht worden wegen seiner Nachlässigkeit; trotzdem habe wenige Stunden darauf der Zeuge wieder festgestellt, daß Krg. sich bei einer größeren Sendung Zinnbarren, die abgeführt werden sollten, nochmals um 100 Kilogramm zum Schaden der Werke verwogen hatte, worauf seine Entlassung erfolgte. Dem Kläger wurde der restliche Lohn zugesprochen, im übrigen wurde er mit seiner Klage abgewiesen.

Personaländerung. Der Oberwachtmeister Selke von Otterndorf, der an Stelle des nach Hannover-Linden versetzten Oberwachtmeisters Ullrich nach Wilhelmsburg versetzt worden ist, wird am 1. Juli sein Amt hier antreten.

Bremen.

Die Bremer Parteiorganisation

hat sich in fünf Generalversammlungen mit dem Jahresbericht des Vorstandes beschäftigt. In zwei Versammlungen wurde recht ausgiebig über den Bericht der Zeitungskommission debattiert. Verschiedene Redner waren nicht mit der Haltung einverstanden, die das Bremer Parteiorgan im Werftarbeiterkampfe eingenommen hat. Die sehr ausgiebige Debatte über diesen Gegenstand wurde durch die Annahme eines Antrages geschlossen, wonach der Vorstand beauftragt wurde, so bald wie möglich eine Parteiversammlung einzuberufen, die sich mit dem Thema „Gewerkschaften und Parteipresse" beschäftigen soll. Ein Antrag des Vorstandes, der Zeitungskommission die Wiederanstellung eines Abonnentensammlers zu empfehlen, fand allgemeine Zustimmung. Wie anderwärts, so hat auch in Bremen der Bildungsausschuß darüber zu klagen, daß die Bildungsveranstaltungen von den Organisationen nicht immer die erforderliche Unterstützung finden. Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren vielfach dazu übergegangen, für ihre Mitglieder fachtechnische Kurse oder sonstige Vorträge zu veranstalten. Da der Besuch solcher Veranstaltungen für die Mitglieder der Gewerkschaften oftmals unentgeltlich ist, so leiden darunter die Veranstaltungen des Bildungsausschusses außerordentlich. Um diesem Mißstande ein Ende zu machen, wurde dem Bildungsausschuß empfohlen, gemeinsam mit den Organisationsvertretern zu beraten, wie die Bildungsarbeit zu zentralisieren ist.

Von den Beschlüssen der Bremer Organisation sei noch erwähnt, daß die Versammlung einen Antrag des Vorstandes zustimmte, wonach der Maifonds in einen Reservefonds umgewandelt wird. Diesem Fonds sollen 5 pZt. der Einnahme zugeführt werden. Ferner wurde beschlossen, die „Neue Zeit" zum Preise von 10 ₰ an die tätigen Genossen abzugeben.

Schleswig-Holstein.

f. **Sande.** Geteilte oder ungeteilte Schulzeit? Mit dieser Frage hat sich der hiesige Schulvorstand beschäftigt. Soweit wir in dieser Sache informiert sind, soll die ungeteilte Schulzeit für die Sommermonate eingeführt werden. Ob die ungeteilte Schulzeit auch für die Wintermonate eingeführt werden soll, ist noch nicht entschieden. Hierüber soll noch eine Umfrage bei den Eltern stattfinden. Das weitere wird später an dieser Stelle berichtet werden.

Süderbrarup. In die Mähmaschine geraten. Als der Hufner Vollertsen-Dollrottfeld mit der Maschine Klee mähte, kam etwas am Geschirr der Pferde in Unordnung. Vollertsen bemühte sich, die Sache in Ordnung zu bringen. Dabei warf das eine Pferd den Kopf hoch, wodurch die Trense abgeschleudert wurde. Die erregten Tiere gingen nun mit der Maschine durch. Eine Zeitlang hielt Vollertsen sich an den Pferden fest, fiel dann aber hin und geriet in die Maschine. Er wurde dabei fürchterlich verletzt, etwa 40 Schnittwunden brachte das sausende Messer ihm bei. Der linke Unterschenkel wurde bis auf die Knochen zerfleischt.

Flensburg. Großfeuer. In dem Dorfe Kreuz sind in der Nacht zum Montag durch ein Feuer sieben Häuser eingeäschert worden. Neun Familien sind obdachlos. Viel Vieh ist in den Flammen umgekommen. An den Löscharbeiten beteiligten sich 200 Marinesoldaten.

Flensburg. Wegen Amtsverletzung und Urkundenfälschung wurde vom Flensburger Schwurgericht der 50jährige Amts- und Gemeindevorsteher Christian Lund aus Woyen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Hannover.

Das Aufkaufen von Heidelbeeren (Bickbeeren) zum Wiederverkauf und das Hausiergesetz.

Das Landgericht zu Stade hatte den Händler Matthies wegen Uebertretung des Hausiersteuergesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er außerhalb seines Wohnortes Heidelbeeren (Bickbeeren) aufgekauft habe, ohne daß in seinem Gewerbeschein für den Handel im Umherziehen der Ankauf von Heidelbeeren aufgenommen war.

Das Kammergericht hob auf die Revision des Angeklagten das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht habe hier den § 44 der Gewerbeordnung, der zu den Vorschriften für das stehende Gewerbe gehöre, nicht richtig gewürdigt. Nach dem ersten Absatz des § 44 sei, wer ein stehendes Gewerbe betreibe, auch befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in seinem Dienste stehende Reisende für die Zwecke seines Gewerbebetriebes Waren aufzukaufen und Bestellungen auf Waren zu suchen. Nach dem Absatz 3 dürfe dies Aufkaufen allerdings nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, die die Ware produzieren, usw. erfolgen. — Diese Bestimmungen könnten hier in Frage kommen. Es scheine nach dem landgerichtlichen Urteil, als habe der Angeklagte einen stehenden Gewerbebetrieb, für den er die Heidelbeeren von solchen Leuten aufkaufe, die sie im Walde pflückten. Diese Leute könnten sehr wohl als Produzenten der Ware im Sinne des § 44 angesehen werden. Das Pflücken der Beeren, das Trennen von den Sträuchern und das Reinigen von den Blättern seien zusammengenommen Tätigkeiten, die das Naturprodukt zur Ware machten und die als Produktion dieser Ware anzusehen wären. Somit könnte, bei entsprechender Feststellung, auf den Angeklagten der § 44 angewendet werden, so daß dann die Vorschriften über das Wandergewerbe, über den Handel im Umherziehen, ausscheiden würden. Bei der neuen Verhandlung müsse das Landgericht die Sache in dieser Richtung nachprüfen.

Auswärtiges.

Unglaubwürdige Zeugen.

Das Oberkriegsgericht hat nicht nur die drei der passiven Bestechung angeklagten Rennplatz-Gendarmen freigesprochen, es erklärte auch die Staatskasse zur Entschädigung der Gendarmen für die erlittene Untersuchungshaft für verpflichtet! Und dieses Urteil wurde gefällt, obschon der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Tschierschke gegen Haneberg drei Jahre Zuchthaus, Entfernung aus der Gendarmerie und Degradation, gegen Suchland 1½ Jahre Zuchthaus und die gleichen Nebenstrafen, gegen Erleben wegen nicht erwiesener Schuld die Freisprechung in Antrag gebracht hatte! In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, zur Verurteilung wegen Bestechung sei die Feststellung von Einzelhandlungen erforderlich, und zwar Einzelhandlungen, bei denen die Angeklagten als bestochen gelten konnten. Es mußte bei jeder Person mindestens ein bestimmter Fall der Bestechung angenommen werden, ehe eine Verurteilung eintreten konnte. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisnahme ist das Gericht jedoch nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß solche Einzelfälle vorlagen. Die Bekundungen der Zeugen Teuerkauf, Friedländer und Schulz waren nach der Ansicht des Gerichts als unglaubwürdig hinzustellen, und zwar in objektiver Beziehung. Unglaubwürdig erscheine der Vorgang in Hoppegarten, die Vorgänge in dem Gehölz und die Vorgänge in dem Linderschen Lokal, in dem der Wachtmeister Schulz von den Buchmachern Gelder bis zu ℳ 160 erhalten haben will. Das Ergebnis der Beweisaufnahme war nicht dazu angetan, um zu einer zweifelsfreien Verurteilung der Angeschuldigten führen zu können. Es ist daher ein Verschulden der Angeklagten nicht angenommen worden. Das Oberkriegsgericht hat die im ersten Urteil angenommenen Fälle aus tatsächlichen Gründen in bezug auf den erforderlichen Nachweis nicht für erbracht erachtet. Beweisende Tatsachen sind nicht festzustellen gewesen und so mußte die Freisprechung der Angeklagten erfolgen. Die Angeklagten Haneberg und Suchland wurden sofort aus der Untersuchungshaft, in der sie über 9 Monate gesessen, entlassen.

Solch vorsichtige Richter haben wir bislang noch in keinem Streikprozeß und auch in keinem politischen Prozeß kennen gelernt.

Kasernenbilder.

Milde und strenge Justiz.

Vor dem Kriegsgericht der dritten Division in Stettin hatte sich der Unteroffizier Ebeling von der 1. Eskadron des Pasewalker Kürassier-Regiments Nr. 2 wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Am Himmelfahrtstage war ein Kürassier nicht pünktlich zum Dienst erschienen. Der Unteroffizier fand ihn in der Mannschaftsstube und versetzte ihm hier einige Ohrfeigen und mehrere Schläge mit dem Schemel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sieben Tagen Mittelarrest.

Vor dem gleichen Gericht hatte sich ein Kanonier vom Artillerie-Regiment Nr. 38 zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, dem Befehl des Wachthabenden nicht nachgekommen zu sein, den Vorgesetzten beleidigt, ihn belogen und Kameraden zum Ungehorsam aufgefordert zu haben. Alles Delikte, die sich furchtbar anhören, in Wirklichkeit aber ganz harmloser Natur sind. Und das Urteil? Drei Monate Gefängnis.

*

Fußtritte zur „Aufmunterung".

dt. Am 19. Mai kehrten einige Soldaten der 3. Batterie des Feld-Art.-Reg. Nr. 19 von Kammerarbeit nach der Mannschaftsstube zurück, als auf dem Flur gerade der Unteroffizier Liebert stand. Die Soldaten sollten noch zum Appell antreten und liefen nach Ansicht des Vorgesetzten nicht schnell genug. Um den einen Untergebenen zum schnelleren Gang „aufzumuntern", versetzte ihm der Unteroffizier mehrere schmerzhafte Fußtritte ins Gesäß! Das Dresdener Kriegsgericht sühnte dieses menschenunwürdige Regalieren mit Fußtritten als Mißhandlung mit — vierzehn Tagen mittlerem Arrest!! Und dabei ist dieser „Erzieher" wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener vorbestraft!

*

Ein schamloser Vorgesetzter.

dt. Das Dresdener Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Geilert vom Infanterieregiment Nr. 103 wegen Anborgens von Untergebenen, Mißbrauchs der Dienstgewalt, Ungehorsams und Unterschlagung zu 6 Wochen mittlerem Arrest und zur Degradation. Der eben erst zum Vorgesetzten beförderte Angeklagte hat in vielen Fällen Untergebene angeborgt, anzuborgen versucht, ohne Geld nach Rauchwaren in die Kantine geschickt und von eingesammelten Geldern einen Teil unterschlagen. Der Putzer mußte mit seinen eigenen Putzsachen die Uniformstücke des „Herrn Unteroffiziers" putzen. Mit Rücksicht auf die Schamlosigkeit und Disziplingefährdung war eine Gefängnisstrafe beantragt.

Eine furchtbare Strafe.

Vor dem Stolper Schwurgericht standen die Arbeiter Schlack und Granzow aus Rügenwalde wegen Brandstiftung. Am 6. April, abends gegen 8 Uhr, brannte die Scheune eines Spediteurs und etwas später die Scheune eines Ackerbürgers. Gegen 9 Uhr stand das Stallgebäude eines Kaufmannes in Flammen und etwa eine Stunde später kam auf dem Holzhof des Konsuls John Feuer aus, das aber bald gelöscht wurde. Der Schaden ist nicht groß. Die Scheunen soll Schlack und den Holzhof Granzow in Brand gesteckt haben. Beide Angeklagte gehören zu den Hafenarbeitern in Rügenwalde, die im April d. J. ausgesperrt waren, um sie zum Austritt aus dem Transportarbeiterverband zu zwingen. Veranlassung zu diesem Terrorismus gegen die Arbeiter war der Umstand, daß die Arbeiter eine Lohnzulage verlangt hatten. Die Angeklagten gaben bei der Vernehmung an, daß sie noch Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind. Nachgewiesen wurde, daß sie am Abend der Tat sehr stark betrunken waren. Die Deduktion des Staatsanwalts war folgende: Die Angeklagten hätten sich zur Tat verabredet, was von ihnen bestritten wurde, da sie persönlich verfeindet seien und sich schon wegen Beleidigung verklagt hätten. Die ganze Affäre sei ein Fall schwerster Sabotage, wie er in Deutschland sehr selten vorkomme. Die Schuldfrage müsse deshalb bejaht werden. Mildernde Umstände kämen nicht in Frage. Als entsprechende Sühne beantragte der Staatsanwalt gegen Schlack 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Granzow 4 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht. — Das Gericht erkannte gegen Sch. auf 5 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, gegen Gr. auf 3 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust; außerdem Stellung Beider unter Polizeiaufsicht.

Freispruch im Elberfelder Mordprozeß.

Die Elberfelder Geschworenen haben am Sonnabend die des Mordes an Dr. Nettelbeck angeklagte Brunhilde Wilden und den der Beihilfe dazu beschuldigten Dr. Nolten freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte beantragt, bei der Angeklagten die Schuldfrage nach Todschlag, bei Dr. Nolten die Frage nach Beihilfe zu bejahen.

Schweres Unwetter in der Rheinpfalz.

Am Sonntag mittag ging über die Gegend von Dürkheim, Wachenheim und Deidesheim ein schwerer wolkenbruchartiger Regen nieder, der viel Geröll und Schlamm aus den höher gelegenen Wäldern anschwemmte und über die Weingärten abflößte. Die Straßen standen unter Wasser. Der Betrieb der elektrischen Bahn war wegen stellenweiser Unterspülung der Geleise und der Ansammlung der Schlammassen zeitweise unterbrochen. Auch der sonstige Verkehr stockte allenthalben. Mehrere Automobile blieben im Schlamm stecken. Ein Mann wurde von den Fluten fortgerissen, wurde aber gerettet. Der Schaden, besonders in den Weingärten, ist sehr beträchtlich.

Attentat auf den Pariser Millionär Henri Rothschild.

Als Henri Rothschild am Sonnabend abend nach Schluß der Oper den Boulevard entlang ging, feuerte aus einem Winkel der Caumartin-Straße ein Mann zwei Revolverschüsse auf ihn ab, die Rotschild am Oberschenkel verwundeten. Der Täter, der von der Menge arg zugerichtet worden war, wurde auf die Wache gebracht. Der Verhaftete gab an, der 60 Jahre alte, frühere Milchhändler Proudhon zu sein, und behauptet, er sei durch die Einrichtung der Wohlfahrts-Milchausschänke geschäftlich ruiniert worden. Die Kugel wurde am Montag morgen unter günstigen Umständen aus dem Körper Henri Rothschilds entfernt, sie hatte sich an einem Knochen platt gedrückt. Der Verletzte befindet sich wohl.

Katastrophe im Löwenzwinger.

In einem Zirkus in Chicago wurde der den Löwenzwinger betretende Bändiger von einem Löwen angefallen, getötet und zum Teil aufgefressen. Es gelang nur mit großer Schwierigkeit, die Leiche zu bergen. Ein anderer Löwe entwich und lief durch die Straßen.

Das Grubenunglück in Britisch-Columbien.

Das Grubenunglück auf der Hillcrestmine ist das Schlimmste in der Geschichte Canadas. Der Gesamtverlust an Menschenleben beträgt 197. Die Explosion fand in einer Tiefe von 1200 Fuß statt. Von den unter Tage gewesenen Bergleuten sind nur 40 und von diesen nur 27 unverletzt gerettet worden. Sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem Unglück in Calgary wurden Hilfszüge abgesandt. Lange Zeit konnten die Freiwilligen nicht zum Rettungswerk einfahren, da aus dem Schacht dichte Rauchwolken quollen und Flammen emporloderten.

Marinenachrichten. Eingetroffen: „Dresden" am 20. Juni in Vera Cruz, „Straßburg" am 19. Juni in Port au Prince, „Karlsruhe" am 20. Juni in Ponta Delgada, „Gneisenau" am 22. Juni in Nagasaki, „Breslau" am 20. Juni in Brindisi und am 21. Juni in Durazzo. „Eber" am 22. Juni in Swakopmund. Privatpakete nach Ostasien: An die Besatzungen des Gouvernements Kiautschau, einschließlich des ostasiatischen Marinedetachements sowie der Schiffe in Ostasien, können Privatpostpakete bis 10 Kilo Gewicht unter den bekannten Bedingungen seefrachtfrei befördert werden, wenn sie bis spätestens 1. Juli bei der Speditionsfirma Matthias Rohde Joergens, Bremen, eintreffen. Außer dem Porto bis Bremen und Bestellgeld müssen von den Absendern bei der Aufgabe der Pakete 30 ₰ für Verpackungs- und Verladegebühr im Seehafen entrichtet werden.

Der Bierfilz ist eine Urkunde, so entschied die erste Strafkammer des Landgerichts Duisburg in einer Strafsache gegen den Kaufmann Koester. Der Angeklagte hatte in einer Wirtschaft gekegelt. Der Wirt vermerkte die von ihm gebrachte Zahl der Gläser Bier auf einem Bierfilz durch Striche. Koester zerriß den Filz und fertigte mit einem neuen Bierfilz eine neue Rechnung an, wobei er zwei Gläser Bier zu wenig anschrieb. Ein anderer Gast verriet die Sache dem Wirt, der Anzeige erstattete. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis

Vermischte Nachrichten. Berlin, 22. Juni. Nach Hinterlassung einer Schuldenlast von hundertdreißigtausend Mark ist der Berliner Morgenpost zufolge der 38 Jahre alte Restaurateur Paul Richert geflüchtet, der früher Oberkellner in einem Weinrestaurant in der unteren Friedrichstadt war. Als dieses vor vier Jahren einging, hatte er vierzigtausend Mark gespart. — St. Goarshausen, 22. Juni. Das den Verkehr zwischen St. Goarshausen und Lorley vermittelnde Motorboot ist gestern in dem Augenblick, als es an dem Landungssteg in St. Goarshausen festmachen wollte, von einem rheinaufwärts fahrenden Schraubendampfer überrannt und umgeworfen worden. Sechs Insassen wurden gerettet. Eine russische Dame ist ertrunken. — Wien, 21. Juni. Vor einigen Tagen beging der Direktor der Brünner Militärlieferungsgesellschaft, Eisler, unter Aufsehen erregenden Umständen Selbstmord. Gegen die Gesellschaft schwebte ein Ermittlungsverfahren der Militärbehörde wegen der Anschuldigung, daß den militärischen Ueberlandkommissionen Militärtuch mit Wasser beschwert geliefert worden ist. Nunmehr wird bekannt, daß über die Gesellschaft von der Kriegsverwaltung eine Konventionalstrafe von weit über eine Millionen Kronen verhängt wurde. — Budapest, 22. Juni. Die Leipziger Brüder Kohnheim sind von der Polizei, nachdem sie verhört worden waren, verhaftet worden. Das Verhör hat die Bestätigung der den Brüdern vorgeworfenen betrügerischen Handlungen ergeben. Der Minister des Innern hatte das Verfahren eingeleitet, um die Adoption durch einen ungarischen Grundbesitzer für nichtig zu erklären. — Riga, 21. Juni. Durch einen Brand im Zollviertel sind viele Waren, hauptsächlich Wolle und Maschinenteile zerstört worden. Der Schaden wird auf 500 000 Rubel geschätzt. — Paris, 22. Juni. In der vergangenen Nacht wurde ein von den Kongregationalisten bei St. Quentin errichtetes Schulgebäude, das als Ferienkolonie dienen sollte, durch eine Feuersbrunst vollständig eingeäschert. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Einem konservativen Blatte zufolge liegt Brandstiftung vor. — Paris, 21. Juni. Wie aus Versailles gemeldet wird, hat der Militärflieger Hauptmann Forges, welcher Leiter eines Flugzeugparkes in Buc war, nach Veruntreuung von etwa 11000 Francs die Flucht ergriffen. — Syracuse (Staat New York), 22. Juni. Gestern abend kenterte im Oswegokanal ein Motorboot. Zwölf Personen, zumeist Frauen und Kinder, sind ertrunken.

Vereine und Versammlungen.

Zentral-Verband der Fleischer, Sektion der Darmarbeiter. Versammlung am 15. Juni im „Vorwärts"-Restaurant, Frankenstraße. Genosse Kaiser referierte über „Die deutsche Arbeiterbewegung". Redner entwirft in längerem Vortrag ein interessantes Bild über die Entstehung und Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Versammlung folgte aufmerksam dem belehrenden Referat und spendete dem Referenten am Schlusse seiner Ausführungen großen Beifall. Wilquet wird als Kartelldelegierter gewählt. Steinmetz spricht noch über die bevorstehende Hausagitation und fordert vollzählige Beteiligung. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Maschinisten und Heizer. Generalversammlung am 18. Juni im Gewerkschaftshause. Als einziger Punkt steht die Berichterstattung vom Verbandstag in Leipzig auf der Tagesordnung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Korner in der üblichen Weise geehrt. Götte referiert über den vom Verbandsvorsitzenden Scheffel erstatteten Geschäftsbericht, wonach die zweijährige Geschäftsperiode uns trotz des Krisenjahres 1913 durchweg schöne Erfolge brachte. Die näheren Ausführungen des Geschäftsberichts finden die Leser in der Nr. 126 des „Hamburger Echo" in dem Bericht vom Verbandstag der Maschinisten und Heizer. Schredinger referiert hierauf über die Ausführungen unseres Verbandsvorsitzenden betreffs der Verschmelzungsfrage. Näheres hierüber finden die Leser in Nr. 127 des „Echo". Im Anschluß daran berichtet Berkhahn über die Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen und über die gefaßten Beschlüsse, insbesondere über die Statutenänderungen. Der beste Beschluß, den unser Verbandstag faßte, ist unstreitig der, daß ab 1. Juli 1914 der wöchentliche Beitrag um 10 ₰ erhöht wurde. Analog diesem Beschluß beträgt der wöchentliche Beitrag der Kollegen der Zahlstelle Hamburg ab 1. Juli 1914 85 ₰. Betr. des Mietezuschusses und Teuerungszulage für unsere Beamten, welche in Höhe von 15 pZt. vom Verbandstag beschlossen wurde, betont Berkhahn, daß sich die Hamburger Delegierten bei der Abstimmung der Stimme enthalten haben, da sie in dem Beschlusse keinen gerechten Ausgleich erblicken konnten. Der Vorstand wurde beauftragt, bis zum nächsten Verbandstag eine Gehaltsskala auszuarbeiten. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, bis zum 1. Januar 1915 eine Reorganisation der Gaue usw. vorzunehmen. Hierauf erläutert Redner die einzelnen Aenderungen des Verbandsstatuts. Als besonders wichtig ist hervorzuheben: § 7 Absatz 2, welcher jetzt lautet: Zu Zwecken, welche dem Prinzip der modernen Arbeiterbewegung entgegenstehen, dürfen durch die örtlichen Verwaltungen Beiträge nicht erhoben und nicht verwendet werden. Zu § 8: Bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen darf in keinem Falle die Unterstützung ohne die Zustimmung des Verbandsvorstandes gezahlt werden. Zu § 9 (Erwerbslosenunterstützung) ist die Erweiterung bis zum Bezuge von ℳ 120 vorgesehen. § 16 Absatz 7 lautet: Die Generalversammlung ist zuständig für die Festsetzung des Ausschusses und für die Wahl des Obmannes. Die in § 26 vorgesehene Preßkommission wird aufgehoben. Sämtliche von der Kommission beantragten Statutenänderungen wurden ohne Debatte en bloc angenommen. Unser Kassierer Eckert ergreift als letzter Berichterstatter das Wort, um auf verschiedene Einzelheiten einzugehen und um die gesamte Tätigkeit des Verbandstages nochmals Revue passieren zu lassen. Nachdem Redner seine Schwenkung in der Stellungnahme zum Antrag 54 der Zahlstelle Hamburg, betr. Sperrung der örtlichen Mittel, verteidigt hatte, wird beschlossen, die Versammlung zu vertagen. Nach vorgenommener Wahl des Verbandsausschusses erfolgt Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg, Deutsche Seewarte.)

Witterungsübersicht vom 22. Juni 1914.

Das Hochdruckgebiet über Nordosteuropa brachte unserem Bezirk gestern noch im allgemeinen trockenes, vorwiegend heiteres, ruhiges und warmes Wetter. Vereinzelt verursachten Ausläufer des ozeanischen Tiefdruckgebiets Gewitter; größeren Einfluß übten sie jedoch nur im Nordseegebiet aus, von wo Trübung und Regenfälle gemeldet wurden. Die Mittagstemperaturen schwankten zwischen 22 und 28 Grad, die niedrigsten Nachttemperaturen zwischen 13 und 17 Grad. Heute früh ist es meist bewölkt, nur im Osten heiter und im ganzen noch wärmer als gestern.

Das Hochdruckgebiet im Nordosten hält noch immer stand; ihm gegenüber auch das Tiefdruckgebiet über dem Ozean. Ein Ausläufer des letzteren hat sich langsam von Frankreich nordostwärts bis nach Westdeutschland verlagert.

Unter dem Einfluß des Tiefdruckgebiets über dem Ozean ist nach ausgebreiteten Gewittern veränderliches, bei südwestlichen bis westlichen Winden etwas kühleres Wetter zu erwarten.

Aussicht für die Witterung am 23. Juni 1914.

Ruhig, warm und nach etwaigen Gewittern aufklarendes, trockenes Wetter.

(Schluß des redaktionellen Teiles).

Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung.

Wunderbare Erfolge in veralteten Fällen. — Keine Erkältung, sondern Ansteckung. — Drei typische Fälle. — Bronchialaffektion, Atemnot, Halserkrankungen. — Neunjähriger Kehlkopfkatarrh. — Nasen-, Rachenkatarrh, Mittelohrkatarrh. — Ueber 15 000 erfolgreiche Behandlungen mit einem neuen Apparate. — Die Kosten und die Gefahren eines Katarrhes. — Was man tun sollte.

Ziemlich allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß ein heftiger Katarrh der Nase, des Halses oder der Lunge seine Zeit haben müsse, daß er nach einigen Wochen von selbst vergehe und daß außer Vorsicht gegenüber Erkältungen nichts dagegen zu machen sei. Diese Ansicht ist total falsch! Erstens vergeht der Katarrh keineswegs so bestimmt nach einigen Wochen, sondern kann jahrelang bestehen bleiben und jahrelang die Atmungsorgane besonders empfänglich für Ansteckung mit Tuberkulose, Diphtheritis, Lungenentzündung usw. machen, zweitens gibt es ein Mittel, einen Katarrh in jedem Stadium mit Erfolg zu bekämpfen, selbst in veralteten Fällen, drittens spielt die Erkältung bei Katarrhen überhaupt nur eine nebensächliche Rolle. Man kann die ärgsten Unvorsichtigkeiten begehen, ohne Katarrh zu bekommen, und man kann ihn sich trotz aller Vorsicht holen.

Die Erkältung bereitet nur den Boden vor, die direkte Ursache des Katarrhes ist die mit Ansteckungsstoffen geschwängerte Luft.

Wir greifen aus mehr als 15 000 Fällen, über deren erfolgreiche Behandlung ausführlichere Berichte vorliegen, einige heraus, und geben auch zur Kontrolle für etwaige Zweifler die vollen Adressen dabei an. Herr Tel.-Assistent Franz Torner, Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 47, schreibt: Nachdem ich Ihren Inhalator nun schon ¾ Jahre besitze, ihn diverse Male benutzt habe, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen mitzuteilen, wie zufrieden ich mit dem Apparat bin. Die Bronchialaffektion, derentwegen ich seiner Zeit den Apparat kaufte, verschwand nach dreiwöchentlichem Gebrauch, desgl. eine damit verbundene Atemnot beim Treppensteigen. Seitdem gebrauche ich den Inhalator bei sämtlichen Halserkrankungen; sogar der Schnupfen, gegen den ich fast alle Mittel erfolglos angewendet habe, verschwindet stets nach 2—3 Tagen. Ich werde auch fernerhin Ihren Inhalator weiter empfehlen; er dürfte eigentlich in keinem Hause fehlen.

Herr Wilh. Steinhauer, Waldkappel, schreibt: Der von Ihnen bezogene Inhalator hat mir großartige Dienste geleistet, wie durch ein Wunder bin ich, schon beinahe 9 Jahre leidend, von meinem Kehlkopfkatarrh befreit worden. Ich kann diesen Apparat nur jedem, welcher an Beschwerden des Halses oder der Luftwege leidet, bestens empfehlen. Ich habe in den 9 Jahren keine Gesangstunde besuchen können, trotzdem ich ein großer Freund vom Singen bin, jetzt besuche ich vor wie nach wieder die Singstunde. Sage Ihnen deshalb vielen Dank.

Herr kgl. Oberlokomotivführer Fritz Berger, Neu-Ulm, Friedensstr. 12, schreibt: Teile Ihnen ergebenst mit, daß ich mit dem bezogenen Inhalator erfreuliche Erfolge erzielte. Seit vielen Jahren an Nasen-, Rachen- und auch zeitweise auftretenden Mittelohrkatarrh leidend, sind diese nach fleißiger Inhalation verschwunden und haben sich auch die sonst recht häufig empfundenen Schmerzen im Mittelohr nicht wieder eingestellt. Der Inhalator findet auch in meiner Familie fleißige Anwendung bei Schnupfen und Erkältung.

Wir könnten noch über 15 000 ähnlicher Berichte, darunter zahlreiche von Aerzten, abdrucken, die obigen zeigen aber schon zur Genüge, daß Tancrés Inhalator bei jeder Form des Katarrhs hervorragende Erfolge bringt.

Verlangen Sie den echten Tancré-Inhalator, Modell B (Schutzmarke „Die Kur im Hause"), welcher komplett mit sämtlichem Zubehör (sofort gebrauchsfertig) gegen Nachnahme ℳ 8,85 franko kostet. Keine weiteren Unkosten, nur einmalige Anschaffung. Bedürftigen Personen wird auch Teilzahlung gestattet.

Warnung! Achten Sie genau auf den Namen Tancré und die patentamtliche Schutzmarke „Die Kur im Hause", damit Sie auch wirklich den echten und altbewährten Original-Tancré-Inhalator erhalten, da minderwertige Nachahmungen im Handel sind. Kein zweiter Apparat kann sich wie dieser auf 15 000 Zeugnisse von Aerzten und Patienten berufen.

Nähere Auskunft über Tancrés Inhalator wird von der **Firma Carl A. Tancré, Wiesbaden 43 G,** gerne kostenlos erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis interessante Broschüre.

Firma Carl A. Tancré, Wiesbaden 43 G.

Ich wünsche genaue Aufklärung über Ihr neues Inhalationssystem.
Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.

Name u. Stand: ....

Wohnort: ....

Genaue Adresse: ....

Im **offenen** Briefumschlag mit 3 Pfg. frankieren.

Ein unschätzbarer Vorteil ist es, wenn die Säuglinge an der Mutterbrust genährt werden, weil sie hierdurch die ihnen zuträglichste Nahrung erhalten und am besten vor Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh usw. geschützt bleiben. Kann aber eine Mutter ihrem Lieblinge diese Wohltat nicht erweisen, so gebe sie „Kufeke“ als Zusatz zur Kuhmilch, denn „Kufeke“ hat sich schon in Tausenden von Fällen aufs beste bewährt und bildet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften ein vorzügliches Nahrungsmittel für gesunde und kranke Kinder.

Das frohe Fest der goldenen Hochzeit feiern am 26. Juni unsere lieben Eltern

H. Dening und Frau,
geb. **Baumgarten.**

Olgastr. 9. **Die Kinder.**

Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Hamburg.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Friedrich Cron

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 24. Juni, nachmitt. 3 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Hierdurch allen Verwandten u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schuhmacher

Heinrich Meyer

nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Tief betrauert von seiner Frau **Elise Meyer,** geb. **Schmidt,** nebst **Kindern.**

Henriettenstraße 16.

Beerdigung: Mittwoch, 24. Juni, nachm. 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach Ohlsdorf, Kapelle 2.

Danksagung.

Für die erwiesene Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Vaters

Hermann Dorjahn

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen d. Beleuchtungswesens, Eiffestraße, dem Unterstützungsklub der Vereinigten Gasröhrenleger und dem Klub „Lustige Brüder“, dem Herrn Beerdigungsübernehmer in der Kapelle, dem Herrn Pastor und dem Kollegen am Grabe für die trostreichen Worte unseren aufrichtigen, tiefgefühlten Dank.

Frau Wadepful, geb. Dorjahn.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme u. reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Sparklub „Emsig“ und dem Gastwirt Herrn **Heinrich Sühl** sowie dem Beerdigungsübernehmer Hrn. **Merseburg** für die gute Ausstattung meinen innigsten Dank.

Carl Didsun.

Danksagung.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Silberhochzeit sagen wir allen Verwandten, Freunden, Nachbarn und Kollegen unseren herzlichsten Dank.

F. Peters u. Frau,
Hinrichsenstr. 25.

Dr. Sarason
von der Reise zurück.

Volksschauspiele.

Wir empfehlen:

Kameraden,

Komödie in vier Aufzügen von **August Strindberg.**

Vollständige Textausgabe.

Preis 20 Pfennig.

Buchhandlung Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstr. 11.

№ 21
die echte
Bospor-
Cigarette
2 ₰

Bremer Schwarzen.
Ad. Mehmel. Dovenfleet 49.

:: Sehr feiner Hausstand ::

bestehend aus Garnitur mit Umbau, großem Teppich, Zugtisch mit Linoleum, nußb. Büfett, 3 türigem eleganten Schlafzimmer, Ankleideschrank, 2 Bettstellen mit Einlagen, moderner Waschkommode, 2 Nachtschränken, 2 Stühlen u. Halter, Küche mit Messingverglasung, komplett in Naturlasiert **M. 725,—**

Barmbeck, Hamburgerstraße 45, I.

Garnitur, Bettstelle u. Matratze z. verk. Eiffestraße 571, II.

Prachtv. 4teiliges Bett M. 17,50, 2schläf. Daunend. Wexstr. 18, I r.

Brillantohrringe 65, gold. Brille 10, gold. Ring 3, Brillantkollier 550, Brillantarmband 300, gold. Brosche 4, goldene Ohrringe 3, Brillantnadel 95, Brillant-Marquisring 65, Binocle 30, silberne Teelöffel 8, goldene H.-Uhr 55, goldene Herren-Kette 28, gold. Ring 3, silb. Löffel 4, silb. Handtasche 56, Brillantbrosche 28, gold. D.-Uhr M. 12.

Benkendorff, Wilhelminenstr. 19.

Rock, Smoking, Jackettanzüge, neue und getragene, kaufen Sie billig Beim Strohhause 9, Schneiderwerkstelle.

Möbel, große Auswahl, umzugsh. billig abzugeben. Kl. Freiheit 91, Altona.

Gef. Spiegelscheibe in Eisen oder Holz. Höhe 2,40—50, Breite zirka 1,50 m. **J. Heidorn in Wedel, b. d. Doppeleiche 2.**

Mod. Klappkarre u. eiserne Kindbettstelle sehr billig. Eppendorferweg 56, II. r.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Singe mit . . . . . 20 ₰
Jugendliederbuch . . . . . 25 ₰

Buchhandlung Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstraße 11.

Neustädter Gesellschaftssäle,
Valentinskamp 40/42.
Jeden Mittwoch:
Großer Ball.
Schluß 1 Uhr nachts.

Achtung! Mölln! Achtung!

Allen Parteigenossen, Gewerkschaften, sowie Arbeiter-, Gesang-, Turn- und Radfahrer-Vereinen empfehle ich bei vorkommenden Ausflügen nach hier meine Lokalitäten angelegentlichst.

Zentr.-Fremdenverkehr, Markt 10.
Inhaber: **Joh. Michel.**

In **10 Tagen** wurde ich durch Schaumauflage mit **Obermeyer's Med.-Herba-Seife** b. meinem gräßl.

Hautausschlag

befreit. Dies bestätigt A. Brückner, Freiburg. **Herba-Seife** à Stück 50 ₰, **30 % verstärktes Präparat M. 1,—.** Zur Nachbehandlung **Herba-Creme** à Tube 75 ₰, Glasdose M. 1,50. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Bestandteile: 90 % Seife, 3,5 % Clematis erecta, 2 % Salvia, 3,5 % Herniaria, 1 % Arnica.

Jetzt zur Saison verkaufen wir hochelegante **Anzüge, Paletots, Hosen usw.,** teils einige Male vermietet gewesen, wegen **Ersparnis** der Ladenmiete **äußerst preiswert.**

Nur Alter Steinweg 60, I.
Kein Laden.

Stader Dampfer (weisse Dampfer mit gelbem Schornstein) **ab St. Pauli Landungsbrücken Nr. 3.**

Express-Salon-D. „Hamburg“
Werktags: mgs. 11, nm. 3
Sonntags: mgs. 11. nm. 2, 4½,

nach **Blankenese, Wittenbergen, Schulau.**

Werktags-Lustfahrten Hamburg-Cuxhaven
mit Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven“** ab St. Pauli Landungsbr. Nr. 5 Werktags mgs. 8½ Uhr Sonntags mgs. 7½ Uhr
Zurück von Cuxhaven „Alte Liebe“

Fahrtage:
23. Juni **Kaiser-Regatta** v. Hamb. morgens 7, v. Cuxh. nm. 5, an Hamb. abs. 10 Uhr.
24. Juni um. 5, an Hamb. za. abds. 9⁵⁵
25. Juni nm. 5, an Hamb. za. abds. 9⁵⁵
26. Juni nm. 5, an Hamb. za. abds. 9⁵⁵

Werktags: Hin und zurück M. 3 gültig für die ganze Saison einfach M. 2,— **Gepäck frei.**

Wochentags:

v. **Blankenese:** 9, 10, 11*, 12, 12½, 1, 2, 2½, 3*. 4, 4½, 5, 6. 7, 7½.
v. **Blankenese:** 7½, 9½, 11½, 12½*, 1½, 2½, 3½, 4⁴⁰, 5½, 6½, 7½*, 7½, 8½, 9, 9½.
v. **Freibad Wittenbergen:** 9, 10, 11*, 12½, 2, 2½, 3*, 4, 4½, 5, 7.
v. **Wittenbergen:** 7, 9, 10⁵⁰, 2⁵⁵, 6⁵⁵*, 7⁵⁵, 8⁵⁵.
v. **Schulau:** 9, 10, 11*, 12½, 2, 3*, 4, 4½, 5, 7.
v. **Schulau:** 6¾, 8¾, 10⁴⁰, 11⁵⁵*, 2⁴⁰, 4½, 5⁴⁰, 6⁴⁰*, 7⁴⁰, 8⁴⁰.
n. **Lühe, Borstel, Stade:** 10, 2, 4½, 7.
v. **Stade:** 5, 7½, 2¾, 5⁵⁰.
v. **Borstel:** 7⁵⁰, 3½, 6⁴⁰.
v. **Lühe:** 6½, 8½, 4¹⁰, 7³⁰.
n. **Kolm., Krts., Wischh.:** nm. 4½, ret. mgs. 6.

* Bei gutem Wetter Express-Salondampfer „Hamburg“.

Sonntags-Lustfahrten Hamburg-Cuxhaven
mit Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven“** ab St. Pauli-Landungsbrücken Nr 5 morgens 7½ Uhr.
Zurück von Cuxhaven „Alte Liebe“:

Sonntag, 28. Juni, nm. 5, an Hamburg za. 9 Uhr.
Sonntag, 5. Juli, nm. 8, an Hamburg za. 11³⁵ Uhr.

Hin und zurück M. 3²⁰ gültig f. d. ganze Saison, einfach M. 2. **Gepäck frei.**

Studier-Piano, gut erhalten, für M. 180 zu verk., ferner ein gutes, gebr. nußb. Piano f. M. 320 m. Garantie. **F. R. Trübger, Schanzenstr. 117,** am Sternschanzen-Bahnhof.

Hocheleg. **Piano M. 250, Harmonium M. 100. W. Czekalski,** Klaviermacher, **Hammerbrookstraße 31.**

HAMBURG-AMERIKA-LINIE
Seebäder- u. Rivieradienst HAMBURG 4

Dampfer-Fahrten nach den Nordseebädern

Täglich ab **Hamburg**-St. Pauli Landungsbrücken 8⁰⁰ Vm, ab Cuxhaven 12²⁰ Nm.

Vom **24. bis 26. Juni** passiert man auf der Elbe voraussichtlich den Riesendampfer **„Vaterland“.**

Billige Sonderfahrten nach Cuxhaven

Abfahrt v. Hamb.-St. Pauli Landungsbrück. am	Dampfer		von Cuxh.	an Hamb.
Dienstag, den 30. Juni	**Silvana**	8⁰⁰ Vm	5⁰⁰ Nm	8⁰⁰ Nm
Donnerstag, den 2. Juli	**Silvana**	8⁰⁰ Vm	5⁰⁰ Nm	9⁰⁰ Nm
Sonnabend, den 4. Juli	**Silvana**	8⁰⁰ Vm	6⁰⁰ Nm	9⁴⁰ Nm

Saison-Rückfahrkarten nach Cuxhaven Sonntags M. 3,20, Werktags M. 3.—, gültig zur Rückfahrt bis Mitte September für die billigen Dampfer.

Sonderfahrten nach Cuxhaven und Helgoland

Abfahrt von Hamburg, St. Pauli Landungsbrücken am	Dampfer		Rückfahrt von Helgol.	Rückfahrt von Cuxh.	Ankunft Hamb.
mit dem neuen hocheleganten Turbinen-Schnelldampfer Sonntag, 28. Juni	**Königin Luise**	8⁰⁰ vorm.	5⁰⁰ Nm	8⁰⁰ Nm	12⁰⁰ nachts
	Prinzessin Heinrich	8⁰⁰ Vm	—	5⁰⁰ Nm [D **Silvana**	9⁰⁰ Nm

Sonntags-Rückfahrkarten nach **Cuxhaven**
D **Königin Luise** M. 4,20 (1 Tag gültig)
D **Prinzessin Heinrich** M. 3,20 (gültig für die Saison)
nach **Helgoland** M. 11,—,

ohne Aufschlag bei den bekannten Verkaufsstellen und der **Hamburg-Amerika Linie** im **Hauptbahnhof (Ankunftseite, Schalter 57)** und Abfahrtstelle St. Pauli-Landungsbrücken.

Volksschauspiele 1914

Unter der Leitung des Oberregisseurs **:: Leopold Jessner ::**

Arrangiert von d. Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen v. Hamburg-Altona

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag im

Thalia-Theater in Hamburg

Dienstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr:

Kameraden

Komödie in 4 Aufzügen von August Strindberg

Preis der Karte 75 Pfennig einschließlich Garderobe und Programm

Anfang der Vorstellung Sonntags 8 Uhr, an Wochentagen 8½ Uhr
Die Verlosung der Plätze beginnt immer ½ Stunde vorher.

Karten-Verkaufsstellen:

Innere Stadt:
Sämtl. Gewerkschaftsbureaus
Zentralbibliothek, Gewerkschaftshaus, Hintergebäude (geöffnet von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 7½ Uhr)
Gewerkschaftshaus-Restaurant
Zigarrengeschäft von Stangenberg, Gewerkschaftshaus
J. Becker, Lilienstraße
In den Buchhandlungen von Auer & Co.
M. Glogau, Bleichenbrücke 6
H. Bandholdt, Alstertor 21

St. Pauli:
J. Riedel, Thalstraße 81

Hammerbrook:
R. Fuhrmann, Süderkaistraße 18

Borgfelde:
C. Ortel, Baustraße 26

Eilbeck:
Caesmann & Erdmann, Hammer Steindamm 8

Rotenburgsort:
Fr. Hübener, Billhorner Röhrendamm 213

Barmbeck:
R. Birr, Poppenhusenstraße 13
E. Lerbs, Lohkoppelstraße 54, I.
H. v. Elm, Gluckstraße 52, I.

Eimsbüttel:
Ed. Forsberg, Laden, Rellinger Straße 18
C. Lüders, Laden, Stellinger Weg 7
Joh. Soltwedel, Eimsbütteler Chaussee 138, Laden
F. Krug, Lindenallee 6

Eppendorf:
Ludwig Blank, Düppelstraße 51

Altona:
Bureau, Adolfstraße 29, 1. Et.
Philipp Gärtner, Papierhaus, Neue Burg 37
Fr. Ludwig, Bürgerstraße 22
Fr. Blievernicht, Funkstr 13, 1. Et.
E. Nehlsen, Geibelstr. 41, 1. Et.

Ottensen:
Bureau, Friedensallee 46
Aug. Middelhoff, Bahrenfelder Straße 192
H. Faden, Bahrenfeld, Weberstraße 48

Wandsbek:
Fr. Krüger, Kurze Reihe 34

Wilhelmsburg:
Wilh. Henk, Fährstraße 48, part.

Schiffbeck:
Verkaufsstelle der „Produktion“, Möllnerlandstraße.

Dove-Elbe-Fahrten der Lauenburger Dampfschiffe **Burmester & Basedow**

Von Hamburg (Deichtor):
nach Tatenberg, Moorfleth (v. Have) und Ochsenwärder-Kirchenbrücke.
Sonntags: vorm. **7, 10,** nachm **3, *4, 5¹⁰, *6, 7⁴⁵** Uhr.
Werktags: vorm. **7, 10,** nachm. **3** und **7³⁰** Uhr.

Nach Hamburg (Deichtor):
von Ochsenwärder-Kirchenbrücke.
Sonntags: vorm. **8, 12,** nachm. **4, 6³⁰** und **9⁰⁰** Uhr.
Werktags: vorm. **8, 11³⁰,** nachm. **5³⁰** und **8³⁰** Uhr.
Von Moorfleth (v. Have), Tatenberg
Sonntags: vorm. **8¹⁰,** nachm. **12¹⁰, 4¹⁰, 6⁴⁰, 8, 9¹⁰** und **11** Uhr.
Werktags: vorm. **8¹⁰, 11⁴⁰,** nachm. **5⁴⁰** und **8⁴⁰** Uhr.

Mit Stern nur bis **v. Have.**
Fahrpreise (inkl. Fahrkartensteuer):
Hamburg—Tatenberg—Moorfleth: Einfach 40 ₰, Rückfahrt 59 ₰.
Hamburg—Ochsenwärder (Kirchenbrücke): Einfach 45 ₰, Rückfahrt 75 ₰.

Ausflüge mit den **Lauenburger Dampfschiffen.**

Nach **Moorwärder** (Stadtkolonie). Hamburgs Gemüsegarten.
„ **Hoopte.** Kopfstation der Lüneburger Heide.
„ **Vierlanden (Zollenspieker, Alten- u. Neuengamme).** Hamburgs Blumen-, Erdbeer- und Fruchtgarten.
„ **Geesthacht und Tesperhude.** Herrliche Buchenwaldungen.
„ **Lauenburg.** Reizende Lage a. d. Elbe.
„ **Hitzacker.** Kopfstation der Göhrde. Kaiserl. Jagdrevier.
Ab Stadtdeich (15 Min. vom Hauptbahnhof)
Werktags: Vorm. 7, 10, 11 Uhr; nachm. 2, 3, 6¾ (7½ ab Deichtor), 7¾ Uhr.
Sonntags: Vorm. 7, 8, 9, 11 Uhr; nachm. 1, 2, 3, 5¼, 8¼, 10¼, 12 Uhr.
Lauenburger Dampfschiffe, Burmester & Basedow.
Wegen Extradampfer wende man sich an das Kontor: Banksstr. 46. Tel. Gr. 8, 4106.

Verkauf billiger Seefische.

Am **Dienstag, 23. Juni,** sind an den bekannten Verkaufsstellen in Hamburg, Bergedorf, Altengamme, Geesthacht, Kirchwärder und Wandsbeck zu haben:

Frischer Seelachs mit Kopf 13 ₰ für das Pfd.
„ „ im Ausschnitt 16 ₰ f. das Pfd.
Lebende Schollen, etwa ⅓ Pfd., 29 ₰ für das Pfd.

Die Staatliche Fischereidirektion.

Hamburg St. Pauli Circus Circusweg. Tel. 1, 3377

Albert Schumann

Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr:

Zum 8. Male
das grosse
Pracht-Manege-Schaustück

„Golo“

d. Seeräuber u. Mädchenhändler in 5 Akten. Inszeniert v. Kommissionsrat **Albert Schumann.**

Vorher das grosse Gala-Programm.

Vorverkauf an den Circuskassen ab 10 Uhr vorm. ununterbrochen, sowie im Warenhaus **Hermann Tietz.**

Carl Hagenbeck's Tierpark, Stellingen.

Völkerschau

Nubien

65 Nubier und Schilluks.

Im **Haupt-Restaurant:**
Militär-Konzert
v. Inf.-Reg. Nr. 31, Graf Bose, Oberm. **F. Zehe.**

Im Sommerrestaurant:
Klüver-Konzerte.

Theater.

Dienstag, den 23. Juni:

Thalia-Theater. Sommerspielzeit. Leitung: **Leopold Jessner. Vorstellungen der Arbeiterbildungskommission.**
Dienstag, 8½ Uhr: **Kameraden.**
Donnerstag, 8½ Uhr: **Thoma-Abend. Die Medaille. — Das Säuglingsheim. — Lottchens Geburtstag.**
Sonntag, 28. Juni, 8 Uhr: **Thoma-Abend.**
Dienstag, 30. Juni, 8½ Uhr: **Die Ratten.**

Oeffentliche Vorstellungen. Anfang 8½ Uhr.
Mittwoch: **Kameraden.**
Freitag: **Thoma-Abend. Die Medaille. — Das Säuglingsheim. Lottchens Geburtstag.**
Sonnabend: **Thoma-Abend.**
Montag: **Thoma-Abend.**

Neue Oper Hamburg. Täglich, abends 8½ Uhr: **Burleske Spiele** unter Leitung von **Ralph Arthur Roberts.** Die Arche Noah, Schwank in 3 Akten von Victor Millère. Deutsche Bearbeitung von Ralph Arthur Roberts.

Operetten-Theater. Täglich, abends 8 Uhr: **Gastspiel Hamburg. Bühnenkünstler, kein Film. Exzellenz Max,** Gauner-Komödie in vier Akten. Hierauf: **Größte Sensation. Fantomo,** das neue Weltwunder. Bedeutend ermäßigte Sommerpreise.

Carl Schultze-Theater. Heute u. folgende Tage, 8 Uhr: **Wie einst im Mai.** Vereinskarten gültig.

Ernst Drucker-Theater. Dienstag, 8½ Uhr: Novität! Die Sensation von Hamburg. In vollständ. neuer Ausstatt. **Um Albanien's Thron,** oder: **Prinz und Bettlerin,** romant. Militär-Ausstattungsstück in 6 Bildern von Howard und Lutz. Verfasser von Krone und Fessel.

Schiller-Theater.
Opern-Spielzeit.
Dienstag, 23. Juni, abends 8½ Uhr:
Tiefland,
Musikdrama in 1 Vorspiel und 2 Aufzügen von Eugen d'Albert.
Mittwoch: **Tannhäuser.**
Donnerstag: **Der Freischütz.**

Neues Theater
Die spanische Fliege. | Täglich **8½** Uhr | **Ludwig Auspitz als Gast.**
Die spanische Fliege.

Bach-Theater
Snob und der alte Regenschirm.
Es fiel ein Schuss.
Max ist ein Aufschneider.
Canteres und seine Umgebung.
Im Ozean verloren. Drama.

Flora
Nur noch wenige Tage
Weinreiss
und **das glänzende Juni-Programm.**
Anfang **7½,** Sonntags **5** Uhr.
Sonntags, Dienstags, Freitags:
Ball.
Dienstag, 30. Juni: Abschieds-Benefiz
Weinreiss.

Loebel's Cherry Brandy
Ausserordentlich beliebt.

Als **alleintätiges** Waschmittel ist

Minlos'sches Waschpulver

Nur echt mit dieser Schutzmarke
seit langem geschützt und berühmt.

Preis: **30** Pfennig das **Ein**-Pfund-Paket.

Zu haben in allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften.

Arbeitsmarkt

Gesucht ein junger energischer

Werkmeister

für eine Zigarrenfabrik-Filiale **im Inland.**

Gesuchter muss selbst sehr guter Pennalarbeiter sein, da in der betr. Fabrik nur Pennalarbeit gemacht wird.

Für einen strebsamen Fachmann bietet sich hier Gelegenheit, eine sichere gut bezahlte **Lebensstellung** zu erlangen.

Offerten unter **H. Z. 3087** befördert **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Lernen Sie Feinzeug, Oberhemd. plätten in kurzer Zeit. **Meyer's Plättschule, Wexstr. 23.**

Gesucht wird zum **1.** oder **15.** Juli ein zuverlässiges sauberes Dienstmädchen. Zu erfragen

Frau C. Hoyer,
Marckmannstr. 104, 3. Et.

---

4 tüchtige **Dachdecker** für Schiefer und Pfannen sofort auf dauernd gesucht. **Fritz Lupp,** Dachdecker-Geschäft, Rendsburg.

Jagschneider f. neue Aenderungen gesucht. Wille, Neuerwall 52.

Herrschaftlich. Hausstand 950 Mark.

Die Sachen sind alle neu und übersichtlich ausgestellt. Freie Lagerung. Engl. Speisezim., eiche, dreitürig, groß. mod. Schlafzim., 3tür., echt eiche, Satin, mahagoni, weiß, birnbaum, schweres gr. Herrenzim., Speisezim., Büfett, 2 m, Ledersofa, -Sessel u. -Stühle, gr. mod. Küchenbüfett, lasiert, m. Linoleum und auf Sockel gearbeitet, Tisch, 2 Stühle, gr. Flurgarderobe, eiche. **H. Christiansen, An der Verbindungsbahn 8, I.,** beim Dammtorbahnhof, beim Grindel.

Beste Bezugsquelle
für
Loden- und Sportbekleidung
in nur bewährter, guter Qualität:
Pelerinen, Anzüge, Mäntel, Kostüme, Hüte, Rucksäcke usw., Aluminium-Artikel.
Manchester-Kletterhosen v. M. 4,70 an.
Loden-Kinder-Pelerinen v. M. 4,— an.
Imprägnierte und wasserdichte Herren- und Damen-Pelerinen, 120 bis 135 cm lang, von M. 7,75 an.

Mein neuer Katalog ist erschienen, verlangen Sie sof. die Zusendung gratis u. franko.

Aluminium billiger!

Paul Gassmann, Hamburg,
Kein Laden! Langereihe 39, pt.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 143.

Dienstag, den 23. Juni 1914.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Bauarbeiter. Gesperrt sind wegen Nichtzahlung der Löhne die Baustellen Römermann, Grovestraße, Kramer, Bauherr Klette, Hellbrookstraße, wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes das Abbruchsgeschäft Ehlert, Platz Spaldingstraße.

Bauarbeiterverband, Zweigverein Hamburg.

Töpfer. Gesperrt sind Tornow, Neubau Heinsen, Kielerstraße in Langenfelde, und Bittermann.

Zentralverband der Töpfer, Filiale Hamburg.

Zivilmusiker. Das Lokal „Sander Tivoli", Sande bei Bergedorf, ist für Zivilmusiker gesperrt.

Zentralverband der Zivilmusiker, Ortsverwaltung Bergedorf.

Geesthacht. Gesperrt sind für Kutscher die Betriebe H. Lütten, J. Piep, J. Pechel.

Deutscher Transportarbeiterverband. Gau 11.

Deutsches Reich.

Politisierende Gelbe und deutsche Gerechtigkeit.

Die Bestrebungen der Scharfmacher und ihrer gutbezahlten beamteten Kommis, — sämtliche zentralisierten freien Gewerkschaften fortab als politische Vereine zu behandeln und sie gemäß dem „liberalen" Vereinsgesetz mit einer besonderen polizeilichen „Fürsorge" zu bedenken — laufen darauf hinaus, jede gewerkschaftliche Tätigkeit unmöglich zu machen. Die stärkste Waffe der Arbeiter im Klassenkampfe, die Organisation als sichtbare Zusammenfassung der Solidarität will man den gedrückten Arbeitermassen mit Hilfe des berüchtigten Politikparagraphen aus den Händen schlagen, obwohl sich die Gewerkschaften aufs strengste jeglicher Parteipolitik enthalten. Im Jungdeutschlandbund aber, dem neuen Reichsverband zur Bekämpfung der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft, wird offen und bewußt Politik getrieben, ohne daß der Staatsanwalt auch nur einen Finger rührte. Im Gegenteil, der Bund erhält für seine politische Hetzarbeit im Interesse der Reaktion noch riesengroße Geldmittel. Auch die ebenfalls staatlich unterstützten gelben, vaterländischen oder nationalen Arbeitervereine treiben, selbst in Versammlungen der in ihre Reihen gepreßten Jugendlichen, offen Politik. Wie ungeniert und dreist diese für den Staat angeblich so nützlichen Elemente dabei vorgehen, zeigt ein Vorgang, über den uns aus Halle a. S. berichtet wird.

Dort waren in den letzten Tagen unter Führung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Vorsitzenden der nationalen Arbeiter- und Werkvereine zusammengekommen, um die Gründung eines nationalen Kartells vorzunehmen. Nachdem die Obergelben einem Vortrag über „Zweck und Ziele der nationalen Arbeiterbewegung zugehört, weidlich über den Terrorismus der Genossen und die Angstmeierei einzelner Meister — die die zuverlässigen freien Gewerkschaftler vor den gelben Taugenichtsen bei der Einstellung vorziehen — gezetert, sowie die Gründung eines gelben Arbeitsnachweises beschlossen hatten, damit die im Kartell „organisierten" Unternehmerschutztruppen vor jeglicher Arbeitslosigkeit bewahrt werden, wurde laut Bericht der konservativen „Halleschen Zeitung" folgendes Programm aufgestellt:

„Fragen über Sozialpolitik sowie Politik dürfen überhaupt nicht mehr ängstlich gemieden werden. Der bisherige Grundsatz: „Politik darf nicht getrieben werden", gehört in die Rumpelkammer. Die nationale, vaterländische usw. Arbeiterschaft ist verpflichtet, zu allen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das Kartell muß die Phalanx bilden den sozialdemokratischen Organisationen gegenüber."

Zweck und Ziel der gelben Arbeiterbewegung ist also nach eigenem, erfreulich offenem Geständnis ihrer Führer, die Politik zu beeinflussen und eine freiheitliche Gesetzgebung zu verhindern — als politisches Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie. Nur komplette Narren werden erwarten, daß der zuständige Staatsanwalt sofort alle Maßnahmen ergreifen werde, um die gelben Gesetzesverächter an dem Galgen des Vereinsgesetzes aufzuhängen. Der ist nur für die freien Gewerkschaften, die keine Parteipolitik, sondern nur reine Arbeiterpolitik treiben, und die Arbeiterjugend bestimmt. So ist es eben in Preußen-Deutschland: für den kämpfenden Arbeiter Verfolgung und Beeinträchtigung seiner Rechte, für den Unternehmer und seine Hilfstruppen Bevorrechtung und keine Anwendung beengender, schikanöser Gesetzesbestimmungen. Das nennt man dann „Deutsche Gerechtigkeit!"

Eine Geschichte der Gärtnerbewegung.

Die Redaktion der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung" veröffentlicht in Nr. 24 ihres Blattes einen Aufruf, betreffend Beiträge zur Geschichte der Gärtnerbewegung. Die Herausgabe einer Geschichte der Gärtnerbewegung ist bereits in Angriff genommen, die vorhandenen Materialien sind aber nicht ausreichend. Der Aufruf wendet sich nun an diejenigen Personen, die Material aus den Jahren 1885 bis 1903 besitzen, oder sonst Mitteilungen über wichtige Vorgänge oder Erlebnisse in der Gärtnerbewegung machen können, sich mit der genannten Redaktion in Verbindung zu setzen. Die Adresse ist: Berlin S. 42, Luisenufer 1.

Zum Kasseler Brauereiarbeiterstreik.

Die bürgerlichen Blätter Kassels veröffentlichen eine von interessierter Seite stammende Notiz, wonach das Ende des Brauerausstandes zu verzeichnen sei, nachdem ungefähr zwei Drittel der am Streik beteiligten Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt seien, während der Rest der Ausständigen, das Gewerbegericht als Einigungsamt zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten angerufen habe. Die Brauereibesitzer haben ihre Bereitwilligkeit, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, zugesagt.

Diese Mitteilung erscheint geeignet und ist auch darauf berechnet, dem breiten Publikum Sand in die Augen zu streuen. Vor allen Dingen befinden sich immer noch mehr als zwei Drittel der ehemals Beschäftigten im Ausstand, und der Anrufung des Gewerbegerichts liegen ganz andere Ursachen zugrunde, als man in der obigen Mitteilung der Oeffentlichkeit glaubt sagen zu müssen.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die im Streik stehenden Brauereiarbeiter stellten an das Gewerkschaftskartell Kassel den Antrag, den Boykott zu verhängen. Der Vorstand des Kartells war sich der Schwere dieses Schrittes bewußt und glaubte, denselben nicht früher unternehmen zu dürfen, bevor nicht alle Versuche zur friedlichen Lösung des Konflikts als ergebnislos anzusehen sind. Aus diesem Grunde wurde dieser Weg vom Vorstande des Kartells im Einverständnis mit den Ausständigen gegangen und von den Brauereien die Zusage gegeben, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen. Von einer Beendigung des Streiks ist also nicht die Rede.

Die Kasseler organisierte Arbeiterschaft hat das Vorgehen ihrer Leitung durchaus gebilligt und durch eine Resolution den Streikenden ihre volle Sympathie ausgesprochen, gleichzeitig aber auch erklärt, daß, falls den Streikenden ihr Recht nicht werden sollte, sie gewillt ist, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln in den Kampf einzugreifen. Am Mittwoch, 24. Juni cr., sollen die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beginnen. — Zuzug ist nach wie vor fernzuhalten.

Die Aussperrung in den Gußstahlwerken in Döhlen beendet.

Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken in Döhlen bei Dresden ist mit Zustimmung der Ausgesperrten aufgehoben worden. Die Ausgesperrten nahmen die Arbeit am Montag früh mit allen ihren alten Rechten wieder auf. Die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, von dem das Pensions- und Versicherungsverhältnis der Arbeiter abhängt. Der Streik der Former und Gießer, dessentwegen die Aussperrung erfolgte, dauert aber fort; doch sind auch wegen dieses Streiks erneute Verhandlungen im Gange.

Internationales.

Dänemark für Lithographen, Steindrucker und Lichtdrucker gesperrt.

In Dänemark wurde der Tarif für Lithographen, Stein- und Lichtdrucker zum 1. Juli gekündigt. Einige Male wurden von den Gehilfen Verhandlungen angebahnt, jedoch mit negativem Erfolg. Ohne eine Einigung erzielt zu haben, wurden die letzten Verhandlungen abgebrochen, und da ein Termin zur Weiterberatung nicht vorauszusehen ist, wird es jedenfalls zum Streik kommen. Von der Leitung des Gehilfenverbandes wurde daher Dänemark für Lithographen, Stein- und Lichtdrucker gesperrt. Ohne vorherige Erkundigung beim internationalen Vertrauensmann für Dänemark, Carl Suchy in Kopenhagen K., Gothersgade 153, darf daher keine Stellung angenommen werden.

Die englischen Eisenbahner.

L. K. London, 20. Juni.

Der Nationalverband der Eisenbahner hat diese Woche seine erste Jahreskonferenz in Swansea abgehalten. Die Umstände gaben dieser Tagung besondere Bedeutung. Es war die erste Generalversammlung seit der Verschmelzung der drei Eisenbahnerorganisationen in einen Zentralverband. Ferner hatte dieser Kongreß über die Stellung des Eisenbahnerverbandes zu der vorgeschlagenen Aktionsgemeinschaft zwischen Eisenbahnern und Transportarbeitern zu entscheiden. Und endlich hatte der Kongreß das Programm festzusetzen, das unverzüglich den Eisenbahngesellschaften unterbreitet werden wird und innerhalb weniger Monate friedlich entschieden oder zu einem gewaltigen Kampfe führen muß.

Der Kongreß war eine machtvolle Kundgebung. Innerhalb eines Jahres ist die Mitgliedschaft des Verbandes von 180 000 auf 300 000 angewachsen, und noch immer schließen sich wöchentlich im Durchschnitt 1500 neue Mitglieder an. Was Wunder, daß die erste Tagung des neuen Verbandes ein beispielloses Machtgefühl und vollste Siegeszuversicht kennzeichnete. Als Programmforderungen für die bevorstehende Erneuerung des halbamtlichen Tarifvertrages wurden mit großer Begeisterung beschlossen: 1. der Achtstundentag; 2. eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Shilling pro Woche für die Eisenbahner aller Kategorien; 3. bedingungslose Anerkennung des Verbandes. Für die Eisenbahngesellschaften, die so lange gewohnt waren die Arbeiter vom Herr im Hause-Standpunkt aus zu behandeln, werden diese nichts weniger als übermäßigen Forderungen ein harter Bissen sein, aber es ist zu erwarten, daß sie sich selbst klar darüber werden, daß seit dem großartigen Erstarken der Organisation die gute, alte Zeit endgültig vorüber ist, und daß sie wenigstens in der Hauptsache gute Miene zum bösen Spiel machen werden. Das Leibblatt der Kapitalisten, die „Times", warnt sie bereits recht eindringlich, daß sich die Zeiten geändert haben.

Mit der größten Begeisterung machte sich der Kongreß den Vorschlag des großen Bundes zwischen Eisenbahnern, Transportarbeitern und Bergarbeitern einstimmig zu eigen. Aus manchen Reden zu diesem Punkte klang die Ueberzeugung heraus, daß dieser Schritt von ungeahnter Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse werden könne. Der Genosse Thomas aber, der hervorragendste Führer der Eisenbahner, hielt es für seine Pflicht, bei dieser Gelegenheit vor manchen Illusionen zu warnen. Jene täuschten sich gewaltig, die da glaubten, daß nunmehr dem Sympathiestreik bei dem erstbesten Anlasse Tür und Tor geöffnet seien, daß jede kleine Schicht von Arbeitern, die sich in einen Streik verwickelt haben, deswegen das Kommando über die gesamte Arbeiterarmee des Landes usurpieren könne. Die große Aktionsgemeinschaft werde den Arbeitern nicht nur erhöhte Macht, sondern auch erhöhte Verantwortlichkeit bringen. Sie könne nur in äußersten Notfällen, bei großen nationalen Krisen in Funktion treten. Nicht häufigere, sondern seltenere Kämpfe erwarten die Arbeiter von ihr, aber wenn die Arbeiter zu einem Kampfe genötigt werden, dann wird er bisher unerhörte Dimensionen annehmen.

Ein anderer wichtiger Beschluß des Kongresses ist der Auftrag an den Vorstand, einen baldigen Zeitpunkt festzusetzen, nach dem kein Eisenbahner mehr mit einem Unorganisierten zusammen arbeiten darf. Vor zwei Jahren wäre diese Forderung noch eine Utopie gewesen. Heute, wo die Eisenbahner nahezu vollzählig organisiert sind, drängen die Arbeiter selber auf die Beseitigung dieser Plage hin, die der Organisation zwar nicht mehr viel schaden kann, aber eine Quelle täglichen Aergernisses für die übrigen Arbeiter jedes Betriebes sind, wie in den Kohlengruben und Textilfabriken.

Achtung, Schleifer!

In Sheffield (England) befinden sich die Sägenmacher und Schleifer der Firma Shaer & Jackson wegen Lohnreduzierung im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Der britische Gewerkschaftsverband.

L. K. London, 20. Juni.

Der allgemeine britische Gewerkschaftsverband hat soeben seinen Bericht für das Finanzjahr 1913/14 veröffentlicht, in dem er auf eine recht günstige Entwicklung hinweisen kann. Der Verband ist eine verhältnismäßig sehr junge Organisation, die neben der größeren und älteren permanenten Organisation des britischen Trade-Union-Kongresses besteht und im Gegensatz zu dieser hauptsächlich finanzielle Zwecke verfolgt, im wesentlichen eine Streikrückversicherungskasse der angeschlossenen Gewerkschaften ist. Eine Reihe der größten Gewerkschaften stehen ihm jedoch noch fern, so vor allem der Bergarbeiterverband, der Eisenbahnerverband und mehrere große Gewerkschaften der ungelernten Arbeiter. Unter der rührigen Leitung des Genossen Appleton hat der Verband in den letzten Jahren rasche Fortschritte gemacht und sein Tätigkeitsfeld stetig ausgebreitet.

„Der auffälligste Zug der letzten 12 Monate", heißt es in dem Bericht, „ist das wunderbare Wachstum der Gewerkschaften. Die vorherrschende industrielle Unruhe hat ohne Zweifel vielen Arbeitern die Notwendigkeit des Anschlusses an die Gewerkschaft beigebracht. Auch das Sozialversicherungsgesetz hat zu dem Wachstum beigetragen." Auch den Gewerkschaftsverband hat diese Entwicklung stark begünstigt. Obschon sich keine neuen Organisationen ihm angeschlossen haben, ist seine Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 874 281 auf 967 257 gestiegen, also eine Zunahme von 92 976 Mitgliedern.

Die Finanzen des Verbandes haben sich in diesem Jahre wesentlich gebessert und sind nach langen Bemühungen ganz allgemein auf eine gesundere Grundlage gestellt worden. Im vorigen Jahre hat der Verband ein eigenes Lebensversicherungsunternehmen ins Leben gerufen, das ebenfalls stetige Fortschritte macht. Obschon es erst 8 Monate funktioniert, hat es schon eine feste Mitgliedschaft von 2000 und ein jährliches Prämieneinkommen von ℳ 16 000. Der Verband hat im Laufe des Berichtsjahres bei Verschmelzungsaktionen verschiedener Gewerkschaften mitgewirkt. Seit Dezember vorigen Jahres veröffentlicht der Verband ein eigenes monatliches Publikationsorgan, den „Federationist".

An der Protestaktion gegen die Gewaltherrschaft in Südafrika hat der Verband tätigen Anteil genommen, und im Bericht sind die Protestkundgebungen der Gewerkschaftszentralen von Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Oesterreich, Ungarn, Bosnien, Kroatien, Serbien, Rumänien, Italien, Spanien, den Vereinigten Staaten und der Internationalen Gewerkschaftszentrale enthalten.

Der Ausstand des Personals der Serbischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

ist am 20. Juni durch ein Kompromiß zwischen der Gesellschaft und den Streikenden beigelegt worden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien.

In der zweiten Juniwoche wurde in Sofia der 10. Kongreß des sozialistischen Gewerkschaftsbundes abgehalten. Das war die erste Tagung nach dem Balkankrieg, der die gesamte Arbeiterbewegung des Landes in der schwersten Weise geschädigt hatte.

Der Gewerkschaftsbund wurde 1904 mit 1500 Mitgliedern, verteilt in 42 Ortsgruppen, gegründet. Im August 1912, vor dem Ausbruch des Krieges, zählte er schon 235 Ortsgruppen mit 8460 Mitgliedern. Am Schlusse des Jahres 1913, also vier Monate nach der Demobilisation und drei Monate nach der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Pressezensur, konnten 169 Ortsgruppen mit 5088 Mitgliedern, darunter 276 weibliche, wiederhergestellt werden. Der Bund erlitt durch den Krieg folgende Verluste: 172 Mitglieder der Gewerkschaft sind getötet, 435 verblieben in dem Rumänien abgetretenen Gebiete Dobrudscha und ungefähr 250 sind nach dem Kriege aus Bulgarien ausgewandert. Am 20. März 1914 zählte der Bund der Gewerkschaften schon 176 Ortsgruppen mit 6563 Mitgliedern, darunter 414 weibliche. Der Balkankrieg ruinierte mit einem Male die gesamte Arbeiterbewegung. Mehr als 90 pZt. der organisierten Arbeiter und fast alle Gewerkschaftsfunktionäre mußten auf das Schlachtfeld ziehen. Die meisten Arbeiterheime waren für Militärzwecke requiriert. Der Belagerungszustand und die rücksichtslose Pressezensur legten die öffentliche Betätigung der Organisation völlig lahm und machten das Erscheinen der Arbeiterpresse unmöglich. Das einzige, was getan werden konnte, war eine Verbindung zwischen den verbliebenen Mitgliedern zu unterhalten, heimliche Konferenzen zu veranstalten, für die Aufbewahrung des Archivs und der Kassenbestände der Organisationen zu sorgen, die notleidenden Familien der Genossen, die im Kriege waren, nach Kräften zu unterstützen und womöglich unter den unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu agitieren. Die Genossen und Genossinnen taten in dieser Richtung mehr, als zu erwarten war. Während des entsetzlichen elfmonatigen Krieges wurden nicht nur die Organisationen vor einer totalen Vernichtung bewahrt, sondern die ihr noch verbliebenen Mitglieder, ungefähr 500, von denen die meisten jüngere Arbeiter und vorwiegend Arbeiterinnen waren, zerstreut in den verschiedenen Orten des Landes, vermochten unter der Leitung nur eines Mitgliedes der gewerkschaftlichen Zentrale rund 3000 Franken an regulären Mitgliedsbeiträgen und rund 5000 Franken an freiwilligen Beiträgen für den Fonds zur Unterstützung von kranken, arbeitslosen und verwundeten Arbeitern sowie notleidenden Arbeiterfamilien zu leisten. Außerdem sind während der Kriegsperiode auch ungefähr 300 neue Mitglieder, meistens weibliche, für die Organisation gewonnen.

Nach der Demobilisation und insbesondere nach der Aufhebung des Belagerungszustandes ging es sofort an den Aufbau der Organisation. Dabei gab es unsägliche Schwierigkeiten, denn die Not der vom Kriegsschauplatz Zurückkehrenden und ihrer Familien war groß. Dazu kamen noch die beiden Sobranjewahlen, welche die Kräfte der Partei in höchstem Maße in Anspruch nahmen. Und doch gelang es, befriedigende Erfolge zu erzielen. Ende April dieses Jahres zählte der Gewerkschaftsbund schon 7584 Mitglieder. Es bestehen die besten Aussichten, daß der Gewerkschaftsbund das laufende Jahr mit einem Mitgliederstand von mehr als 10 000 abschließen wird.

Der Kongreß, der aus 126 Delegierten bestand, verhandelte unter anderm nachstehende Punkte der Tagesordnung: „Den Kampf um Arbeiterschutzgesetze im Parlament und die Berufsverbände", „Die Teuerung und die Arbeiterlöhne", „Die Organisation der Arbeiterinnen", „Die Einigung der Gewerkschaftsbewegung in Zusammenhang mit der Mission des Genossen Karl Legien". Die Resolution über den letzten Punkt, die nach einer lebhaften Debatte einstimmig angenommen wurde, spricht sich für die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses beider Richtungen aus, um daran die Verschmelzung der einigen „weitherzigen" Berufsgruppen mit den entsprechenden sozialistischen Zentralverbänden praktisch durchzuführen.

Schwurgericht.

22. Juni.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Ertel.
Beisitzer: Landrichter Dr. Albert, Dr. Sundfeldt.
Protokollführer: Gerichtssekretär Tügel.
Staatsanwalt Dr. Knorr.
Verteidiger: Dr. Brackenhoeft.

Oeffentliche Urkundenfälschung und Betrug.

Der frühere Schreiber M. errichtete im vorigen Jahre hier ein Buttergeschäft. Als er eines Tages eine Buttersendung bekommen hatte, war er nicht in der Lage, die fälligen ℳ 100 dafür zu bezahlen. Er lief daher schnell zu dem im selben Hause wohnenden Hauswirt, den er um die leihweise Ueberlassung der ℳ 100 anging. Da der Hauswirt keine Veranlassung hatte, seinem Mieter das Geld nicht zu geben, streckte er ihm die erbetene Summe vor. Als M. nach einiger Zeit wieder ℳ 100 bezahlen sollte, wandte er sich erneut an seinen Hauswirt. Er nahm aus freien Stücken ein Sparkassenbuch mit, das auf einen Betrag von ℳ 830 lautete und das er seinem Geldgeber als Sicherheit hinterließ, da er die Frist der Abzahlung der ersten ℳ 100 nicht eingehalten hatte. Der Hauswirt gab auch zum zweiten Male die verlangten ℳ 100, wie auch später noch einmal ℳ 40 her. M. schuldete seinem Hauswirt also ℳ 240. Von dem Betrage hat er etwas abgetragen, so daß sein Geldgeber von ihm etwa noch ℳ 139 zu fordern hat. Trotz dringender Mahnung konnte der Hauswirt den Restbetrag der Schuld nicht bekommen. Er sandte daher das Sparkassenbuch an die Sparkasse in Potsdam, von der das Buch ausgestellt worden war. Hierbei stellte sich jedoch heraus, daß auf dem Sparkonto nicht ℳ 830 sondern nur ℳ 3 eingezahlt worden waren. M. hatte aus der eingetragenen ℳ 3 die fälschliche Summe von ℳ 830 gemacht. Außer des Betruges und der Urkundenfälschung hatte er noch einen Betrugsversuch begangen. Seiner Meinung benötigte er, als er sein Buttergeschäft vergrößert hatte und auch nebenbei noch ein Futtermittelgeschäft betrieb, eines Autos. Mit dem Kraftwagen wollte er seine Landkundschaft aufsuchen. Auf sein Kaufgesuch trat er auch mit dem Kaufmann T. in Verbindung, der ihm sein gebrauchtes Auto für ℳ 1800 verkaufen wollte. Auf die Kaufsumme sollten ℳ 150 in bar ausgezahlt, der Rest durch eine Hypothek in Hameln beglichen werden. Da die Hypothek nichts wert gewesen sein soll, auch die ℳ 150 nicht, wie verabredet, von der Bank abgeschrieben wurden, scheint es so, als wenn M. sich des versuchten Betruges schuldig gemacht habe. Der Angeklagte bestritt in der heutigen Verhandlung, seine Gläubiger absichtlich geschädigt zu haben. Wie er glaubwürdig erzählt, hatte er das Sparkassenbuch schon vor der Anleihe bei seinem Hauswirt gefälscht gehabt. Und zwar erzählte er folgende Geschichte: Eines Tages hatte er einen nennenswerten Betrag verspekuliert. Um seine Frau, die krank und leidend sei, nicht unnötig aufzuregen, habe er auf der Sparkasse ℳ 3 belegt und die eingetragene Summe in ℳ 830 umgeändert. Das Buch habe er dann seiner Frau vorgelegt, um ihr glauben zu machen, daß er die hohe Summe bei der Bank belegt habe. Seiner Meinung nach sei die bei dem Kauf des Autos hergegebene Hypothek wertvoll gewesen. Er habe daher auch in diesem Falle nicht unreell gehandelt. Die Geschworenen hielten M. der einfachen Urkundenfälschung und des versuchten Betruges für überführt, so daß der Staatsanwalt gegen M. eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr beantragte. Das Gericht sah die Sache bedeutend milder an und verurteilte den Angeklagten daher zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten unter Anrechnung von 2 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Landgericht.

22. Juni.

Strafkammer III. Vorsitzender: Landrichter Dr. Amsinck.

Die geschädigten „Hamburger Nachrichten". Der Kolporteur Johann Christoph Philipp K., der ein eigenes Geschäft hat, vertrieb in den Jahren 1909 bis 1913 für den Verlag Hermanns Erben auch die „Hamburger Nachrichten". Nun besteht bei den „Hamburger Nachrichten" ja die „wunderbare Einrichtung, daß Mitglieder verschiedener Vereine die Zeitung zu einem Vorzugspreise erhalten können. Der rechtmäßige Bezugspreis für die „Nachrichten" beträgt pro Quartal ℳ 9,50. Für die Mitglieder verschiedener Vereine beträgt die Abonnementsgebühr dagegen nur ℳ 5,50 und für die Mitglieder einiger Vereine sogar noch weniger. K. soll nun in den letzten Jahren bei der Expedition der „Nachrichten" die Zahl der Vollabonnenten und die Zahl der Vereinsabonnenten nicht richtig angegeben haben. Die Zahl der Vollabonnenten betrug in seiner Aufstellung immer weniger, als sie den wirklichen Verhältnissen nach entsprach, so daß er bei dem sonderbaren Geschäftsgebahren der „Nachrichten" ein schönes Geschäft gemacht zu haben scheint. Die Differenz zwischen dem vollen Abonnementsbetrage und dem Vorzugsabonnement steckte er bei einer ganzen Anzahl von Abonnenten in seine Tasche. Der Geschäftsführer der „Nachrichten" gibt die Summe, um die K. den Verlag betrogen hat, auf etwa ℳ 2000 an. Der Angeklagte, der sich heute wegen Unterschlagung zu verantworten hatte, schätzt die Summe, die er irrtümlich einbehalten hat, auf höchstens ℳ 800. Zwecks Beilegung der Angelegenheit hatte zwischen dem Expeditionschef der „Nachrichten" und dem Angeklagten schon einmal eine Konferenz stattgefunden, in der sich letzterer bereit erklärt hatte, ℳ 1500 zahlen zu wollen. Da H. am andern Tage von der Abmachung wieder zurückgetreten war — die von ihm verlangte Summe erschien ihm zu hoch — wurde gegen ihn eine Anzeige erstattet. In der heutigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er absichtlich den Verlag der „Hamburger Nachrichten" nicht habe schädigen wollen. Ihm seien die Geschäfte aber über den Kopf gewachsen, so daß er irrtümlich wohl eine bestimmte Summe einbehalten haben mag. Der Staatsanwalt beantragte nach kurzer Beweisaufnahme gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Das Gericht sah zwar von einer Freiheitsstrafe ab, es erkannte dagegen aber auf die empfindliche Geldstrafe von ℳ 1500, eventuell 100 Tage Gefängnis.

Veranstaltungen des Jugendbundes.

Donnerstag, 25. Juni: Delegierten-Versammlung. Tagesordnung: 1. Unser Sommerfest. 2. Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht. 3. Wahlen.

Sonnabend, 27. Juni, abends 9 Uhr: Sitzung der Leiter im Hörsaal des Gewerkschaftshauses.

Der Obmann.

Schiffs-Nachrichten.

Deutscher Reichstelegraph.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

Cuxhaven, 22. Juni, morgens.
Angekommen am 21. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
B. 9 50	Anna Woermann, P.-D.	Groot	Westafrika
10 20	Nordstern, d. Dreim.-G.-Scho	—	—
N. 12 20	Oratava, D.	Rose	Las Palma
2 45	Horden, D.	Armstrong	Newcastle
3 30	Spero, D.	Armstrong	do.
"	Rou manian, D.	—	New Orleans
5 10	Rubiseaw, D.	Walker	Aberdeen
7 25	Emma Sauber, D.	Etier	Seaham
6 45	John Heidmann, D.	Ferchen	Burntisland
7 —	Sardinia, D.	Sinclair	Dundee
7 5	Maria, D.	—	—
7 30	Sunningdale	Turnbull	Newcastle
8 —	Suomi, D.	Hubert	Rotterdam
8 20	Tell, Schl.	—	—
"	Kobold, L.	Lüders	—
"	Post, L.	Meincke	—
"	Prinzessin Heinrich, D.	Stehr	Helgoland
8 25	Cobra, D.	Paulsen	—
"	Silvana, D.	Bolsch	—
8 30	Elve, D.	Giezen	Rotterdam
"	Rutland, D.	Hoogins	Manchester
"	Lucent, D.	Rendall	Newcastle
8 45	Henny, D.	—	—
fehlt	Pommern, D.	Roos	Amsterdam
9 —	New Londoner, D.	Gale	Newcastle
9 45	Kong Magnus, D.	Brinckmann	Christiana
10 10	Marlwood, D.	Mars	Newcastle
"	Faro, D.	Oethen	Pt. Delgada
10 20	Kehdingen, F.-D.	Meyer	d. Nordsee
"	Pamona, D.	—	—
"	Kaiser, D.	Pust	—
	22. Juli.		
B. 12 20	Darlington, D.	Myers	Hull
1 —	Unity, D.	Kitwood	Goole
1 5	City of Berlin, D.	Kelly	—
2 35	Ortolan, D.	Wright	Harwich
	Lerwick Law	—	—
3 30	Alacrity, D.	—	Middlesbro
4 —	Winga, D.	—	—
4 35	Skonga, D.	West	Ovobo
4 45	Virgo, D.	Finney	Newcastle
5 15	Dora Hugo Stinnes 12, D.	Stühmer	—
"	Apolda, D.	Suhr	Fremantle

Geankert: Lerwick Law, Apolda.

In See gegangen am 21. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
B. 10 55	Chios, D.	Antwerpen
11 25	Ajax, Schl.	—
"	Nachrichtan, L	—
11 50	Saturn, Schl.	Bremerhaven
"	Nr. 56, 77 und 125, K.	do.
N. 12 10	Adolf Binnen, d. Bierm.-Scho.-Bk.	St. Rasalia
12 20	Silvana, D.	Helgoland
12 25	Danubian, D.	Shields
1 —	Prinzessin Heinrich, D.	—
1 10	Senta, d. Scho.	—
1 50	Ino, D.	—
2 30	Cato, Schl.	—
"	Frieda, L.	—
	Jahn	—
3 30	Clara Blumenfeld, D.	—
4 15	Presto, D.	—
4 20	Hermann Sauber, D.	—
8 16	Suevia, P.-D.	Ostasien
9 15	Anplodane, D.	—
9 50	Grenadier, D.	—
10 20	Eleanor, D.	—
	22. Juli.	
B. 12 25	Otto Hugo Stinnes 9, D.	—
3 30	Westquarter, D.	—

Wind: SW., sehr leicht. Wetter diesig. — Barometer: 76[illegible]
Thermometer: + 16,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 21. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
B. 8 10	Walter, d. S.	Brnns	Holtenau
"	Miranda, d. S.	Meyer	Kappeln
"	Anna, d. S.	Gährs	Heiligenhafen
9 45	H. A. Nolze, D.	Bullendiek	Windau
3 35	Athlet, Schl.	Hauschilt	Kopenhagen
2 20	Höllar, D.	Lome	do.
	Kanal 4, D.	Frudendahl	Flensburg
"	Adler, d. Segler	Offermann	Memel
5 55	Uljas, russ. Segler	Wene	Raumo
"	Hilma Bißmark, D.	Jensen	Lysekil
	22. Juli.		
B. 3 20	Halmstad, D.	Toaspern	do.
4 40	Bjiesne, D.	Bamier	Hernösand

Cuxhaven, 22. Juni, nachmittags.
Angekommen am 22. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
B. 2 —	Telegraph, Schl.	Witte	Dünkirchen
"	Largo, D.	Etjestal	Wick
"	Cleanthis, D.	—	d. Schw. Meer
5 45	Seaham Harbour, D.	Schilling	Seaham
5 50	John Sauber, D.	Grevenitz	Methil
"	Goathland, D.	—	La Plata
6 15	Ladywood, D.	Jones	England
	Niceto d. Larrinaga, D.	—	Ostasien
6 20	Constantinos Embiricos D.	—	Azow
6 40	Sperber F.-D.	Krüger	d. Nordsee
7 —	Neuenfelde, F.-D.	Witt	do.
7 5	Citi of Frankfort, D.	Pedersen	Swansea
"	Haut Brion, D.	Salain	Rouen
"	Hansa, D.	—	—
7 30	Immingham, D.	Millward	Grimsby
7 35	Pommern, D.	Witzke	Seaham
"	Uranus, D.	Kulisch	London
7 50	Hermia, D.	Richter	do.
8 25	Oldenburg, F.-D.	Behrens	d. Nordsee
"	Schleswig, F.-D.	Offermann	do.
9 5	Cressida, D.	Haack	Antwerpen
"	Annie Hugo Stinnes 6, D.	Escherhaus	—

Von hier auf: 6,30 Uhr holl. Schlepper Relief; 7 Uhr die Dampfboote Herwick Law und Apolda, 7,30 Uhr Dampfb. Goathland, Schlepper Activ Niceto mit Leichter Caus, Dampfb. de Larrinaga; 8,30 Uhr Dampfboot Constantinos Embiricos, Schlepper Jac Frater mit 4 Leichtern, 9,15 Uhr holl. Tj. Hendelika. — 9,40 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 22. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
B. 6 10	Pinewood, D.	—

Wind: Süd, sehr leicht. Wetter: teilweise bedeckt — Barometer: 762,4. Thermometer: + 25,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 22. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
B. 6 55	Emma, d. Segler	Haß	Halmstad

Helgoland meldet: Wind: SSW., sehr leicht. Wetter: bedeckt. See: ruhig.

Cuxhaven, 22. Juni, vormittags.
Angekommen am 22. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
B. 10 5	Cap Blanco, P.-D.	Sachse	La Plata
"	Portwood, D.	Martin	—
"	Ambient, D.	Finnie	Newcastle
10 15	Björn, D.	Asbjörnsen	Christiania
10 20	Germania, D.	Nilsson	Gothenburg
11 35	Vienna, D.	Browne	Leith
11 45	Bothnia, D.	Bergström	Middlesbro
11 55	Dresden, D.	Robertson	Lerwick
	Arthur Balfour, D.	Watson	d. Schwarzen Meer
N. 12 10	Karanja, D.	Batty	Newcastle
12 20	Bremen, Schlepper	Ohms	—
"	Unterweser 16, Leichter	—	—
12 25	Serak, P.-D.	Dinklage	Chile
12 55	Rio Negro, P.-D.	Tepfer	Brasilien
1 10	Tangermünde, D.	Croncher	Kings Lynn
2 10	Cronshagen, D.	Schmidt	Hartlepool
2 20	Savoia, P.-D.	Heitzler	Westindien
2 30	Adler, D.	Haack	Helgoland
"	Dresden, D.	Tott	Hartlepool
2 35	Adeline Hugo Stinnes 3, D.	Stühmer	d. Tyne

Von hier auf: 10,45 Uhr Post-Dampfer Cap Blanco; 12,45 Uhr Dampfer Arthur Balfour; 1 Uhr Post-Dampfer Rio Negro; 3,15 Uhr Post-Dampfer Savoia. — Eingekommen: 10 Uhr Fisch-Dampfer Senator Mumssen; 10,45 Uhr Schlepper Cato; 11,45 Uhr Fisch-Dampfer Bürgermeister Burchard. — 3,40 Uhr Dampfer in Sicht.

In See gegangen am 22. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
B. 12 —	Senator Lattmann, F.-D.	d. Nordsee
N. 1 —	Senator Heidmann, F.-D.	do.
"	Prinzessin Heinrich, D.	Wyk
1 20	Niobe, D.	—
2 30	Raunvald Jarl, D.	Norwegeo
2 50	Holstein, F.-D.	d. Nordsee
"	Elsteburg, F.-D.	do.
3 15	Berlin, F.-D.	do.
"	Johann Hinrich, F.-D.	do.

Abwärts gekommen die Schlepper Cito und Tell, Schlepper Margarethe mit 1 Segeljacht.

Wind: OSO., sehr leicht. Wetter: bedeckt, diesig, zeitweise Regen. — Barometer: 760,0. Thermometer: + 19,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 22. Juni:

Uhr M.		Schiff	Kapitän	Von
V. 8	5	Lisbeth, D.	Hansen	Stockholm
N. 12	5	Anna, d. Segler	Junge	Horsens
„		Magdalene, d. Segler	Oestergard	Halmstad
12	40	Hinrich, D.	Reckmann	Danzig

Helgoland meldet: Wind: NNW., sehr leicht. Wetter: Gewitter. See: schlicht.

Ueberseeische Schiffsnachrichten.

Andalusia, Hennecke, am 20. d. von Algier. — **Dacia**, Lerche, am 21. d. Lands End passiert. — **Georgia**, Blanchard, am 20. d. in Havana. — **Hoerde**, Hensen, am 20. d. von Hongkong. — **Nicaria**, Hollasch, am 20. d. von Santos. — **Schwarzburg**, Hesselmann, am 21. d. von Port Said. — **Segovia**, Geissel, am 20. d. von Yokohama. — **Salamanca**, Kreye, am 20. d. von Oporto. — **Württemberg**, Girstenbräu, am 21. d. von Hongkong. — **Ypiranga**, Bonath, am 21. d. in Havre. — **Bohemia**, Nitz, am 20. d. in Norfolk. — **Abessinia**, Schammert, am 21. d. in Punta Arenas. — **Alexandria**, Schultz, am 21. d. in Valparaiso. — **Siegmund**, Knorr, am 21. d. in Santos. — **Bayern**, Habel, am 21. d. in Rotterdam. — **Patagonia**, Schuster, am 21. d. in Havre. — **Lome**, Hauschildt, am 19. d. in Rotterdam. — **O. J. D. Ahlers**, Frerichs, am 20. d. von Sabang. — **Meteor**, Höfer, am 21. d. von Drontheim. — **Uckermark**, Rassau, am 22. d. von Malta. — **Vaterland**, Ruser, am 22. d. von Cherbourg. — **König Wilhelm II.**, v. Holdt, am 22. d. von Oporto. — **Emden**, Kotze, am 21. d. von Tientsin. — **Westerwald**, v. Luckner, am 21. d. von Coruna. — **Fürst Bülow**, Jäger, am 21. d. von Penang. — **Pretoria**, Dugge, am 22. d. Scilly passiert. — **Batavia**, Schönfeldt, am 21. d. Dover passiert. — **Persia**, Habelmann, am 20. d. Teneriffe passiert. — **Cincinnati**, Schaarschmidt, nach Boston, am 21. d. von Southampton. — **Ostmark**, Peter, nach Indien, am 20. d. Perim passiert. — **Sardinia**, Langer, nach Westindien, am 20. d. St. Michels passiert. — **Steiermark**, Schütt, nach Westafrika, am 21. d. Dover passiert. — **Kurmark**, Reimer, n. Indien, am 22. d. in Rotterdam. — **Sachsenwald**, Kirchhoff, nach Westindien, am 22. d. in Antwerpen. — **Constantia**, Gurgel, nach Westindien, am 22. d. in Antwerpen. — **Santa Isabel**, Wilstermann, ausg. nach d. La Plata, am 21. d. in See. — **Tucuman**, Lüning, ausg. am 20. d. in Buenos Aires. — **Bahia Castillo**, Wilde, heimk. am 20. d. von Buenos Aires über Montevideo, Santos, Rio de Janeiro nach Lissabon, Vigo, Leixoes und Hamburg. — **Cap Finisterre**, Böge, ausg. am 20. d. von Santos nach Montevideo. — **Montevideo**, Buuck, ausg. am 19. d. von Montevideo nach der Westküste. — **Santos**, Köhler, ausg. am 20. d. v. Madeira n. Brasilien. — **Gunther**, Mußmann, ausg. am 19. d. von Barbados nach Brasilien. — **Rio Pardo**, Ihnen, ausg. am 20. d. in Rio de Janeiro. — **Rio Grande**, Höltring, heimk. am 20. d. von Para über Madeira, Lissabon, Leixoes, Vigond und Havre nach Hamburg. — **Santa Rosa**, Schöning, ausg. am 21. d. in Leixoes. — **Santa Ursula**, Mette, heimk. am 21. d. Dover passiert. — **Cap Vilano**, Rolin, heimk. am 21. d. von Santos nach Rio de Janeiro. — **Santa Clara**, Ramm, ausg. am 22. d. in Antwerpen. — **Cap Ortegal**, Kröger, ausg. am 22. d. in Lissabon. — **Sais**, Höhs, ausg. am 20. d. von Antwerpen. — **Roda**, Carstens, heimk. am 21. d. von Valparaiso. — **Assuan**, Krause, heimk. am 20. d. von Guayaquil. — **Stak**, v. Ehren, ausg. am 20. d. in Genua. — **Rhakotis**, Reimers, ausg. am 21. d. in Teneriffe. — **Serak**, Dinklage, heimk. am 21. d. Dover passiert. — **Paul Woermann**, Stemmer, ausg. am 20. d. von Saltpond. — **Lulu Bohlen**, Franzelius, ausg. reich. ausg. am 20. d. in Saltpond. — **Kigoma**, Doherr, heimk. am 20. d. von Lourenco Marques. — **Tabora**, Gauhe, ausg. am 20. d. von Teneriffe. — **Prinzregent**, Michelsen, am 20. d. von Kilnidim. — **Rufidji**, Jacobsen, am 21. d. von Aden. — **Kronprinz**, Greiwe, am 21. d. in Lissabon. — **Adolph Woermann**, Iversen, am 20. d. in Durban. — **Emir**, Kasch, am 20. d. von Durban. — **General**, Fiedler, am 22. d. in Marseille. — **Stolberg**, Fredrikstad. — **Apolda**, Suhr, am 20. d. von Antwerpen. — **Offenbach**, Brauer, am 20. d. von Antwerpen. — **Lübeck**, Stockhorst, am 21. d. in Weiß, am 21. d. in Fremantle. — **Brisbane**, Voß, am 22. d. von Cairns. — **Java**, Bähr, am 21. d. Cap Villano passiert. — **Reichenbach**, Schmidt, am 21. d. von Colombo. — **Elbing**, Timm, am 20. d. von Marseille. — **Cannstatt**, Madsen, am 21. d. in Kapstadt. — **Bürgermeister Petersen**, Mahlandt, am 21. d. in Oxelösund. — **Ems**, Rüther, am 21. d. in Novorossijsk. — **Hera**, Sürken, am 21. d. Dunnet Head passiert. — **Deutschland**, Manzke, am 20. d. von Schiedis nach Philadelphia. — **Paula**, Schultze, am 20. d. in New York. — **Hesperus**, Bruns, am 18. d. von Junin nach Santa Babara. — **Sirius**, Pommerenk, am 21. d. in Bizerta. — **Chatham**, Brüllau, am 10. d. von Tampico nach Baton Rouge. — **Tecumseh**, Heuer, am 11. d. von Sabine nach Tampico. — **Mohawk**, Möbus, am 8. d. von Tampico nach Port Tampa. — **Bosporus**, Aubel, am 20. d. von Oran nach Piräus. — **Bogado**, Ikels, am 20. d. von Oran nach Rotterdam. — **Paros**, Agrell, am 21. d. von Oran nach Alexandrien. — **Pyrgos**, Vollmers, am 21. d. von Sulina nach Galatz. — **Karpathos**, Freese, am 21. d. von Smyrna nach Kulak. — **Erymanthos**, Bradhering, am 19. d. von Konstantinopel nach Malta. — **Parnassos**, Alers, am 21. d. v. Sevilla in Lissabon. — **Galata**, Kunzendorf, am 21. d. von Stratoni in Konstantinopel. — **Pera**, Muny, am 21. d. in Piräus. — **Babylon**, Heyer, am 20. d. in Ismipt. — **Roma**, Günzel, am 20. d. in Patras. — **Austria**, Bradhering, am 21. d. in Venedig. — **Pindos**, Starke, am 21. d. in Antwerpen. — **Milos**, Röfer, am 20. d. in Konstantinopel. — **Bagdad**, Ipsen, am 21. in Fiume. — **Mai Rickmers**, Dobronz, ausgelaufend am 21. d. von Port Said. — **Dorethea Rickmers**, Menzell, heimk. am 21. d. v. Port Said. — **Etha Rickmers**, Knauth, ausgel. am 20. d. von Piräus. — **Ursala Rickmers**, Maas, heimk. am 21. d. in Colombo. — **Tronto**, Thorkildson, ausgel. am 20. d. von Tsingtau. — **Albenga**, Carlsen, ausg. am 21. d. in Yokohama. — **Nizza**, Riculsen, am 21. d. v. Algier in Haiffa. — **Ariadne**, Ketels, am 20. d. in Santander. — **Dryade**, Niemann, am 20. d. in Manchester. — **Emmi Arp**, Fulda, am 21. d. in Accra. — **Friedrich Arp**, Wedel, am 22. d. Lödingen passiert. — **Hochfeld**, Weser, am 19. d. in Montevideo. — **Lechfeld**, Augustesen, am 19. d. von Lulea nach Emden. — **Bahrenfeld**, am 21. d. v. Genua in Gibraltar. — **Matador**, am 21. d. v. Geile in Norrköping. — **Steinbeis**, Fischer, am 22. d. Gibraltar passiert. — **Orissa**, n. Brake, am 21. d. Gibraltar pass. — **Hammonia**, am 20. d. v. Danzig in Rotterdam. — **Weichsel**, am 19. d. von Danzig in Libau. — **Eilbek**, Thode, am 20. d. von Falmouth in Cork. — **Bremen**, Feyen, nach New York, am 21. d. in Southampton. — **Breslau**, M. Miltzlaff, von Neworleans, am 21. d. auf der Weser. — **Bülow**, Nahrath, von Ostasien, am 21. d. in Antwerpen — **Cassel**, Vogt, von Galveston, am 20. d. von Baltimore. — **Eisenach**, Jaburg, von Brasilien, am 21. d. von Funchal. — **George Washington**, Frank, von New York, am 21. d. auf der Weser. — **Gneisenau**, Fr. Rehm, von Australien, am 21. d. in Genua. — **Greifswald**, A. Meyer, nach Australien, am 21. d. von Antwerpen. — **Helgoland**, E. Klugkist, von Ostasien, am 21. d. in Schanghai. — **Kronprinzessin Cecilie**, Polack, von New York, am 22. d. von Plymouth. — **Prinz Eitel Friedrich**, Mundt, nach Ostasien, am 21. d. von Aden. — **Prinz Ludwig**, v. Binzer, von Ostasien, am 21. d. in Colombo. — **Prinz-Regent Luitpold**, Raegener, nach Marseille, am 20. d. von Neapel. — **Rheinland**, Spangenberg, nach Australien, am 22. d. in Brisbane. — **Scharnhorst**, Th. Stollberg, von Australien, am 20. d. von Fremantle. — **Schleswig**, König 1. Norwegenfahrt, am 21. d. von Molde. — **Seydlitz**, Leuß, nach Australien, am 21. d. von Port Said. — **Sierra Nevada**, C. Meyer, nach dem La Plata, am 20. d. von Funchal. — **Tübingen**, Ohlrogge, nach Ostasien, am 21. d. in Antwerpen. — **Westfalen**, v. Zwierlein, nach Australien, am 20. d. in Fremantle. — **York**, Loeser, nach Ostasien, am 21. d. von Algier. — **Zieten**, v. Senden, nach Australien, am 21. d. in Adelaide. — **Huberfels**, Denker, am 22. d. Dungeneß passiert. — **Lindenfels**, H. Müller, am 22. d. von Singapore. — **Rabenfels**, Winters, am 21. d. St. Catherines passiert. — **Rolandseck**, Kloppenburg, am 21. d. Dover passiert. — **Rotenfels**, Goose, am 21. d. in Genua. — **Solfels**, P. Schmidt, am 21. d. in Suez. — **Stahleck**, Hartzog, am 21. d. in Memel. — **Sturmfels**, Fretwurst, am 21. d. in Chittagong. — **Wartenfels**, Stenzel, am 20. d. von Suez.

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 23. Juni:
Flut: 12 Uhr 22 Min. vorm. | Ebbe: 5 Uhr — Min. vorm.

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Dienstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr: **Dritter Wahlkreis, Distrikt Fuhlsbüttel**, bei Gorges, Langenhorn. — **Ewerführer und Deckschiffer**, im Gewerkschaftshause. — **Bauarbeiter, Bezirk Schiffbeck-Steinbeck**, bei Kratzmann in Steinbeck.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8½ Uhr: **Sozialdemokratischer Verein, Altona**, in Wachtmanns Salon, Gr. Freiheit. — **Sozialdemokratischer Verein, Ottensen**, im „Süßen Kringel", Bahrenfelder Steindamm. — **Oeffentliche Versammlung der Freidenker** bei Nothnagel, Wilhelmstr. 85, Altona. — **Instrumentenmacher**, im Gewerkschaftshause. — Abends 9 Uhr: **Kolporteure**, im Gewerkschaftshause. — Abends 11½ Uhr: **Kinoangestellte**, bei Planeth, Michaelisstr. 50.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr: **Textilarbeiter, Schiffbeck**, bei Koch, Hamburgerstr. 47. — Abends 8½ Uhr: **Arbeiter-Stenographen, Hamburg**, im Gewerkschaftshause. — **Dritter Wahlkreis, Distrikt Rotenburgsort**, bei Paul Bock. — **Distrikt Barmbeck, Frauen**, im Barmbecker Gesellschaftshaus, Am Markt. — **Segelmacher**, bei Jörs, Ditmar Koelstr. 18. — **Steinträger**, im Gewerkschaftshause. — **Holzarbeiter, Wilhelmsburg**, bei Meyer, Vogelhüttendeich 23. — Abends 9 Uhr: **Klempner**, im Gewerkschaftshause.

Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr: **Textilarbeiter, Harburg**, bei Dringelburg, Erste Wilsiorferstraße 66. — Abends 8½ Uhr: **Arbeiter-Schwimmer**, im Gewerkschaftshause. — **Landesorganisation d. sozialdemokrat. Partei**, im Gewerkschaftshause. — **Kaiarbeiter**, im Gewerkschaftshause. — Abends 9 Uhr: **Feinmechaniker, chir. Branche**, im Gewerkschaftshause.

Auktionen.

23. Juni.

9½ Uhr: Elbstraße 9, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Stiftstraße 21, Mobilien, Hausstandssachen usw (Gerichtsv.).
10 „ Gerckenstwiete 2a, Fundsachen der Kgl. Eisenbahn-Direktion, Mobilien usw. (W. C. H. Schopmann u. Sohn).
10 „ Hopfensack 19, Mobilien usw. (C. F. Albers).
10 „ Wandsbecker Chaussee 164, Mobilien, Hausstandssachen (Herm. Quast).
10½ „ Gerhofstraße 13/15, Mobilien, Kontoreinrichtung (Martin Levy).
10½ „ Schillerstraße 3, Manufakturwaren usw. (Hermann Prieß).

Nach ¼ stündigem Kochen

ohne Reiben und Bürsten, bei denkbar einfachster Anwendung erzielen Sie mit
Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan)
und gleichzeitiger Verwendung des modernen Bleichmittels **Seifix**

blendend weisse Wäsche.

Sozialdemokratischer Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis.

Ortsverein Altona.

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8½ Uhr,
in **„Wachtmanns Salon"**, Große Freiheit.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Preßkommission und Wahl der Vertreter.
2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag in Eckernförde.
3. Bericht von der Generalversammlung des 8. und 10. Kreises.
4. Vereinsangelegenheiten.

Hierzu ladet ein

Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Geschäftsstelle Hamburg.

Sonnabend, d. 27. Juni 1914, abends 8½ Uhr,
im oberen großen Saal des Gewerkschaftshauses:

Fortsetzung der Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

Diskussion über den Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Leipzig.

Wir bitten die Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftskartell von Hamburg-Altona und Umgegend.

Versammlung der Delegierten und Vorstandsmitglieder

Dienstag, 30. Juni 1914, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, Musiksaal.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1914. 2. Bericht vom Gewerkschaftshaus. 3. Bericht vom Gewerkschaftskongreß in München.

Die Kommission.

Braune Woche.
Vom 23. bis 30. Juni
gebe auf alle farbigen **Stiefel** und **Halbschuhe**
nur gute Qualitäten in modernsten Ausführungen
einen Rabatt von 10 %
mit Ausnahme einiger Reklame-Artikel.
Höhmeier's Schuhhaus
Stückenstr. 66, Winterhuderweg 39, Wendenstr. 324,
Wandsbeck, Hamburgerstr. 27.

Im Leihhaus, Kielerstraße 26:
Große Auswahl, enorm bill. Preise. Elegante modern. Jackett- und Gehrock-Anzüge, Knabenanzüge, Paletots, Regenröcke, große Partie elegante Schuhwaren, Regenschirme, Normal- und Macco-Unterzeuge, goldene u. silberne Uhren, Ketten, Ringe 2c., elegante Freischwinger u. Weckuhren, Partie Operngläser und Reißzeuge, hochfeine Nähmaschinen 2c.

Neue und gebr. Betten!
Oberbett, Unterbett, Kissen M. 15.
Sander, Osterstr. 20, Hochpt.

Feine getragene
Rock- u. Jackettanzüge, Fracks u. Paletots v. M. 7 u. 8 an, eleg. Damenkleider zu bill. Preis. **Bennsberg 22. Schwarz**

Zufall! 10 Anzüge, Paletots, Ulster M. 15,50 und 20.
Süderstraße 70, Hochpart.

— Vorteilhafte Bezugsquelle —
in **Schuhwaren**
A. H. Meyer, Lindenallee 48, Ecke Belle-Alliancestr.

Hamburg, im Juni 1914.

Allgemein wird jetzt mehr Milch als in voraufgegangener Zeit angeboten, demzufolge auch ein **Sinken der Milchpreise** stattfand, dem auch **unsere Gesellschaft durch Ermäßigung der Milchpreise gern gefolgt ist.**

Ferner erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß die Schweinepreise einen so niedrigen Stand erreicht haben, daß die immerhin noch hohen Preise, die teilweise für Speck und Wurstwaren heute noch notiert werden, nicht gerechtfertigt sind. Wir notieren bei Beachtung von **hochfeiner Qualität** für

grobe Altenländer u. Holst. Wurst, Winterware, 144 Pfg. pro Pfd.
Frühstücksspeck . . . . 100 Pfg. pro Pfund
Fetten Speck . . . . . 76 „ „ „
Mageren Speck . . . 84 „ „ „
Schmalz . . . 84 und 72 „ „ „
Blasenschmalz . . . . 72 „ „ „

Auch dem Artikel **Brot** wolle man seine Aufmerksamkeit zuwenden und wie bei dem Artikel Fleisch- und Wurstwaren neben der Qualität auch den Preis beachten. Da Brot pro Stück gehandelt wird, gilt es, das Gewicht des Brotes, das für den einen oder anderen Preis verkauft wird, in Vergleich zu den Broten der Konkurrenz zu bringen und dann seine Wahl im eigenen wie der Familie Interesse zu treffen.

In unseren Verkaufsstellen wird das Brot geführt von der

Brotfabrik „Elbe" ❖ Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts"
Bäckerei Stavenow ❖ Bäckerei Klemm.

Verkauf an jedermann.

5½ pZt. Rabatt

auf **alle in unseren Verkaufsstellen erstandenen** Waren werden nach Jahresfrist **ausgezahlt.** — Verkaufsstellen werden von uns in allen Stadtteilen unterhalten. Man mache in denselben Kaufversuche und fordere unsere Preisliste.

Man prüfe alles und wähle das Beste!

Die Geschäftsleitung der

Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen m. b. H.

Schlafz. M. 160, Küche M. 54, Garnitur M. 70. Heusweg 91, Hp. r.

Fahnenstickerei
Friedr. Vogtmann Wwe.,
Inh.: M. Fleck,
Michaelisstr. 10, II., Hambg.
Fahnen, Banner, Vereinszeichen. Tel. I, 7408.

„Schlüterbrot" macht Wangen rot!

Zahnziehen mit lokaler Betäubung und in der Narkose.
Künstl. Zähne von M. 2 an. — Umarbeit. in einem Tage.
Zahnpraxis **Hugo Lapochn**, Dentist, Rotenburgsort, Lindleystr. 71, I
Sprechzeit: 9—1, 3—7, Sonntags: 10—12.

Patente
Gebrauchsmuster
Warenzeichen
erwirkt u. verwertet gut u. schnell
F. Lunow, Hamburg, Lübeckerstrasse 6.
Rat und Auskunft kostenlos.

Vermietungen.

Schumannstraße 75 helle Vorderwohnung, 2 Zim., von M. 240 an.

Schöne, helle Drei-Zimm.-Wohnungen m. Küche u. Zub. M. 240, 300, 360, 384. Näh. b. Verwalter Schumannstr. 55, 1. r.

Eppendorferweg 207 (4 Min. v. Bahnh. Hohelufthr.) sof. od. spät. eleg. neue Wohn., M. 300—370, zu verm.

Borstelmannsweg 111 sof. oder später neue Wohn. m. großer, freier Ausf., M. 220-300, z. vm.

Lorenzstr. 8 sind sof. od. sp. freundl. Wohn., 2 Zim. u. Küche, all. hell, zu verm. Preis M. 260 bis 300. Näh. daselbst part.

Eckladen mit Wohnung mit 2 oder 3 Zimmern zu vermieten.
Marckmannstr. 162.

Durch Zufall eine 2. Etg. sofort od. spät. zu verm. Preis pro Jahr M. 340. Näh. Gr. Brunnenstr. 150, pt. r., Ottens.

Möbl. Vorderz. f. zwei Herren sof. zu vermieten. Danzigerstraße 64, I.

Möbel auf **Kredit**
Einzelne Teile evtl. ohne Anzahlung.
Herren- und Damenkonfektion.
M. Charmatz & Co., G. m. b. H.
Steinstrasse 117.

Cutaways
in **marengo** mit **gestreifter Hose** nach Masz
Mk. 79,—.
Teilzahlung M. 10 monatl.
Kaiser Wilhelmstr. 115, Hochp.
ROBERT NEBEN & Co.

Strickmaschinen
mit ständiger Arbeit
zu kulantesten Zahlungsbedingungen.
Unterricht kostenlos.
Gebrauchte Maschinen, Reparaturen u. Zubehörteile billigst.
Paul Just, Michaelisstr. 19.

Versetzt gewesene
Nähmaschinen
aller Systeme spottbillig.
Schriftliche Garantie.
A. M. Polack & Co.,
Hütten 85/89.

Singer-Nähmasch., f. neu, M. 20, zu verk. Schulterblatt 35, I.

Nähmasch., 5j. Gar., 45, 65, 75, 95. Wohldorferstraße 8, Lb.

Einige Teppiche
mit kleinen Webefehlern sowie ältere Muster, darunter wertvolle Qualitäten, werden ohne Rücksicht auf den früheren Wert **enorm billig** verkauft.
Teppich-Juster
Ellernthorsbrücke 5, I. Etg.

Im Leihhaus, Kielerstraße 26:
Großer Posten eleg. Gardinen, Stores, Tüllbettdecken, Rouleaus, Portièren, eleg. Tischdecken, Teppiche und Läufer, hochf. Daunenbetten und Steppdecken, Bettinletts, Bettbezüge, Bettücher, Tischtücher, Handtücher, große Partie eleg. Damenwäsche, Schürzen 2c., Posten Hemdentuche, eleg. Anzug- und Kostümstoffe 2c. zu spottbilligen Preisen.